

# AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82323 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51



**D**rei prominente Menschenrechtler, die algerische Journalistin Djamila Seddiki, der russische Duma-Abgeordnete Sergej A. Kowaljow und der chinesische Dissident Wei Jingsheng, berichteten anlässlich des 50. Jahrestages der UN-Menschenrechtserklärung über Menschenrechtsverletzungen. Dennoch besteht Grund zu Optimismus. Kowaljow und Christian Schwarz-Schilling übereinstimmend: „Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert der Menschenrechte.“

Siehe Seite 3

## Im Auftrag der Menschenrechte



Djamila Seddiki Sergej A. Kowaljow Wei Jingsheng



Bundesinnenminister Otto Schily (SPD)

## Freiheit und innere Sicherheit

Wie der demokratisch verfaßte Rechtsstaat angesichts der Bedrohungen „moderner“ Dimensionen von Kriminalität seine Freiheiten und Werte schützen und bewahren kann, war eine der zentralen Streitfragen einer Fachtagung gleich zu Anfang des Jahres. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) sowie seine Länderkollegen Günther Beckstein (CSU) aus Bayern und Heiner Bartling (SPD) aus Niedersachsen

waren die prominentesten Redner. Unterschiedliche Akzente im Umgang mit „globalisierten“ Formen organisierter Kriminalität setzten der Publizist Dagobert Lindlau einerseits und Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung andererseits. Ein ausführlicher Tagungsbericht folgt. Lesen Sie schon heute die Preseschau.

Siehe Seite 41/42

## Föderalismus:

### Reformbedürftiges Erfolgsmodell

Der bundesdeutsche Föderalismus - jahrzehntelang als Erfolgsmodell und Exportartikel gerühmt - ist nach Ansicht seiner Kritiker in die Krise geraten. Die Mängel des gegenwärtig gültigen Länderfinanzausgleichs werden von allen Parteien gesehen. Beim aktuellen Streit zwischen den Ministerpräsidenten geht es aber nicht nur um die Verteilung von Steuergeldern, sondern auch um die Fra-

ge der Kompetenzen. Gibt es in Zukunft wieder mehr staatlich-gestalterische Eigenständigkeit für die Länder oder bleibt es beim heutigen „Beteiligungsföderalismus“? Wissenschaftler, Politiker und Journalisten suchten nach Antworten auf die brennenden Zukunftsfragen der bundesdeutschen Ordnung.

Siehe Seite 18



Staatsminister Erwin Huber (CSU)

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Menschenrechte:</i> <b>Mehr als hehre Worte?</b>	3
<i>Rentenpolitik:</i> <b>Gerecht - finanzierbar - beschäftigungswirksam</b>	8
<i>Bilanz des Wahljahrs 1998:</i> <b>Erdrutsch und politische Zeitenwende</b>	11
<b>Zwischen Amerika und Bermuda</b> <i>Beobachtungen zum Wahlkampf 1998 in den Medien und zur Zeit danach</i>	14
<i>Föderalismus:</i> <b>Auf dem Weg zum Einheitsstaat?</b>	18
<i>Nach dem Regierungswechsel:</i> <b>Welche Wirtschaftspolitik braucht unser Land?</b>	21
<i>Medienerziehung:</i> <b>Kinderspielplatz Computer</b>	25
<i>Gentechnik:</i> <b>Vom Geschöpf zum Schöpfer</b>	27
<b>Der Europäische Gerichtshof als Motor europäischer Einigungsbemühungen</b>	29
<i>50 Jahre Israel:</i> <b>Kampf ohne Ende?</b>	31
<b>Rezensionen - Neuerscheinungen - Publikationen</b>	34
<b>Zeitungsecho - Medienstimmen - Pressesplitter</b>	36
<b>Förderkreis</b>	43
<b>Themen - Tagungen - Termine</b>	44
<b>Namen und Nachrichten / Anmeldeformular</b>	48

*Direktor der Akademie:*  
Prof. Dr. Heinrich **Oberreuter**  
*Vorsitzender des Kuratoriums:*  
Prof. Dr. Hans **Maler**  
*Vorsitzender des Beirats:*  
**Siegfried Kett**

## *Kollegium:*

Dr. Horst **Denzer**, Dozent  
Grundsatzfragen von Staat und Politik,  
Internat. Politik

Gebhard **Diemer**, M.A., Dozent  
Internat. Politik, Pol. Ideengeschichte

Klaus **Grosch**  
Internat. Politik, Landeskunde, Sozial-  
politik und -arbeit, Erwachsenenbildung

Dr. Peter **Hampe**, Dozent  
Wirtschafts- und Sozialpolitik,  
Politische Bildung

Dr. Uwe **Kranenpohl**  
Pers. Referent des Direktors  
Parlamentarismus- und  
Parteienforschung

Jürgen **Maruhn**, Dipl. Volkswirt  
Parteiendemokratie, Extremismus,  
Sicherheitspolitik

Dr. Michael **Plazolo**, Dozent  
Europapolitik, Staats- und  
Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent  
Medien, Kommunikationspolitik,  
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent  
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**  
Gesellschaft und Umwelt,  
Sozialpolitik und -arbeit

## *Organisationsreferat:*

Elke **Leisching**  
Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

## **Akademie-Report**

### Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung  
Buchensee 1 82323 Tutzing  
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

### Redaktion:

Prof. Dr.Dr.hc. Heinrich Oberreuter  
(verantw.)

Dr. Michael Schröder  
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

### Druck:

Offsetdruck Schwarz GmbH  
Rohrauerstraße 70 81477 München

Der Akademie-Report wird kostenlos  
abgegeben



## Mehr als hehre Worte?

Internationale Expertenkonferenz aus Anlaß des 50. Jahrestages der UN-Menschenrechtserklärung

Eines der wichtigsten Jubiläen des letzten Jahres: der 50. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen war Anlaß der Akademietagung im Dezember 1998. Drei der profiliertesten Menschenrechtler, Djamilia Seddiki aus Algerien, Sergej Adamowitsch Kowaljow aus Rußland und Wei Jingsheng aus China, kamen nach Tutzing. Sie berichteten von ihren Erfahrungen mit Systemen, in denen Menschenrechte wenig gelten, und diskutierten mit den deutschen Experten Prof. Dr. Rainer Büren, Prof. Dr. Martin Fincke und Dr. Marie-Luise Näth. Ihre Vorträge dokumentieren wir hier in Auszügen.



Mit der Entwicklung der Menschenrechtserklärung beschäftigte sich Prof. Dr. Peter Opitz.

Auslöser der Erklärung seien nicht nur die Schrecken des Dritten Reiches gewesen, sondern auch die rassische Diskriminierung sowie die koloniale Unterdrückung. Der beginnende Ost-West-Konflikt verzögerte die Arbeit an der Erklärung um drei Jahre, aber schließlich konnten sich die Großmächte auf einen Vorschlag einigen, der den Menschenrechtsschutz gewährleisten und gleichzeitig die staat-

liche Souveränität nicht antasten sollte. Daraus resultierte die Unverbindlichkeit, die später einen Hauptkritikpunkt an der Erklärung bildete. Auch heute hapere es noch an der Durchsetzung, obwohl sich die Situation verbessere. Letzter Schritt bei der Kodifikation des Menschenrechtsschutzes sei 1998 die Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofes gewesen.



Prof. Dr. Hans Maler sprach über die Spannung zwischen dem universellen Anspruch und der kulturellen Differenzierung der Menschenrechte.

Nach der Verabschiedung der Menschenrechtserklärung habe sich ein Propagandakrieg um die Auslegung der Menschenrechte entwickelt. Die kommunistischen Staaten neigten dazu, die freiheitlichen Grundrechte zugunsten kollektiver Rechte zu relativieren. Zugleich beanspruchten diese Staaten zum ersten Mal in der Geschichte, die sozialen Voraussetzungen für die Freiheit aller realisiert zu haben. Gerade das Fehlen der Grundrechte des Individuums habe sich in den folgenden Jahrzehnten als unheilbarer Mangel kommunistischer Gesellschaften erwiesen. In den sechziger Jahren hatten sich rings um die Menschenrechte neue Fronten gebildet: Fronten zwischen Armen und Reichen, Besitzenden und Habenichtsen, dem Norden und dem Süden,

Fronten zwischen Weltteilen, Weltreligionen und Weltkulturen. Für die Länder der nichtwestlichen Welt galten die Freiheitsrechte des Individuums nicht als vorstaatlich, sondern als Ergebnisse erst noch zu erreichender politischer, kultureller und sozialer Standards. Völker, Nationen und Kulturen rückten als Träger von Menschenrechten ins Blickfeld. In Zukunft müsse der Westen von der Vorstellung seiner kulturellen Überlegenheit und jedem Universalismus Abstand nehmen. Die außerwestlichen Kulturen sollten lernen, daß die Menschenrechte eine Vielzahl kultureller Elemente aufnehmen könnten, und man deshalb keine eigenen „kulturellen Menschenrechte“ brauche. Universalität der Menschenrechte muß nicht auf Planierung und Uniformität hinauslaufen, sie kann auch Farbigekeit und Vielfalt bedeuten.



Dr. Christian Schwarz-Schilling, ehemaliger Bundesminister und jetziger Vermittler in Bosnien-Herzegowina, berichtete von der konkreten Gefährdung von Menschenrechten dort.

Er zeigte sich tief enttäuscht über die lange Untätigkeit der NATO in Bosnien. Seiner Meinung nach müßte sie nicht warten, bis auch Rußland und China ihre Zustimmung im Sicherheitsrat gäben. Trotz aller praktischen Defizite prognostizierte er - wie die meisten der Menschenrechtsaktivisten - im 21. Jahrhundert die Ägide der Menschenrechte.

## Visionen von Freiheit nicht aufgeben

**I**n einer Podiumsdiskussion unter der Leitung von Reymer Klüver von der Süddeutschen Zeitung zeigten Experten ihre Sicht des Menschenrechtsschutzes auf.

Dr. Michael Schaefer von der Deutschen Vertretung bei den Vereinten Nationen in Genf konstatierte eine weitgehend abgeschlossene Entwicklung bei den klassischen Schutzrech-

Verbrechen wie Angriffskrieg, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit behandelt.

Claudia Roth, Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte des Deutschen Bundestages, mahnte, die Vision der Menschenrechte, die Vision von Freiheit, Gerechtigkeit und Partizipation, nicht aufzugeben. Sie sprach sich dafür aus, Menschen-

gen können. Er befürwortete die volle Gültigkeit der europäischen Menschenrechtsstandards auch in östlichen Ländern; Rußland und Albanien z. B. seien davon aber noch weit entfernt.

Generalmajor Werner Widder, der als Stabschef der SFOR 1997 in Bosnien war, strich die wichtige Rolle der Soldaten in der Region heraus. Ihre Auf-



*v.l.: Dr. Michael Schaefer, Leiter der politischen Abteilung der Deutschen Vertretung bei den Vereinten Nationen in Genf; Prof. Dr. Bruno Simma, Leiter des Instituts für Völkerrecht an der Universität München; Claudia Roth MdB, Vorsitzende des Ausschusses Menschenrechte des Deutschen Bundestages; Reymer Klüver, Süddeutsche Zeitung; Prof. Dr. Rudolf Bernhardt, Präsident des bisherigen Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes; Generalmajor Werner Widder, Stabschef bei SFOR in Bosnien 1997.*

*Fotos: Stern/Schwatlo*

ten. Er sprach sich dafür aus, nun zu einem umfassenden Ansatz, der auch eine verbesserte Justiziabilität wirtschaftlicher und sozialer Rechte einschließt, zu kommen. Zudem forderte er eine Verbesserung der Effizienz der Überwachungsinstrumente und der Abstimmung der UN-Organisationen.

Der Münchner Völkerrechtler Prof. Dr. Bruno Simma erläuterte die neue Institution des Internationalen Strafgerichtshofs, dessen Statut 1998 in Rom angenommen wurde, der seine Arbeit aber wegen der langwierigen Ratifikation wahrscheinlich erst in zehn Jahren aufnehmen wird. Die wichtigste Funktion des Gerichts sei die Abschreckungswirkung. Vor ihm würden

rechtspolitik nicht nur als Außenpolitik zu betreiben. Auch das eigene Land müsse sich prüfen, z. B. im Hinblick auf die Einhaltung der Genfer Konvention. Es solle eine Kultur der Menschenrechte geschaffen und die Erosion der Grundrechte in Deutschland gestoppt werden.

Prof. Dr. Rudolf Bernhardt, Präsident des bisherigen Europäischen Gerichtshofes, wies darauf hin, daß sich zwar die Organisation des Gerichts geändert habe, nicht aber seine Zuständigkeit. Es kümmere sich weiterhin um die Verletzungen der Europäischen Menschenrechtskonvention, die rund 750 Millionen Bürger nach Ausschöpfung des nationalen Rechtsweges vorbrin-

gabe sei nicht nur einen Krieg zu verhindern, sondern auch den zivilen Wiederaufbau zu unterstützen. Das Engagement der NATO erzeuge Vertrauen. Vertrauen bei den Bürgern, daß es sich lohnt, wieder anzufangen und die Demokratie zu wagen; Vertrauen außerhalb Bosniens, daß es sich lohnt zu helfen. ■

*Horst Denzer / Jürgen Stern*





## Djamila Seddiki: Frauen gegen islamischen Fundamentalismus

Nach dem Befreiungskrieg hat Algerien eine Epoche der sozialistischen Entwicklung (1962 - 1988) durchgemacht. Damals hat es keine extremen Angriffe auf die Menschenrechte gegeben. Man hatte andere Sorgen, z. B. die Alphabetisierung, die Demokratisierung des Bildungssystems. Man lebte im nachkolonialen Konsens.

1988 kam der Bruch. Es gab die ersten Aufstände und Demonstrationen, die Revolte der jungen Leute gegen die Korruption und soziale Ungerechtigkeit. Es war eine Mobilisierung der zivilen Gesellschaft gegen das Regime. Die islamistische Bewegung begann, die Islamische Heilsfront hatte die ersten, pluralistischen Kommunalwahlen gewonnen. Die Ziel-scheibe dieser Partei waren die Frauen. 1989 haben die Islamisten z. B. eine alleinerziehende Mutter angegriffen. Sie hat fliehen können, aber das Kind ist im Feuer umgekommen. Bei den Parlamentswahlen 1992 haben die Islamisten die Mehrheit bekommen. Vor dem 2. Wahlgang haben sie öffentlich verkündet: Wenn sie einmal an der Macht wären, gäbe es keine Demokratie mehr. Als der Wahlprozeß unterbrochen wurde, haben die Islamisten angefangen zu

morden, um ihre Vorstellungen durchzusetzen. Zuerst waren Militärs, Polizisten und Journalisten die Ziele. Bei den großen Massakern, vor allem im letzten Jahr, wurden Dorfbewohner zu Hunderten umgebracht, weil sie die Is-

jeder Landwirt, der seinen Acker bearbeitet, hat Angst. Mit der Religion Islam hat diese Ideologie nichts zu tun, die Menschen umbringt, um an die Macht zu kommen. Die Zahlen sind erschütternd: 2000 Waisen, mehr als 4000 vergewaltigte Frauen. Viele dieser Frauen sind wegen der Schande von ihren Familien verstoßen worden; es wird diskutiert, ob man bei den so schwanger Gewordenen eine Abtreibung erlauben sollte.

Auch der Staat begeht Menschenrechtsverletzungen. In den Polizeidienststellen und den Gefängnissen wird gefoltert, werden Informationen



*v.l.: Dr. Horst Denzer, Prof. Dr. Rainer Büren, Bamberg/ München, Djamila Seddiki, Sergej Adamowitsch Kowaljow, Ulrike Renner, Vorsitzende des Landesverbandes Bayern der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Prof. Dr. Heinrich Oberreuter*

lamisten nicht mehr unterstützten. Heute ist in Algerien die größte Sorge das Recht auf Leben. Jeder, der auf die Straße geht, jedes Kind, das zur Schule geht, jede Frau, die zur Arbeit geht,

erpreßt. In Algerien gibt es noch keine Kultur der Menschenrechte. Es gibt zwei Menschenrechtsorganisationen, eine 1997 vom Staat gegründete und eine unabhängige Vereinigung, die seit den achtziger Jahren geheim gearbeitet hat, 1988 aber offiziell anerkannt wurde. Die Menschenrechtsfrage findet nach und nach Eingang in die politische Kultur Algeriens. Man setzt nun das Regime unter Rechenschaftsdruck.

*(Siehe auch Pressestimmen Seite 38/39)*



*Zu Gast in Tutzing:  
Akademiedirektor Heinrich  
Oberreuter begrüßt Wei Jingsheng  
auf dem Münchner Flughafen  
Foto: Lutzke*

## Sergej Kowaljow: Menschenrechte: Sargnagel der Sowjetunion - Dorn Rußlands

Ich war ein energischer Gegner des Krieges in Tschetschenien. Die Staatsduma hat mich als Menschenrechtsbevollmächtigter der Russischen Föderation abgewählt. Wegen des Tschetschenienkrieges gibt es die Forderung nach einem Impeachment gegen Präsident Jelzin. Es gibt also zwei Menschen, die wegen des Tschetschenienkrieges bestraft worden sind. Der eine ist Kowaljow, der andere ist Jelzin. Nur Kowaljow war gegen den Tschetschenienkrieg, Jelzin war für ihn.

Ich bin überzeugt, daß das 21. Jahrhundert im Zeichen der Persönlichkeitsrechte stehen wird. Es mußte zu den blutigen Ereignissen des 2. Weltkriegs, zum Holocaust kommen, um den Menschen klar zu machen, daß es in der Welt nur eine einzige Sicherheitsgarantie gibt: die Persönlichkeitsrechte. Eine neue Weltordnung wird auf diesem Paradigma aufgebaut werden: Die nebulösen Wünsche der liberalen Demokratie müssen in die strenge Sprache des Rechts übersetzt werden. Der zentrale Punkt einer Rechtsordnung sind die Persönlichkeitsrechte, denn die Person ist ja schließlich die kleinste Minderheit. Wenn die Person genug Freiheit hat und keine Möglichkeit, die Freiheit anderer einzuschränken, dann ist alles in Ordnung, dann werden auch die Kollektivrechte eingehalten werden. Es gibt keine friedliche Entwicklung, wenn es keine Spielregeln gibt, die für alle befriedigend sind.

Ich möchte nun von der Sowjetunion sprechen und wie es dazu kam, was im Westen Demokratisierung genannt wird. Die erste Etappe des Kommunismus in der Sowjetunion war ein satanischer Glaube: Die Gewalt ist nach Marx und Engels die Lokomotive der Geschichte. Die Ziele rechtfertigen die Mittel. Dem Fortschritt der Menschheit sind alle Mittel recht. Die Träger des gesunden Menschenverstandes wurden physisch vernichtet, ebenso die Abweichler. Später wurden auch die potentiellen Abweichler umgebracht. Dann ist die Ideologie entartet und hat sich selbst vernichtet. An die Stelle von Fanatikern sind Mafiosi getreten. Nach dem Tod Stalins und

den Enthüllungen Chruschtschows ging die Geschichte sehr schnell weiter. Chruschtschow hat erfolglos versucht, die kommunistische Ideologie wiederzubeleben. Alles war dem Staat unterstellt: die Beziehung in der Familie; es wurde vorgeschrieben, wo ich zu arbeiten habe, was anzuschauen, was ich zu lesen habe, wie ich zu denken und was ich zu sagen habe.



Sergej Kowaljow

Man hat mir nur nicht vorgeschrieben, wen ich heiraten sollte. Auch das stimmt nicht genau. Man hat mir gesagt, was nicht wünschenswert wäre, z. B. eine Jüdin zu heiraten. Trotz dieser allumfassenden Kontrolle blieben Leerstellen, die nicht okkupiert waren. Zum Beispiel: ich schreibe ein Gedicht und dieses Gedicht untersteht natürlich der Zensur, wenn ich es veröffentlichen will. Und wenn ich es einfach nur meinen Bekannten zum Lesen gebe? Natürlich wußten alle, daß es nicht wünschenswert war, aber es war auch nicht direkt verboten und es ist ja auch schwer zu kontrollieren.

Wir waren durch den Eisernen Vorhang isoliert und fingen an, für uns die Konzeption der Persönlichkeitsrechte zu erfinden. Wir haben natürlich gehört, daß die Erklärung der Menschenrechte existiert, aber wir haben sie nicht gelesen. Wir haben gelernt, unsere Verfassung zu lesen, z.B. Art. 125. Dort waren zivile und politische Freiheiten aufgeführt, z.B. daß im Interesse der Werktätigen die Bürger der Sowjetunion die Freiheit des Wortes und der Meinung, Gewissensfreiheit

und Versammlungsfreiheit haben. Als ich im Lager und im Gefängnis war, kam der Staatsanwalt und sagte: Ich schaue mir solche Erklärungen, die sich auf die Verfassung beziehen, nicht mehr an. Die Verfassung ist nicht für euch geschrieben, sondern damit die amerikanischen Neger verstehen, wie toll man in der Sowjetunion lebt.

### Wirtschaftsreformen ohne Demokratisierung

Die Sowjetunion hat das Wetttrüben und den Kalten Krieg verloren. Gorbatschow und einige Leute um ihn herum waren nicht dumm und haben gesehen, daß das Land am Rand der ökonomischen Katastrophe war. Man konnte nur eins machen: sich mit dem Westen aussöhnen. So fing die Perestroika an. Wie weit ist nun die Geschichte der Demokratisierung in der ehemaligen Sowjetunion gediehen? Nicht sehr weit. Das Land ist nach wie vor nicht von Demokraten beherrscht, sondern von der Nomenklatura. Dennoch ist das Land anders als die Sowjetunion: Es gibt nun die Freiheit des Wortes. Sie ist eine besondere Freiheit, sie ist die Garantie anderer Freiheiten. Jetzt macht das Land eine sehr schwierige Periode durch. Die wirtschaftliche Lage ist äußerst schlecht, aber entscheidend sind nicht die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Das Problem ist der Versuch, die frühere Ordnung wiederherzustellen. Man hat sich einfach in die wirtschaftlichen Reformen gestürzt, ohne das politische System zu reformieren. So ist dieses System auch nicht ernsthaft demokratisch geworden.

Im Westen ist es um die Sache natürlich auch schlecht bestellt. Der Westen versteht nicht, wie gefährlich und wie global das russische Problem ist. Der Westen verrät ständig seine eigenen fundamentalen Werte der Meinungsfreiheit, des Schutzes der Menschenrechte überall auf der Welt. Der Westen hat aus dem Recht, wie Marx sagte, einen Diener der Politik gemacht. Das westliche Recht dient der westlichen Politik sehr gerne.



## Wei Jingsheng: Der Westen darf China nicht im Stich lassen

In aller Welt reden die Leute über Menschenrechte, aber ob sie etwas für sie tun, bezweifle ich. Es gibt überall Kriege. Es gibt Gewalt. Ich frage, warum man das nicht vorher hat verhindern können. Die bittere Erfahrung des 2. Weltkrieges hat uns gelehrt, wie wichtig Menschenrechte sind. Heute haben wir immer noch keinen Frieden, und es gibt auch viele potentielle Gefahren, daß dieser Frieden zerstört wird. Wir müssen darauf achten, daß das Recht jedes Menschen auf der Welt geachtet wird. Nach dem 2. Weltkrieg haben wir gesehen, es gibt kaum Krieg zwischen demokratischen Ländern. Aber zwischen Ländern, wo die Diktatur herrscht, gibt es immer Krieg und Gewalt. Vor 50 Jahren betrieben die europäischen Länder eine Beschwichtigungspolitik gegenüber Hitler, und es führte zu einer Katastrophe. Heute machen die europäischen Länder den gleichen Fehler, was China betrifft.

### Dekoration statt Demokratie

Ich erzähle nur als normaler Chinese, was ich meine und was ich erlebt habe. Die chinesische Regierung behauptet immer, es gebe acht demokratische Parteien in China, aber das sind keine demokratischen Parteien, das ist nur Dekoration. Wenn die Partei immer nur Befehlsempfänger ist, dann ist sie keine selbständige Partei. China ist eine Einparteienherrschaft. Die anderen Parteien zählen nicht. Als ich 1993 für kurze Zeit in Freiheit lebte, haben mir viele Freunde gesagt: „Wir müssen eine oppositionelle Partei gründen. Daß die Demokratiebewegung 1989 gescheitert ist, lag daran, daß wir nicht organisiert waren.“ Wir müssen unsere Kräfte bündeln. Wenn die Zeit reif ist, dann werden wir eine Partei gründen.

Mit Wandel durch Handel bin ich absolut nicht einverstanden. In Saudi-Arabien und Kuwait sind die Menschen durchschnittlich reicher als in Amerika. Ich weiß aber nicht, ob dort die Menschenrechte besser geachtet werden. Im Westen ist zuerst die De-

mokratie entstanden und dann gab es den wirtschaftlichen Wohlstand. Die USA sind ein typisches Beispiel: Sie sind 200 Jahre alt, aber erst seit einem halben Jahrhundert entsteht ein Mittelstand. Die wohlhabende Schicht in China ist durch die Ausbeutung anderer und die Aneignung von Staatseigentum zu ihrem Reichtum gekommen. Das Geld bleibt aber nicht im Land.

Menschenrechte verbindlich zu machen, bedeutet nicht grenzenlose Individualisierung. Man hat sein Recht, aber man muß auch das Recht des anderen akzeptieren. Um das durchzusetzen, hätte man früher Krieg geführt. Aber heute gibt es andere Mittel und Methoden; denken Sie an die frühere Sowjetunion und die osteuropäischen Länder, die haben die Veränderung im großen und ganzen ohne Blutvergießen herbeigeführt. Taiwan ist auch ohne Gewaltanwendung zu einem einigermaßen demokratischen System

gewaltbereiter ist die Regierung. Ich sage es noch einmal: Es ist sehr wichtig, daß die westlichen Länder Druck ausüben auf China. Im Jahr 1997 gab es über 3000 gewaltsame Proteste und Aufstände, und das wird immer gewaltsam niedergeschlagen. Doch irgendwann kann die Regierung die Unzufriedenheit nicht mehr mit Truppen unterdrücken und was passiert dann? Vielleicht sagen dann die westlichen Politiker: Ja, da können wir auch nichts machen. Natürlich ist aber das Volk der Leidtragende.

Tiananmen war für das chinesische Volk ein ganz großes, seelisch belastendes Ereignis. Damals waren nicht nur die Studenten und die Arbeiter, nicht nur die normalen Bürger, sondern auch Bauern auf die Straße gegangen und brachten ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck. Zu der Zeit hatten die Menschen eine Hoffnung und haben die besten Seiten ihres Charakters gezeigt. Die Regierung be-



v.l.: Tienchi Martin-Liao, Dolmetscherin, Wei Jingsheng, Dr. Marie-Luise Näth, Universität Saarbrücken.

gelangt. Unsere Welt ist heute viel näher zusammengedrückt. Wenn wir die Kraft des chinesischen Volkes mit dem Druck von außen verbinden, können wir eine Veränderung herbeiführen. Aber in der internationalen Politik will kein Land Verantwortung übernehmen. Die Völker finden keine Unterstützung. Sie müssen auf die Straße gehen und werden gewaltsam niedergeschlagen. Wenn das chinesische Volk ohne Hilfe, ohne Druck der westlichen Länder auf das chinesische Regime bleibt, kann man einen friedlichen Wandel nicht garantieren. Je aussichtsloser die Situation ist, desto

hauptet immer, es sei ein Chaos gewesen, aber es war nur ein Streik. Selbst die Diebe haben gestreikt und klauten nicht in der Zeit. Viele Händler haben Lebensmittel umsonst geliefert. Diese schöne Seite der Menschen wurde durch Gewalt und Panzer niedergeschlagen. Die meisten Leute sind jetzt zur Überzeugung gekommen: „Wenn wir keine gewählte Regierung bekommen, haben wir keine Zukunft.“ Natürlich sind auch viele enttäuscht, weil sie gemerkt haben, daß sie angesichts der nackten Gewalt verloren sind. Das chinesische Volk fühlt sich vom Westen verlassen und verkauft.

# Gerecht - finanzierbar - beschäftigungswirksam

## Zielkonflikte bei der Sicherung des Generationenvertrages

Nur knapp vier Monate nach der erfolgreichen Expertentagung zum Thema Alterssicherung der Frau vom Juli 1998 (vgl. Report 4/98) konnte das Thema Rentenpolitik - Generationenvertrag auf einer zweiten Fachkonferenz weiterverfolgt werden. Der internationale Vergleich, der im Juli durch die Referate über die Schweiz, Schweden und Frankreich breiten Raum eingenommen hatte, spielte diesmal laut Tagungsprogramm keine Rolle, in Wirklichkeit aber eine sehr große. Im Zeitalter der Globalisierung und Krisenerscheinungen beim „Modell Deutschland“ wird der Blick über die Grenzen inzwischen immer selbstverständlicher, und so war es nicht verwunderlich, daß auch bei den Themen Beitragssätze, Kapitaldeckung versus Umlage, Ausweitung der Versicherungspflicht, Regelungen der Nachbarstaaten Beachtung fanden. Wie wird sich die bevorstehende Alterung der Bevölkerung auf die Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung auswirken, bleibt die Beitragslast in den besonders kritischen Jahren 2030 bis 2040 tragbar?

Die von Dr. Hans J. Barth vorgestellte Studie des Prognos-Instituts (im Auftrag des Verbandes der Deutschen Rentenversicherungsträger) scheint diese Frage zu bejahen, zumindest wurde sie in der Öffentlichkeit teilweise so aufgenommen. Kann man davon zu Recht sprechen bei einer Beitrags-



Hans J. Barth: 25 Prozent Beitrag für die Rentenkasse

satzprognose von etwa 25 Prozent nur für die gesetzliche Rentenversicherung? Im Grunde signalisiert wohl auch diese Zahl eher politischen Handlungsbedarf. Aber die Brisanz liegt ja vor allem darin, daß Prognos mit seiner Schätzung (zusammen mit der des Sozialbeirats beim Bundesarbeitsmi-

nisterium) das untere Ende einer Skala darstellt, die bis über 30 Prozent reicht. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium kommt in seiner Studie je nach gewählter Bevölkerungsvariante zu Beitragssätzen von 28 bis 31 Prozent, andere Schätzungen liegen noch wesentlich darüber. Solche Belastungen sind künftigen Beitragszahlern schwerlich zuzumuten, denn Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Arbeitslosenversicherung und nicht zu vergessen Steuern fallen ja noch zusätzlich an.

Solche Differenzen von fünf bis zehn Beitragspunkten werfen natürlich sofort die Frage nach den jeweils zugrundeliegenden Annahmen auf. Geburtenzahlen, Zuwanderung von außen, Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen, Wirtschaftswachstum, Strukturwandel, Arbeitslosigkeit, Steuerreformen und sonstige Sozialabgaben (wegen der netto-lohnbezogenen Rentenanpassung) und viele andere Faktoren gehen in solche Prognosen mit ein. Lassen sie sich für einen Zeitraum von über 40 Jahren vorausschätzen? Natürlich nicht, höchstens halbwegs plausibel festlegen, mit im zeitlichen Abstand wachsenden Unsicherheiten. Die Meinung, man solle sich weniger Gedanken machen über die Beitragssätze der Zukunft als vielmehr über die Wirtschaftspolitik der Gegenwart und

nach Konzepten suchen, mit denen sich für heute und später besonders die Arbeitsmarktlage verbessern läßt (auch zum Wohle künftiger Beitragszahler), wurde auf der Tagung vertreten und war in der Öffentlichkeit ebenfalls vernehmbar. Aber durch den Verzicht auf Beitragsprognosen werden wir ja wirtschaftspolitisch nicht unbedingt schlauer, und allen Unsicherheiten zum Trotz geben sie eben doch wertvolle Hinweise auf die Größenordnung der Konsolidierungsaufgabe.

## Kein Grund zum Jubeln

Wichtig war auf jeden Fall der Hinweis von Dr. Marcel Thum, Mitarbeiter von Prof. Dr. Hans-Werner Sinn am Center for Economic Studies, München, daß die Prognos-Zahlen für die Beitragszahler und die Rentner der



Marcel Thum: Zukünftig relativ niedrigere Renten

Zukunft in Wahrheit keine gute Botschaft bringen, denn Prognos liegt vor allem deshalb unter den Sätzen des Wissenschaftlichen Beirats, weil es die sonstigen Sozialabgaben (ohne Rentenversicherung) wesentlich höher ansetzt. Das bringt die netto-lohnbezogenen Renten so stark herunter, daß sie mit niedrigeren Beiträgen finanziert werden können. Kein Grund zum Jubeln also, nicht für die Beitragszahler, deren Gesamtbelastung mit Sozi-



alabgaben Beirat und Prognos gemeinsam auf 44 Prozent anwachsen sehen, nicht für die Rentner, die von relativ, nicht absolut, niedrigeren Renten ausgehen müssen als heute.

Besteht also Handlungsbedarf, um die Beitragsspitzen der Jahre 2030 bis 2040 zu glätten? Ja, sagte Hans-Werner Sinn, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium-



**Hans-Werner Sinn: Einstieg in die Teilkapitaldeckung**

um für Wirtschaft. Aber nicht bei einem Verbleib im reinen Umlageverfahren. Deshalb schlägt der Beirat den Einstieg in die Teilkapitaldeckung der Renten vor, um einen Kapitalstock anzusparen, der in den kritischen Jahren allmählich abgebaut wird. Folgende Überlegung liegt zugrunde:

Eine Gesellschaft wie die deutsche, die zu wenig Humankapital hervorbringt, sprich zu wenig Kinder, muß diesen Mangel ausgleichen durch ein Mehr an Realkapital, um auskömmliche Renten bezahlen zu können; ohne die Beitragszahler finanziell zu erdrücken. Mit zusätzlicher Ersparnis und deshalb fallenden Zinsen wird mehr investiert, der Kapitalstock wächst schneller. Daneben muß das schrumpfende Humankapital besser qualifiziert werden. Hier wie bei der Reproduktion liege Deutschland im internationalen Vergleich der westlichen Industriestaaten auf dem drittletzten Platz.

Konkret schlägt der Beirat ein zusätzliches Zwangssparen mit variabler Quote vor. Beginnen müßte man mit vier bis fünf Beitragspunkten. Diese

Beträge sollen nicht in einem großen Fonds etwa unter dem Dach der Rentenversicherungsträger gesammelt werden, sondern auf privaten Konten der Beitragszahler stehen, um sie vor dem Zugriff der Politik zu schützen. Diese Zwangssparquote kann im Laufe der Zeit, wenn aus dem Kapital Erträge fließen, abgesenkt werden. Mit einer gerade noch vertretbaren Dauerbelastung von ca. 25 Beitragspunkten für die Rente ließen sich die befürchteten Spitzenbelastungen von 30 Prozent oder mehr vermeiden.

Über das Beiratsgutachten hinaus schlug Sinn vor, dieses Zwangssparen vor allem jenen Personen aufzuerlegen, die durch ihr generatives Verhalten die demographische Krise herbeigeführt haben. Bei ihnen könne auch nicht von einer Doppelbelastung gesprochen werden, eines der Hauptargumente der Umlageverteidiger gegen den Einstieg in die Kapitaldeckung. Sie hätten sich ja die finanzielle Last der Reproduktion erspart, das werde jetzt wieder ausgeglichen.

Prof. Dr. Dr. Bert Rürup kam nach einer differenzierten Analyse der Vor- und Nachteile, die sich für Umlage-



**Bert Rürup: Privates Sparen für das Alter**

und Kapitaldeckungsverfahren aufweisen lassen, zwar zu dem Schluß, daß eine Mischung beider Formen den maximalen Risikoschutz biete und der Anteil der Kapitaldeckung ausgebaut werden müsse, setzte aber trotzdem in der heutigen Situation auf Ergänzung

der Umlage durch Kapitaldeckung, nicht auf Teilersatz, also kein Zwangssparen in vorgeschriebener Höhe, sondern staatlich zu förderndes, privates Sparen für das Alter und überbetriebliche Tariffonds.

## Spielräume schaffen

Dafür seien durch verbilligende Reformen innerhalb des Umlageverfahrens Spielräume zu schaffen. Er bezweifelte vor allem, daß man bei einer gut in die weltweiten Kapitalmärkte integrierten Volkswirtschaft wie Deutschland zusätzliches Sparen umstandslos in zusätzliches Realkapital hochrechnen könne, das lasse sich empirisch nicht belegen. Überdies könne der mit dem Zwangssparen zunächst verbundene Nachfrageausfall erhebliche kontraktive Wirkungen haben und die Arbeitslosigkeit verstärken. Sinn hingegen sah die deutsche Wirtschaft nicht in der Nachfrageschwäche einer Rezession nach Keynes. Kontraktive Wirkungen des Zwangssparens könnten allenfalls kurzfristiger Natur sein. Festzuhalten bleibe, daß im Ziel, dem Ausbau der Kapitaldeckung, Übereinstimmung herrsche. Dieses Signal werde von der Politik hoffentlich aufgenommen.

Ulrike Mascher, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium, berichtete von der intensiven Diskussion in der Alterssicherungskommission der SPD, die aber in diesem Punkt keine Einigung erzielen konnte. Insbesondere in den Fragen, wann im Blick auf den Arbeitsmarkt mit einer zusätzlichen Belastung der Beitragszahler begonnen werden könne, wie ein solcher Vorsorgefonds vor den Begehrlichkeiten der Politik zu schützen und wie die Mittel anzulegen seien, habe es Differenzen gegeben.

Ihr eigentliches Thema aber war die Absicht der neuen Bundesregierung, die Rentenreform 1999 und damit auch den demographischen Faktor für zwei Jahre auszusetzen. Das sei ein Beispiel für Sparmaßnahmen der alten Bundesregierung, die sozialpolitische Notwendigkeiten außer Acht gelassen und deshalb die Bezeichnung Reform nicht verdient hätten. Eine allmähliche Absenkung des Eckrenten-



niveaus von 70 auf 64 Prozent des Nettolohns, d.h. um ca. zehn Prozent, sei in ihren Konsequenzen für viele Rentnerinnen und Rentner dramatisch. Man müsse erkennen, daß auch bei den Männern die Erwerbsbiographie des Eckrentners mit 45 Beitragsjahren ohne Unterbrechung immer mehr zur Ausnahme werde, Frauen bräuchten es im Schnitt auf 24 Jahre, und das oft zu Verdiensten unter dem Durchschnitt. Das Niveau, von dem aus die Kürzung einsetzt, liege also meist schon deutlich unter 70 Prozent. Natürlich hätte der Großteil der Bezieher niedriger Renten weitere Einkünfte, etwa ein Drittel aber nicht.

## Armutssichere Altersversorgung

Hier drohe mit dem demographischen Faktor Altersarmut. Eine armutssichere Altersversorgung für langjährig Beschäftigte auch mit Verdiensten



*Ulrike Mascher: Differenzen in der SPD*

unter dem Durchschnitt müsse gesichert bleiben, sonst beginne für viele am Ende des Erwerbslebens der Gang zum Sozialamt. Vor Einführung einer bedarfsabhängigen Mindestsicherung in der Rentenversicherung sei an eine allgemeine Absenkung des Rentenniveaus nicht zu denken.

Ministerialdirigent Dr. Maximilian Gaßner, Leiter der Abteilung Sozialversicherung im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, stellte demgegenüber fest, daß mit dem demographischen Faktor nur ein erster Schritt in Richtung auf mehr

Gerechtigkeit zwischen den Generationen erfolgt sei, der das Ziel einer gerechten Lastenverteilung noch keineswegs erreiche. Auch sei die Rentenversicherung bisher keine Institution gewesen, die Bedarfe ermittelt habe.



*Maximilian Gaßner: Gerechte Lastenverteilung als Ziel*

Das demographische Problem der Rentenversicherung heute ist die steigende Lebenserwartung, das der Zukunft ist der Geburtenrückgang. Aber ist nicht die Erosion der Beitragsbasis durch geringfügige Beschäftigungen und Scheinselbständigkeit viel gefährlicher, von manchen Beobachtern bereits als der beginnende Ausstieg einer Generation aus der gesetzlichen Rentenversicherung gewertet, die weiß, daß sie für ihre Einzahlungen eine Rendite kaum noch erwarten kann?

**Das demographische Problem der Rentenversicherung heute ist die steigende Lebenserwartung, das der Zukunft ist der Geburtenrückgang. Aber ist nicht die Erosion der Beitragsbasis durch geringfügige Beschäftigungen und Scheinselbständigkeit viel gefährlicher, von manchen Beobachtern bereits als der beginnende Ausstieg einer Generation aus der gesetzlichen Rentenversicherung gewertet, die weiß, daß sie für ihre Einzahlungen eine Rendite kaum noch erwarten kann?**

Prof. Dr. Johannes Schwarze von der Universität Bamberg legte die Schwierigkeiten dar, hier exakte Aussagen zu machen, weil mehrere Untersuchungen mit divergierenden Meßkonzepten unterschiedliche Ergebnisse hervorgebracht haben. Allem Anschein nach habe aber die Umwandlung von

Normalarbeitsverhältnissen in mehrere geringfügige, sozialversicherungs-freie noch nicht das manchmal behauptete Ausmaß angenommen, denn die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse sei in den letzten Jahren relativ stabil. Auffallend sei aber, daß neue Arbeitsplätze sehr stark im Bereich der sozialversicherungsfreien Beschäftigung entstanden sind.

Schwarze und Rürup waren sich darin einig, daß die Politik diesen Sektor der Beschäftigung, den damit verbundenen Problemen zum Trotz ernst nehmen, möglicherweise auch als Ventil eines bereits überregulierten Arbeitsmarktes erkennen sollte. Mit simplen Regulierungen nach dem alleinigen Motto der Mißbrauchs-bekämpfung werde der wirtschaftspolitische Schaden womöglich wesentlich größer als der sozialpolitische Nutzen.

Rürup schlug vor, sich bei der geringfügigen Beschäftigung an der österreichischen Lösung zu orientieren. Bei der Scheinselbständigkeit riet er ab von der rückwärts gewandten Strategie einer Neudefinition des Arbeitnehmerbegriffs, die zu einer Prozeßlawine führen würde. Hier müsse man mutig den größeren Schritt tun und die Rentenbasis verändern. Wenn nicht mehr der Lohn, sondern Erwerbseinkommen versicherungspflichtig sei, wären alle abhängig und selbständig Beschäftigten mit ihren Einkommen versicherungspflichtig. Das müsse nicht der Weg in die Einheitsversiche-

rung sein, gut funktionierende berufständische Versorgungswerke sollten erhalten bleiben. Altersvorsorge hier könne als Befreiungstatbestand für die gesetzliche Rentenversicherung gelten. ■

*Karl-Heinz Willenborg*

(Siehe auch Pressestimmen S. 37)



## Bilanz des Wahljahrs 1998:

### **Erdrutsch und politische Zeitenwende**

**Politik und Wissenschaft analysieren den Wahlkampf und das Parteiensystem In der Mediendemokratie**

**D**ie Wahlschlacht war geschlagen, nun kamen die Analytiker zu Wort. Wie schon 1994 hatte die Akademie gemeinsam mit der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen, Parteilmanager, Politologen, Demoskopern, Medienforscher und Journalisten eingeladen, um eine Bilanz des Wahlkampfes und des Ergebnisses zu ziehen. Dabei ging es sowohl um Fragen moderner Wahlkampfstrategie, um die Veränderung des Parteiensystems wie auch um die Rolle der Medien in der zurückliegenden Kampagne.

In der Runde der Politikmanager und -berater wurde nach Gründen für den rot-grünen Erdrutschsieg gesucht. Bernd Schoppe aus der zentralen Wahlkampfleitung der SPD (Kampa) betonte den erfolgreichen Einfluß die-



**Bernd Schoppe:** „Kohl konnte das Zukunftsthema nicht glaubwürdig besetzen“

ser organisatorischen Neuerung. Professionelle Zuarbeit von außen, zentrale Media-Planung und Veranstaltungsmarketing seien die Zeichen des modernen SPD-Wahlkampfes gewesen. Bereits Ende 1996 habe die Kampagne begonnen, habe jedoch lange

mit dem Problem zu kämpfen gehabt, daß bis zur Niedersachsenwahl im März 1998 der Kanzlerkandidat nicht fest stand: „Die Konzeption mußte für jeden der beiden möglichen Kandidaten anwendbar sein!“

Die begleitende Wählerforschung brachte für die Sozialdemokraten wenig Schmeichelhaftes ans Licht. Vier Hindernisse blockierten zunächst eine erfolgversprechende Strategie: das Wahlvolk beklagte die Oppositionsmentalität der SPD, der man den Sieges- und Machtwillen nicht abnahm. Sie wurde in der Öffentlichkeit eher als Protest- denn als Gestaltungspartei wahrgenommen. Zudem sei sie zerstritten und nicht zur Modernisierung bereit. Alles in allem präsentierte sich die SPD Anfang 1997 als uninteressante Partei.

### **Kassandra-Falle**

Die Kampa steuerte gegen. Schoppe: „Die positive Gegenbotschaft lautete: Machtwillen, Führungskraft und Bereitschaft zu Innovationen. Sie wurde gebündelt in der langfristig angelegten Kommunikationslinie 'Wir sind bereit'. Schnell konzentrierte sich die Partei auf Gewinner- und Profilierungsthemen wie soziale Gerechtigkeit, Jugend und Zukunft. „Wir sahen die Notwendigkeit, Hoffnung zu vermitteln und wollten vermeiden, mit düsteren Themen wie Arbeitslosigkeit in die Kassandra-Falle zu gehen: Recht haben, aber verlieren.“ Die gerechte und faire Verteilung der Lasten eines notwendigen gesellschaftlichen Veränderungsprozesses wurde der zentrale Wert der SPD-Kampagne. Zukunftskompetenz und Dynamik bündelten sich zugleich in der medienwirksamen Darstellung des Kandidaten Schröder. Hier sah Schoppe auch das zentrale Defizit der Union: „Kohl konnte das Zukunftsthema nicht glaubwürdig besetzen.“ Das Konzept der Sozialdemokraten blieb ungestört von Einflüssen der CDU/CSU.

Den Part des Verlierers mußte Klaus Preschle, im Konrad-Adenauer-Haus zuständig für Grundsatzfragen und Politische Planung, spielen. Anhand der Wahlergebnisse konnte er zeigen, daß sich die Union seit 1983 im Abwärtstrend befand. Strategische Elemente des CDU-Wahlkampfes seien



**Klaus Preschle:** „Es hat an Einheitlichkeit gefehlt“

*Fotos: Stern*

gewesen die Stichworte Richtungswahl, Aufschwung, Stabilität und Sicherheit. Das Ergebnis zeige, daß diese Schwerpunkte beim Wähler nicht überzeugt hätten. Er warnte vor monokausalen Erklärungen und Schuldzuweisungen. Ein Defizit sah er in den vielfältigen Wahlkampfzentralen der Union: „Es hat an Einheitlichkeit gefehlt.“ Er konstatierte eine Abkoppelung der Politiker und ihrer Berater von der sozialen Wirklichkeit: „In der Zentrale ist nicht angekommen, wie die Leute draußen denken.“ Man habe sich von der Erfahrung des 94er Wahlkampfes („Der Kohl stemmt es noch einmal“) in die Irre führen lassen. Auf die Rolle der beratenden Werbeagenturen eingehend meinte Preschle: „Bei uns beraten die Politiker die Werber und nicht umgekehrt.“ Für erfolgreiche Kampagnen in der Zukunft müßten Parteien ihre Kommunikatoren an einer längeren Leine laufen lassen.

Wolfgang Gibowski, bis zum Regierungswechsel stellvertretender Chef des Bundespresseamts, analysierte die Wahlniederlage der alten Koalition: „Die Regierung hat sich seit Anfang 1997 in der kommunikativen Defensive befunden. Damals überholte die SPD die Union in der Stimmungslage.“ Und bei der Kanzlerpräferenz habe Kohl systematisch hinter Schröder gelegen. Der wirksamste Slogan der SPD-Kampagne sei gewe-



„Wolfgang Gibowski: „Die Regierung hat sich seit Anfang 1997 in der kommunikativen Defensive befunden“

sen: „16 Jahre Kohl sind genug.“ Darauf habe es keine adäquate Antwort der CDU gegeben. Das Risiko des Wechsels sei nicht genug verdeutlicht und Sachthemen nicht genug mit der Person Kohl verbunden worden: „Die Leute haben sich gefragt: Weltklasse wofür?“

Nach Ansicht Gibowskis war die letzte Bundestagswahl ein Referendum über den neuen Kanzler: „In erster Linie wurde die alte Regierung abgewählt, nicht die Opposition in die Regierung gebracht.“

In der anschließenden Diskussion stellte Bernd Schoppe fest, daß die Medien an Inhalten nicht interessiert seien: „Konflikte, Personalien und Inszenierungen laufen einfach besser!“ Wahlkämpfe würden auch nicht über Themen entschieden. Man brauche die „Interpretationshoheit“, müsse „Emotionen und den Bauch“ ansprechen.

Als Beispiel nannte er die kurz vor der Wahl von der damaligen Familienministerin Nolte entfachte Diskussion über die mögliche Erhöhung der Mehrwertsteuer. Schoppe: „Uns interessierte gar nicht mehr die Steuerdiskussion. Hauptsache, das für uns leidige Thema des CSU-Siegs bei der Bayernwahl war aus der öffentlichen Debatte verschwunden.“

Als ehemaliger Wahlforscher konnte Wolfgang Gibowski gleich zweimal auf dem Tutzing Podium Platz nehmen. Er vertrat den erkrankten Dieter Roth von der Forschungsgruppe Wahlen. Nach seiner Ansicht war das Ausmaß des Wechsels größer als je zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Die CDU habe in Ostdeutschland mit knapp 11 Prozent die Wahl verloren, in Sachsen sogar 15 Prozent. Allerdings profitiere die SPD davon nicht in vollem Umfang, die Stimmen würden auch nach rechts wandern. Geschlechtsspezifisch gebe es keine Unterschiede. Bezogen auf die Altersgruppen verliere die Union am stärksten bei den über 45jährigen. Dagegen gewinne die SPD bei den Arbeitern, mehr noch aber bei Selbständigen, Angestellten und Beamten. Sie konnte ihre Hochburgen noch weiter ausbauen.

Spiegelbildlich dagegen das Abschneiden der CDU: selbst bei schwacher Ausgangslage sei sie noch einmal weiter eingebrochen. Mit wahlentscheidend war nach Gibowskis Worten der Verlust der wirtschafts- und sozialpolitischen Kompetenz der Union.

### „Politische Zeitenwende“

Auch Richard Hilmer von Infratest dimap arbeitete die Merkmale der letzten Wahl heraus und charakterisierte sie als „politische Zeitenwende“. Erstmals sei eine Regierung abgewählt worden; erstmals sei die Union seit 1949 unter 40 Prozent. Die FDP sei seit 30 Jahren zum ersten Mal nicht in der Regierung. Noch nie habe es eine rot-grüne Mehrheit im Bundestag gegeben. Zum ersten Mal seien die Grünen an der Regierung beteiligt. Und die PDS habe es geschafft, mit über 5 Prozent der Stimmen ohne die Krük-

ke der Direktmandate als Fraktion ins Parlament einzuziehen. Am Rande wies Hilmer noch darauf hin, daß durch die im Schatten Bonn liegenden Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern die PDS zum ersten Mal seit 1990 in einer Landesregierung vertreten sei.

### SPD fast überall stärkste Partei

Der SPD-Sieg war „flächendeckend“. Mit Ausnahme Brandenburgs legte die SPD zwischen 1,9 (Rheinland-Pfalz) und 8,8 Prozent (Niedersachsen) zu, auf dem flachen Land ebenso (+4,9) wie in den Großstädten (+4,5), in In-



Richard Hilmer: „Politische Zeitenwende“

dustriegebieten (+4,4) wie auch in Dienstleistungszentren (+4,6), in katholischen (+4,5), evangelischen (+4,8) und auch konfessionslos geprägten Gebieten (+4,3).

In fast allen Bevölkerungsgruppen konnten die Sozialdemokraten zulegen. Überdurchschnittlich bei Frauen zwischen 45 und 59 (+8), Angestellten (+6), Selbständigen (+5), Rentnern (+5) und mittleren Bildungsschichten (+6). Nur bei Erstwählerinnen (-2) und Arbeitslosen (-3) mußte die SPD gegenüber 1994 Verluste hinnehmen. Damit ist die SPD stärkste Partei in fast allen Altersgruppen (außer 60+), in fast allen Berufsgruppen (außer Selbständige) und in 13 von 16 Bundesländern.

Als typisches Merkmal dieser und auch schon vorhergehender Wahlen



bezeichnet Hilmer die steigende Zahl der Wechselwähler: 25 Prozent haben dieses Mal eine andere Partei gewählt als 1994, in Ostdeutschland sogar ein knappes Drittel. Langfristige Bindungen an die Parteien gingen verloren und Wahlentscheidungen würden immer kürzer vorm Wahltag getroffen, so der Berliner Wahlforscher.

Nach Ansicht von Renate Köcher, der Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach, sei im Herbst 1998 die Enttäuschung über Parteien und Poli-



**Renate Köcher: „Enttäuschung über Parteien und Politiker im Herbst 1998 auf dem Höhepunkt angekommen“**

tiker auf einem Höhepunkt angekommen. Die Mehrheit wollte eine neue Politik, die Schluß mache mit der wachsenden Gerechtigkeitslücke, für die die alte Regierung verantwortlich gemacht wurde. Die früher mehrheitsfähige Einschätzung: „Was gut ist für die Wirtschaft, ist auch gut für die Bevölkerung“, sei weggefallen. Die Allensbacher Demoskopie konstatierte eine wachsende Entfremdung zwischen Wirtschaft und Gesellschaft und Kommunikationsprobleme zwischen den wirtschaftlichen Eliten und der Bevölkerung. Diese kulminieren in der Einschätzung, Nutznießer der alten Regierungspolitik seien der Staat, die Unternehmer und die Reichen. In diesem Stimmungsklima gegen die Regierung sei es der SPD gelungen, die politisch Desinteressierten für sich zu gewinnen und zu mobilisieren.

Die unterschiedlichen Parteiensysteme und Wählerverhalten in Ost- und

Westdeutschland untersuchten die Parteienforscher Jürgen Falter von der Universität Mannheim und Hans-Joachim Veen von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Falter stellte fest, daß es auch 1998 wieder zwei getrennte Elektorate in Deutschland gegeben hätte.



**Jürgen Falter: „Auch 1998 wieder zwei getrennte Elektorate in Deutschland“**

Eine wichtige Ursache für diese Ost-West-Unterschiede sah Falter darin, daß in den neuen Ländern traditionelle, durch Konfession oder Beruf geprägte Parteibindungen von untergeordneter Bedeutung sind. Im Westen nähmen sie zwar auch ab, spielten aber trotz aller Individualisierungsprozesse immer noch eine gewichtige Rolle bei der Erklärung des Wahlverhaltens. In den neuen Ländern hingegen liege der Anteil der parteigebundenen Bürger weitaus niedriger als in der alten Bundesrepublik und die vorhandenen Bindungen sind instabiler. Dies gelte

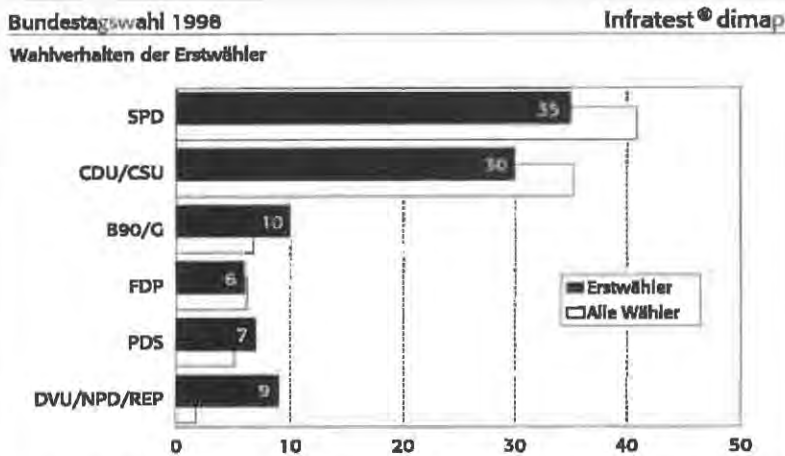
vor allem für die große Gruppe der Arbeiter, die sich im Gegensatz zu ihren westdeutschen Kollegen in ihrer Mehrheit keiner Partei verbunden fühlen.

Für Veen war das Wahlergebnis vom 27. September 1998 trotz aller Veränderung vor allem ein Signal der Stabilität des Parteiensystems: „76% wählen die Volksparteien, auch die Kleinen bleiben stabil bei 6-7%. Splitterparteien kommen zusammen auf 6% und Rechtsextremisten auf 3,3%. Es gibt eine hohe Zustimmung zu unseren Parteien, keine massenweise Abkehr.“ Dafür sprechen auch die 82% Wahlbeteiligung.

Aber instabil sei das Wahlverhalten, worin er Hilmer zustimmte: „Wer sich auf Stammwähler verläßt, begibt sich auf dünnes Eis. Die sind keine feste Bank mehr.“ Allein 1,4 Millionen Wähler seien von der CDU zur SPD gewechselt. Angesichts der unterschiedlichen Parteiensysteme in Ost- und Westdeutschland sei es für die Union unverzichtbar, ihre Koalitionsoptionen über SPD und FDP zu erweitern. Er bedauerte, daß durch die Herinnahme der PDS in eine Landesregierung der anti-extremistische Konsens verloren gegangen sei. Sie sei dadurch keine linksextreme Partei im verfassungsrechtlichen Sinn mehr. Der Begriff habe an Schärfe verloren, es herrsche eine neue Asymmetrie im Parteiensystem.

Als Beitrag der Medienforschung zum Thema der Tagung dokumentieren wir abschließend den Vortrag des Münsteraner Kommunikationswissenschaftlers Siegfried Weischenberg. ■

**Michael Schröder**



Quelle: Infratest dimap Wahltagsbefragung (1998)



# Zwischen Amerika und Bermuda

## Beobachtungen zum Wahlkampf 1998 in den Medien und zur Zeit danach

von Prof. Dr. Siegfried Weischenberg, Universität Münster

**P**eter Radunski, der Berliner Senator und einstige erfolgreiche Wahlkampfmanager hat vor einigen Jahren folgendes geschrieben:

*"(Man) kann (...) Wahlkämpfe weder verstehen noch konzipieren, wenn man nicht bewußt die Amerikanisierung der politischen Kommunikation bejaht. Wer in Wahlkämpfen die Chance einer Gesellschaft oder Nation sieht, ihre politische Situation zu analysieren und über ihre Zukunft nachzudenken, der muß die Bedingungen bejahen, unter denen das am effektivsten möglich ist: die Amerikanisierung der politischen Kommunikation."*

Doch dieses 'Ja' zu Amerika kam in diesem Wahlkampf in gnadenloser Konsequenz von der SPD, und jetzt hat die CDU, Radunskis Partei, den Salat.

Darum, wie sich dieser Medienwahlkampf darstellte, soll es zuerst ganz kurz gehen (1). Dann müssen wir über die Zeit seit der Wahl sprechen (2), was man auch ganz kurz halten kann, weil es jeden Tag in der Zeitung steht. Schließlich will ich einige Bemerkungen über die Folgen der vielbeschworenen 'Amerikanisierung' machen, die ich unter dem Stichwort 'Bermuda' zusammengefaßt habe, das bekanntlich als Metapher für Verlust dient. Sie gelten der Privatisierung des Politischen (3), den Spin-Doctors (4) und dem Preis, der für die in den Medien vorgeführte Trivialisierung der Politik vermutlich zu zahlen ist (5). Bei all dem geht es mir um deutsche Spezifika der 'Amerikanisierung'.

### 1. Der amerikanisch-deutsche Wahlkampf

Wer an den Einfluß der Medien – und insbesondere des Fernsehens – im Wahlkampf glaubt, hatte in diesem Jahr keine großen Probleme mit einer

treffsicheren Prognose. Daß Schröder 'es wurde' – und wie er es wurde – konnte niemanden überraschen, der das Campaigning von Anfang an aufmerksam verfolgt hatte. Ja, eigentlich hätte der Kandidat für seine Performance die absolute Mehrheit verdient gehabt. Wenn Mediennutzung und –bewertung, wenn Ratings erst einmal an die Stelle des Kabinengangs treten, wird eine solche Leistung erst richtig gewürdigt werden können. So weit sind wir noch nicht.



Siegfried Weischenberg

Die Sozialdemokraten haben sich in diesem Bundestagswahlkampf strikt nach einem alten christdemokratischen Rezept verhalten, das einst insbesondere von Radunski propagiert und umgesetzt worden ist: In der 'Mediengesellschaft' entscheiden das Image – und das Fernsehen (das Images konstruiert und zerstört). Ob man damit *prinzipiell* richtig liegt, ist bis heute unbewiesen. Jedenfalls basierte der CDU-Wahlkampf in den letzten zwanzig Jahren auf dieser schlichten Einsicht, auch wenn der eigene Spitzenkandidat mit seinen zweieinhalb Zentnern, dem Pfälzer Idiom und seinen zahlreichen eher unglücklichen Begegnungen mit TV-Journalisten eher zum Darling der Kabarettisten als zu einer Ikone der 'Mediengesellschaft' zu taugen schien.

Helmut Kohl, der tapfere Verlierer dieser Wahl, bleibt uns deshalb wohl eher als Symbol für ein System der politischen Kommunikation in Erinnerung, das sich überlebt hat. Darin glaubte man, Presse, Hörfunk und vor allem Fernsehen im Griff haben zu müssen, die Themen setzen und die Akteure *steuern* zu können. FAZ und Bild und Privatsender wie Sat 1 schienen noch vor ein paar Jahren in diesem Imperium des Einheitskanzlers gehorsam mitzuspielen. Doch inzwischen hat sich das Mediensystem strukturell weiter ausdifferenziert und programmlich weiter kommerzialisiert.

Das hat – wie in diesem Wahlkampf erstmals deutlich sichtbar wurde – zur Folge, daß den politischen Gladiatoren nicht einmal mehr die vertrauten Propagandisten noch bedingungslos folgen. Zu groß sind die Gefahren einer Abwendung der eigenen Leser, Hörer oder Zuschauer. Sie laufen zu dem über, welcher die beste Show verspricht. Es wäre ökonomisch desaströs, wenn sich Verlage und Sender diesem Trend entgegenstellen würden.

### 2. Lernprozesse nach der Wahl

Der Wahlkampf '98 wurde von Beobachtern bekanntlich schnell auf den Begriff 'Amerikanisierung' gebracht. Voll und ganz stimmt er freilich nur, wenn man die *Medienkampagne* zum Maßstab nimmt. Er stimmt wohl schon weniger, wenn man die gesamte *Wahlkampf*führung der Parteien betrachtet. Und er stimmt natürlich – wie Politikwissenschaftler mit Recht anmerken – überhaupt nicht, wenn man ihn auf den Prozeß der *Wahlentscheidung* in zwei erheblich verschiedenen politischen Systemen bezieht. Unter den Bedingungen von Parteiendemokratie und Föderalismus ist nach wie vor vieles anders als in Amerika. Hierzulande holen spätestens nach der Wahl Parteivolk und Provinzfürsten den kecken



Programmverweigerer ein. Womöglich hat das der Kandidat Schröder nicht bedacht. Vielleicht glaubte er, nach einem erfolgreichen Medienwahlkampf à la USA könne er anschließend in eine Präsidentenrolle nach dem Muster des Weißen Hauses schlüpfen und als Großer Kommunikator regieren. Zur Zeit muß er lernen, daß dies eine Fehleinschätzung wäre. Gleichzeitig macht er die neue Erfahrung, daß man als öffentlicher Held die Journalisten zweimal trifft – einmal, wenn sie einen hochjubeln, und dann, wenn sie einen niedermachen. Heutzutage geht beides besonders schnell. Zumindest diese eine Einsicht hat Mario Basler dem Kanzler voraus.

Im Moment sieht es so aus, als hätten der Kanzler und seine Getreuen vor lauter Bemühen um Medienpräsenz im Wahlkampf gar nicht daran gedacht, daß nach der Wahl politisches Handeln gefragt sein könnte. Wenn sie im Wahlkampf – wie Müntefering bei Christiansen – nach ihren Problemlösungen gefragt wurden, pflegten sie selbstsicher auf die guten Umfragewerte der SPD zu verweisen. Der bevorstehende Erfolg schien das Programm zu sein. Das reichte für den Wahlsieg – offensichtlich aber nicht fürs Regieren.

Das, was wir ‚Amerikanisierung‘ der politischen Kommunikation nennen, stellt, so ist jetzt zu beobachten, insofern offenbar die Verhältnisse auf den Kopf: Früher lernte jemand das politische Geschäft, und dann lernte er – mit mehr oder weniger großem Erfolg – das Geschäft des Umgangs mit den Medien. Jetzt, so hat man den Eindruck, wird ein Kandidat nach der Geländegängigkeit im Mediendschungel ausgewählt, wobei man unterstellt, daß er sein neues Amt ‚by doing‘ schon irgendwie lernt.

### 3. Die Privatisierung des Politischen

Daß der Kandidat Gerhard Schröder wie geschaffen ist für eine ‚Amerikanisierung‘ des Wahlkampfes, war von vornherein klar; dies hat ja wohl auch eine zentrale Rolle bei der Kandida-

tenktür der Sozialdemokraten gespielt. Die Genossen wußten auch: Hier haben wir endlich einen, der auch sein Privatleben öffentlich vorzuführen versteht, wobei insbesondere seine dritte von vier Ehen einschließlich der Scheidungsgründe (kein Schnitzel) vor allem mit Hilfe der Bild-Zeitung inszeniert wurde – der *Politikerdarsteller* hier sozusagen Seite an Seite mit dem *Sängerdarsteller* Dieter Bohlen.

**Das, was wir ‚Amerikanisierung‘ der politischen Kommunikation nennen, stellt, so ist jetzt zu beobachten, insofern offenbar die Verhältnisse auf den Kopf: Früher lernte jemand das politische Geschäft, und dann lernte er – mit mehr oder weniger großem Erfolg – das Geschäft des Umgangs mit den Medien. Jetzt, so hat man den Eindruck, wird ein Kandidat nach der Geländegängigkeit im Mediendschungel ausgewählt, wobei man unterstellt, daß er sein neues Amt ‚by doing‘ schon irgendwie lernt.**

Den Journalisten erschien der „Kumpel Kanzlerkandidat“ (Süddeutsche Zeitung) – nach 16 Jahren Kohl – im Wahlkampf offenbar geradezu als „Messias fürs Medium“ (Tagesspiegel).

Der frühere Präsidentschaftskandidat Gary Hart sieht in solchen „Metamorphosen von Politikern und Journalisten zu Medienstars“ eines der größten Probleme heutiger amerikanischer Politik. Hart, dessen vielversprechende politische Karriere nach der Enthüllung einer außerehelichen Beziehung durch die Medien zu Ende war, glaubt, daß die Politiker diesem Trend – wie er selbst mit Hilfe der ganzen Familie – dadurch Vorschub geleistet hätten, daß sie eine Privatisierung und Entertainisierung des Politischen aktiv betrieben. Und wörtlich:

„...ein solcher Handel gleicht Fausts Pakt mit dem Teufel: Um den Preis von Würde, Achtung und Anstand erkaufte sich der Politiker Popularität, Aufmerksamkeit und Ruhm. Man versuche, sich einen Charles de Gaulle oder Konrad Adenauer als Musiker in einer Fernsehshow vorzustellen.“

Bei Schröder kann man sich dies und manches andere vorstellen. Gerade mit Hilfe seiner Ehefrau (jetzt: der gelernten Journalistin) mobilisiert er die Journaille, und zwar nicht zum erstenmal. Der Mann, der dem Affen Zucker gibt, muß sich – ebenfalls mit Goethe – fragen lassen, wie er demnächst die Geister, die er rief, wieder loswerden will.

Noch gibt es dabei freilich in der Bonner Republik insofern keine amerikanischen Verhältnisse, als die Privatisierung des Politischen auf der Höhe der Gürtellinie und an der Schwelle des Schlaf- bzw. Arbeitszimmers halt macht. Ob dies auch in der Berliner Republik noch gilt, wird sich zeigen. Gerhard Schröder wird sich dann nicht beklagen dürfen.

Vielleicht kommen die Geister dann schon nicht mehr aus dem Fernsehapparat, sondern aus dem Computer, wo die – bei aller Kritik doch bewährten – journalistischen Schleusen fehlen.

Welche Zeitbombe auch für die ethischen Grenzen politischer Kommunikation im Internet tickt, hat der Fall Clinton/Lewinsky hinreichend deutlich gemacht. Die Lehre daraus lautet u.a., daß im neuen Dreieck zwischen Politik, Netz und Öffentlichkeit die Intimsphäre der politischen Akteure vollends verloren gehen kann.

Gary Hart meinte nicht Gerhard Schröder (aber er hätte ihn meinen können), als er in seinem luziden Aufsatz folgendes schrieb:

„Die neue, komplexe Multimediawelt (...) wird weiter die Herausbildung des Typus des medienversierten politischen Führers begünstigen, der statt über menschliche Qualitäten wie Weisheit, Urteilsvermögen und visionäre Kraft womöglich nur noch über Kommunikationsgeschick verfügt. Die Spin-Doctors von heute, Meister der Kunst, Politiker mediengerecht zu präsentieren, werden die ‚techno-docs‘ von morgen sein und Politiker anleiten, wie die neuen Digitaltechniken am besten vor den Karren der eigenen Karriere und Interessensverwaltung zu spannen sind.“

Mit ‚Spin-Doctors‘ ist das neue Modewort der politischen Kommunikation gefallen.

#### 4. Spin-Doctors und andere Grenzverletzungen

Der typisch postmoderne Prozeß der Hybridisierung macht natürlich auch vor der politischen Kommunikation nicht halt: Inhalte und Formen, Bezugssysteme und Rollen, alles geht auch hier inzwischen fließend ineinander über. Grenzverletzungen werden nicht beklagt, sondern als kreativ gefeiert. So bemächtigte sich die Markenartikelwerbung des Wahlkampfes und plakatierte doppelsinnige Aktionen wie die „Burger-Initiative“ von McDonalds oder „Diäten runter“ der Firma Burger King. Camel warnte „Die Roten kommen!“ – womit freilich auch der Konkurrent Marlboro gemeint sein konnte. Und Mercedes forderte „Wählen Gehen!“ und meinte eine Telefonaktion im Zusammenhang mit der Einführung der A-Klasse.

Diese Vermischungen werfen eine Reihe von Fragen auf:

Beobachten wir jetzt auch in Deutschland einen Zerfall des *politischen Diskurses* oder gar das Ende der demokratischen Öffentlichkeit, wie die „Süddeutsche“ fürchtete?

Oder müssen wir nur Merkmale einer neuen *politischen Praxis* registrieren – wozu z. B. auch die Mitwirkung des Kanzlerkandidaten in einer Soap Opera gehört?

Vor allem aber: Wenn öffentliche Auftritte von Politikern (im Fernsehen) als beliebige Wanderung zwischen den Fakten und den Fiktionen vorgeführt werden, kann dann überhaupt noch ernsthaft jemand auf Rollentrennungen in den Bereichen Politik, Journalismus, PR, Werbung und Wissenschaft beharren?

Auch ein solcher Rollenmix hat bekanntlich seinen amerikanischen Begriff: ‚Spin Doctor‘. Radunski sah noch vor zwei Jahren in Deutschland keinen Platz für solche Figuren, also für von außen kommende Wahlkampfstrategen. Aber er schrieb schon von der bevorstehenden Revolution: Dieser „letzte Schritt der Amerikanisierung“

im personellen Bereich des Kommunikationsmanagements werde auch noch erfolgen.

Von ‚spin‘ im Zusammenhang mit politischem Kommunikationsmanagement war wohl zuerst im Nachrichtenmagazin „Time“ (im Jahre 1988) die

**„Die neue, komplexe Multimediawelt (...) wird weiter die Herausbildung des Typus des medienversierten politischen Führers begünstigen, der statt über menschliche Qualitäten wie Weisheit, Urteilsvermögen und visionäre Kraft womöglich nur noch über Kommunikationsgeschick verfügt. Die Spin-Doctors von heute, Meister der Kunst, Politiker mediengerecht zu präsentieren, werden die ‚techno-doctors‘ von morgen sein und Politiker anleiten, wie die neuen Digitaltechniken am besten vor den Karren der eigenen Karriere und Interessensverwaltung zu spannen sind.“**

Gary Hart

Rede. Kurz danach erfolgte die Gründung der Studentenband „Spin Doctors“ an der New Yorker Columbia University.

Zehn Jahre später gibt es in den USA schon eine beträchtliche Gruppe von Leuten, die mit dem Drehen am Image von politischen und wirtschaftlichen Institutionen und Personen und mit dem Herumdoktern an Zielen und Programmen viel Geld verdienen. Inzwischen aber warnt dort nicht nur die PR-Branche, die zu dieser Art von Konkurrenz auf Distanz geht, vor den Folgen.

Spin Doctors, die als Imageberater verpflichtet werden, haben in den USA nämlich selbst ein Imageproblem. Denn die allzu offensichtliche Tendenz, daß sich die Medienberater als Manipulatoren erweisen, zu deren Handwerkszeug die Täuschung und die gezielte Desinformation gehören, führt dazu, daß im Dreieck zwischen Politik, Medien und Öffentlichkeit der letzte Rest Glaubwürdigkeit verloren geht. Das, was in den USA „push spin“ genannt wird, hat nach Ansicht von Öffentlichkeitsarbeitern, die auf Vertrauen angewiesen sind, mit PR soviel zu tun wie Kunst mit Pornographie oder wie Medizin mit Quacksalberei. Ob Spin Doctors in der Bundesrepublik länger als diesen Wahlkampfsommer tanzen werden, muß sich zeigen. Daß einer, der sich wie ein externer Berater gerierte, aus ihrer Riege gleich Minister wurde, mag anspornen. Daß

Hans-Hermann Tiedje als Kanzlerberater – angeblich nach einer erfolgreichen Bewerbung beim Kandidaten – kurzzeitig dazugehörte, mag hingegen dem Ruf der Branche nicht zuträglich sein.

In den USA ist die Sensibilität für das Wirken der ‚Desinformationsmaschine Spin‘ jedenfalls gewachsen. Man zweifelt daran, daß es sich bei der imagebildenden Kraftmeierei auf Dauer um eine effektive Kommunikationstechnik handelt. Andererseits fürchtet man aber auch, daß das professionalisierte Kommunikationsmanagement den Journalismus einem Druck aussetzt, dem er mit seinen konventionellen Prüfmethode kaum gewachsen sein dürfte.

#### 5. Der Preis des Trivialen

Im Wahlkampf wurden die Medien von Gerhard Schröder exzellent bedient; beim Umgang mit den Journalisten hat er m.B. keinen schweren Fehler gemacht. Der Kandidat kannte die Gesetze der ‚Mediengesellschaft‘ genau und hatte offenbar auch keine Scheu, ihnen bedingungslos zu folgen. Wie seine Vorbilder: Clinton, Blair, Schröder – unter dem Zirkusdach der ‚Mediengesellschaft‘ sind sie gleichermaßen gefragte Akrobaten und Clowns – mit allen Risiken und Nebenwirkungen des Absturzes oder falsch gesetzter Pointen.

Nach den Wahlerfolgen, den alle drei hatten, scheint der Befund eindeutig zu sein: Das Publikum der ‚Mediengesellschaft‘ belohnt den Politikdarsteller.



Aber: Ist dieses Publikum immer noch ‚amused‘,

- wenn die Show nach der Wahl immer weitergeht und statt der von allen erwarteten Reformen nur ein Medienzirkus vorgeführt wird;
- wenn deutlich wird, daß die Regierungsparteien nicht nur vorher nicht gesagt haben, was sie genau machen wollen, sondern, daß sie es wirklich nicht wissen;
- wenn deutlich wird, daß der Kanzler und einige aus seiner Riege tatsächlich nur Wahlkämpfer sind, die taktieren, und keine Politiker, die agieren?

Dann könnte dieses ganze ‚amerikanische System‘ zusammenfallen wie ein Kartenhaus. Bei Tony Blair ist der Lack schon ab, bei Schröder zeigen sich erste Kratzer.

Strukturell bedeutet die Entwicklung zweifellos einen zunehmenden Druck auf die Akteure, sowohl im Bereich der Politik als auch im Bereich der Medien. Was wir bei der Wahl '98 (auch) hierzulande erlebt haben, ist das Ergebnis eines komplexen Wechselwirkungsprozesses im Dreieck zwischen Politik, Medien und Öffentlichkeit.

**„Der Kandidat kannte die Gesetze der ‚Mediengesellschaft‘ genau und hatte offenbar auch keine Scheu, ihnen bedingungslos zu folgen. Wie seine Vorbilder: Clinton, Blair, Schröder - unter dem Zirkusdach der ‚Mediengesellschaft‘ sind sie gleichermaßen gefragte Akrobaten und Clowns - mit allen Risiken und Nebenwirkungen des Absturzes oder falsch gesetzter Pointen.“**

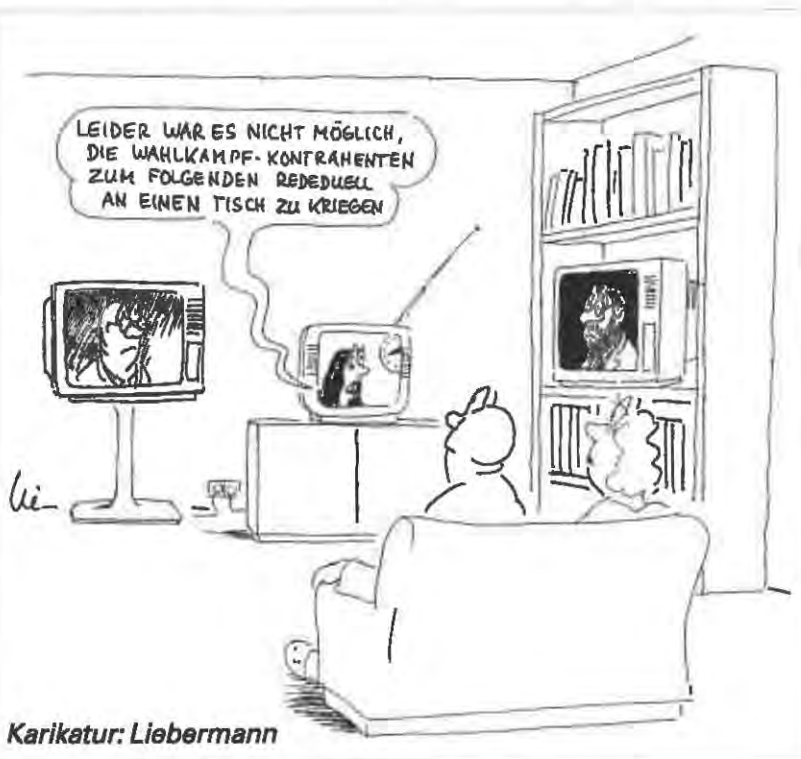
Beobachter entwerfen hierzu seit Jahren das Bild vom ‚Bermuda-Dreieck‘, in dem die bewährten Maßstäbe für ‚politische Kultur‘ verloren gingen. Natürlich läßt sich dabei der Schwarze Peter hin und her schieben: So wird der Politik – nicht zuletzt von den Medien – eine schleichende Entpolitisierung, die zunehmende Zerstö-

rung eines diskursiven Raumes und die radikale Reduzierung von Programmen auf Personen vorgeworfen. Die Medien wiederum scheinen in die Rolle von Zirkusdirektoren geraten zu sein, die nur noch bereit sind, publikumsattraktive Akrobaten zu verpflichten und sich daran zu weiden, wenn diese vom Seil fallen.

Und dem Publikum (den Wählerinnen und Wählern) wird – vielleicht etwas voreilig und auf jeden Fall zu pauschal – unterstellt, daß es sich überhaupt

Doch noch ist dabei vieles „Made in Germany“, wie nicht nur die harten Konsonanten in der Sprache der SPD-Wahlkampfmanager und Jung-Minister Bodo Hombach und Franz Müntefering deutlich machen.

‚Amerikanisierung‘ der Wahlkampagne bedeutet bekanntlich, daß die ganze Strategie ausschließlich auf den Spitzenkandidaten und sein Image zugespielt wird. Doch dieser Wahlkampf als Kandidaten-Wettstreit führt zwangsläufig zur Verdrängung von



nicht mehr ernsthaft für politische Inhalte interessiert, sondern nur noch für Aufregungen und zirkensische Attraktionen auch im Bereich der Politik.

Nachdenkliche Beobachter der Szene wie der langjährige Bonner „Zeit“-Korrespondent Gunter Hofmann sprechen angesichts dieser Situation von einem „Spiegelkabinett“ und beklagen, daß es keine Zäune mehr gebe zwischen Medien und Politik und der Öffentlichkeit, welche im wesentlichen reduziert werde auf die Sammlung und Veröffentlichung von demoskopischen Umfragen. Beklagt wird also gleichermaßen die Inszenierung von Politik wie die Instrumentalisierung der Medien durch die Politiker. Das wird ‚Amerikanisierung‘ genannt.

Themen, zur Abwertung der Funktion der Parteien und zur Trivialisierung der politischen Kommunikation.

Für diese Trivialisierung wäre auf jeden Fall ein Preis zu entrichten. In den USA zahlen ihn z. B. die Journalisten, deren Gewerbe immer mehr an Prestige einbüßt. Und jene Bürgerinnen und Bürger, die sich schon seit Jahren der politischen Partizipation durch Wahlboykott verweigern. Das ist dort die Mehrheit.

Diesen Preis zahlen wir in Deutschland – wie die hohe Beteiligung an der Bundestagswahl zeigte – (noch) nicht. Und vielleicht wird es bei künftigen Wahlkämpfen auch nicht mehr so leicht sein, mit ‚amerikanischen Methoden‘ durchzukommen. Man darf hoffen. ■

## Föderalismus:

# Auf dem Weg zum Einheitsstaat?

## Finanzen und Kompetenzen im Meinungsstreit

Ein Kernstück des bundesdeutschen Föderalismus ist der Länderfinanzausgleich, der im Mittelpunkt der derzeitigen Föderalismusdebatte steht. In einer Podiumsdiskussion stritten Prof. Dr. Hans-Wolfgang Arndt (Univ. Mannheim), Prof. Dr. Bernd Huber (Univ. München), Staatsminister Erwin Huber (CSU), die bayerische Landtagsabgeordnete Emma Kellner (Bündnis90/Die Grünen) und der brandenburgische CDU-Abgeordnete Dr. Dr. Markus Vette unter der Leitung von Josef Bielmeier vom Bayerischen Rundfunk über die beste Lösung des Problems. Die Eingangsstatements der Teilnehmer werden hier in Auszügen wiedergegeben.

### Neuordnung

**Erwin Huber:** Trotz unserer Klage und unserer Kritik in der Vergangenheit stellen wir das Ausgleichssystem nicht prinzipiell in Frage. Es ist nicht das Thema, daß wir den Länderfinanzausgleich abschaffen wollen, sondern wir wollen ihn ökonomisch sinnvoller gestalten. Die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse kann nicht soweit gehen, daß im Grunde alles eingegeben wird, was länderspezifische Aufgaben und politische Gestaltungsmöglichkeiten angeht. Wir sind der Meinung, das Bild der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse sollte ergänzt oder vielleicht sogar ersetzt werden durch ein Bild des Wettbewerbsföderalismus, d. h. daß sich eine gute Landespolitik dann auch niederschlägt in einer entsprechend positiven Position in der Finanzausstattung und daß dort, wo keine so gute Landespolitik betrieben wird, man das auch spürt. Daß auch für den Bürger die unmittelbare Verantwortung, die aus der Landespolitik hervorgeht, erkennbar wird. Wenn der Finanzausgleich die Spannweite zusammenfügt zwischen den Spitzenländern und denen, die schlechter dran sind, die Spannweite sich reduziert, ist das normal und vernünftig. Wenn sich aber seit vielen Jahren und im System begründet - nicht nur zufällig - das Verhältnis umkehrt, dann halten wir das für falsch.

Im letzten Jahr hatten wir gemessen an der durchschnittlichen Steuerkraft Mehreinnahmen von 5,7 Milliarden Mark. Davon haben wir 5,5 Milliarden Mark an die anderen Länder ab-



*Erwin Huber: Die Hälfte reicht*

geführt. Bei einem Ausgleich, der 99,5 Prozent und mehr ausmacht, ist es völlig klar, daß es im Grunde nicht darauf ankommt, ob gute oder schlechte Landespolitik betrieben wird. Wer sich zurücklehnt und die Hand aufhört, dem regnet es genauso hinein, wie dem, der sich anstrengt. Natürlich haben wir auch bayerische Interessen im Auge - das leugne ich auch nicht. Aber ich kritisiere in erster Linie, daß das gegenwärtige Ausgleichssystem keinerlei ökonomische Anreize hat, die die wirtschaftliche Entwicklung voranbringen würden.

### Anreizsystem

Wir haben eine Neuordnung des Länderfinanzausgleich vorgeschlagen, mit dem Ziel, daß die Ausgleichswirkung auf 50 Prozent begrenzt wird. Das heißt, von der überdurchschnittlichen Mehreinnahme, die wir haben, sind wir bereit, 50 Prozent abzugeben. 50

Prozent sollen aber im eigenen Lande bleiben. Getreu dem biblischen Grundsatz, daß man dem Ärmern auch etwas zukommen läßt, meinen wir: die Hälfte reicht. Mehr braucht es nicht und mehr ist auch mit christlicher Nächstenliebe nicht zu verantworten. Das wäre aus unserer Sicht ein faires Angebot. Wir wollten ein solches Anreizsystem politisch umsetzen. Das ist nicht gelungen. Man hat einfach gesagt: Vor 2004 sind wir nicht bereit, überhaupt zu Änderungen zu kommen.

Zum Thema der umstrittenen Mischfinanzierung der Gemeinschaftsaufgaben wie zum Beispiel des Hochschulbaus bemerkte Staatsminister Huber später: "Wir können fast keine Garage in einer Hochschule bauen, ohne daß Bund-Länder-Gremien mitreden."

### Dringende Reform

**Emma Kellner:** Was uns an der gegenwärtigen Debatte vor allem stört, ist die Tonlage, in der die Debatte geführt wird. Ich kenne ehrlich gesagt niemanden, der bestreitet, daß bei der föderalen Finanzverfassung Reform angesagt ist, und zwar dringend. Wir warnen davor, daß hier einzelne Stücke herausgegriffen werden, weil das andere zu lange dauert. Meine Meinung ist, wenn ich mir die historischen Abläufe so anschau, war das immer der Fehler.

Wir hielten die Ankündigung einer Klage für ganz schlechten Stil, weil wir der Meinung sind, daß die Bundesländer, die natürlich ihre eigenen Interessen wahren müssen und sollen, in der Lage sein sollten, diese anstehenden Reformen über Diskussion und Verhandlungen zu lösen. Es kann einfach nicht angehen, daß der eine dem anderen mit Klage droht. Was ich als besonders negativ empfunden habe, war, daß wir, der Freistaat Bayern, in der Vergangenheit sehr gut mit dem Finanzausgleich gefahren sind. Aber jetzt, wo wir zu den Geberländern gehören, klagen wir.

Wir möchten eine Kommission, die eine umfassende Debatte führt und zwar unter Einbeziehung von Bund, Ländern und Kommunen, weil die Kommunen, und das sage ich als jemand, der in einem Stadtrat sitzt, allzu oft bei dieser Debatte vergessen werden.



## Generationenaufgabe

**Markus Vette:** Wenn man nach Bayern kommt, dann sieht man ja, welche Entwicklung das Land genommen hat. Wir hatten früher in der DDR den Spruch: Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen. Ich sage öfters im Potsdamer Landtag: Von Bayern lernen, heißt siegen lernen. Mit dieser Bemerkung möchte ich meinen Respekt ausdrücken vor dem, was in diesem Land passiert ist und welche Leistungen die Menschen hier vollbracht haben und mit diesem Respekt auch die Bitte verbinden, daß man den Menschen in den jungen Bundesländern, wie sie Bernhard Vogel etwas liebevoll bezeichnet, auch diese Chance einräumt, die sich seit 1990 eröffnet hat. Die Deutsche Einheit ist eine Generationenaufgabe und deshalb braucht man auch für eine Generation Planungssicherheit. Der Länderfinanzausgleich spielt dabei eine zentrale Rolle. Ich bitte nicht darum, daß man einfach alle Länder gleichstellt, sondern daß man allen Ländern gleiche Chancen einräumt.

## Angemessener Ausgleich

**Hans-Wolfgang Arndt:** Ein Föderalismus, der sich aus der Sicht der Bürger vor allem durch eine unterschiedlich gestaffelte Schulferienzeit oder



**Hans-Wolfgang Arndt:** Gefährliche Entwicklung

eine durch Volksabstimmungen, wie in Schleswig-Holstein, bewirkte unterschiedliche Rechtschreibung manifestiert, der entbehrt sicher einer soliden Legitimationsgrundlage. Aus meiner

Sicht steuern wir einer recht gefährlichen Entwicklung zu, die sich in der Hülle des Föderalismus doch dem Einheitsstaat nähert, und das halte ich dann auch verfassungsrechtlich problematisch. Zum einen fordert die Finanzverfassung in Artikel 107 Abs. 2 keinen vollen, sondern nur einen angemessenen Ausgleich. Völlig unproblematisch ist es, und da wird mir jede Landesregierung zustimmen, daß die Solidarität mit den finanzschwächeren Ländern aufrecht erhalten werden soll. Die Frage lautet nur: Gibt es eine verfassungsrechtliche Obergrenze der Solidarität? Das dritte juristische Argument ist auch angesprochen worden: Bundesstaatliche Eigenständigkeit und Wahrung des demokratischen Einflusses des Landesvolkes. Wenn alles nivelliert wird, wo bleibt da die politische Entscheidung? Der vierte Punkt betrifft nur wenige alte Länder. Muß man sich nicht die Frage stellen, wenn seit über 30 Jahren Hilfeleistungen solidarisch von Bundesländern empfangen wurden, ist damit nicht eine verfassungsmäßige Nebenpflicht verbunden, sich um Abhilfe zu bemühen?

## Fehlanreize

**Bernd Huber:** Das eigentliche Problem des Länderfinanzausgleichs ist, daß er ein Produkt der alten Bundesrepublik ist und dort hat er auch leidlich gut funktioniert. Durch die Wiedervereinigung hat sich die Situation dramatisch geändert. Jetzt sind mit den neuen Ländern Länder in den Finanzausgleich einbezogen worden, deren originäre Steuerkraft etwa nur 50 Prozent der Westländer ausmacht. Das Problem ist, daß man sich entschieden hat, den alten Finanzausgleich auf eine völlig geänderte Situation überzustülpen. Aus der Sicht des Ökonomen liegt das Problem des Finanzausgleichs darin, daß er völlige Fehlanreize in vieler Hinsicht setzt. Die Fehlanreize des Finanzausgleichs bestehen darin, daß ein einzelnes Land kaum etwas gewinnt, wenn es Steuermehreinnahmen erzielt. Wenn sie einmal den Fall unterstellen, daß ein Land Landessteuermehreinnahmen von einer Millionen Mark hat, dann bleiben z. B. dem Land Bremen gerade einmal 10 000 Mark übrig. Der Rest wird im Länderfinanzausgleich sozusagen ein wenig verge-meinschaftet, kommt allen zugute.

## Konkurrenzföderalismus als Zukunftsvision?

Die Experten der zweiten Podiumsdiskussion stritten darüber, welche Gestalt der deutsche Föderalismus in Zukunft haben sollte. Prof. Dr. Ursula Münch, Universität München, zweifelte an der Machbarkeit von mehr Wettbewerb unter den Ländern. Die Bürger schätzten die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse hoch und würden sich heftig gegen gravierende Unterschiede z. B. bei den Sozialleistungen wehren. Sie gab dem jetzigen System nach einigen Korrekturen eine gute Zukunftschance.

**Adrian Ott** vom Institut für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn setzte dagegen voll und ganz auf Wettbewerb, der bereits heute um den Steuer- und Abgabekuchen stattfindet. Das reiche aber nicht aus. Er forderte eine grundlegende, dreifache Reform: Der Länderfinanzausgleich, die Län-

derneuegliederung und eine Reform der Kompetenzverteilung müßten angegangen werden. Sollte man sich nicht bald dazu entschließen, werde eine Veränderung durch die Umstände erzwungen.

**Dr. Peter Thelen** von der Informationszentrale der Bayerischen Wirtschaft nahm sich einen Betrieb als Vorbild. Auch der Föderalismus könne eine lernende Organisation werden. Dazu müßten aber Verantwortung, Zuständigkeit und Handlungsmöglichkeiten in den Ländern gebündelt werden. Er hielt nichts davon, den Wettbewerbsdruck durch den Finanzausgleich zu dämpfen. Geschehe das weiterhin, werde Deutschland den internationalen Wettbewerb nicht bewältigen können. Wettbewerb sei zwar nicht bequem, aber der einzige Weg, Leistungsfähigkeit zu entwickeln.



**Prof. Hans Peter Schneider** vom Deutschen Institut für Föderalismusforschung an der Universität Hannover wies in seinem Vortrag über die Absichten der Verfassungsväter und -mütter im Parlamentarischen Rat 1948/49 darauf hin, daß es zwar nie eine Alternative zum Föderalismus und schnellen Konsens über die abstrakten Grundelemente gab, aber die Parteien über die konkrete Ausgestaltung heftig stritten. Die FDP favorisierte einen unitarischen Bundesstaat, ähnlich wie in der Weimarer Republik. CDU und Deutsche Partei orientierten ihre Vorstellungen am separativen Föderalismus der USA. Die CSU kämpfte für dezentralen Föderalismus mit einem Übergewicht der Länder. Die SPD wollte schwächere Länder und den Bund und die Gemeinden stärken. Knackpunkte waren die Form der Mitwirkung der Länder in der Bundesrepublik - Bundesrat oder Senat - und die Finanzverfassung. Letztlich konnte die CDU/CSU ihre Vorstellungen etwas besser durchsetzen als die SPD. Bayern war besonders erfolgreich. Das beweist ein Satz, den Ministerpräsident Ehard an seinen Chefunterhändler Pfeiffer schrieb: "Ihr habt herausgeholt, was herauszuholen war."

*Zusammenfassung: Jürgen Stern*

## Föderalismus aus dem Gleichgewicht?

**Konrad Kruls** (Bundesverfassungsrichter a.D.): Vermag die auf Kooperation aufgebaute Ordnung unseres Staatswesens einen Ausgleich dafür zu schaffen, daß es nicht durch eine Neugliederung des Bundesgebiets zur Entwicklung leistungsfähiger Länder gekommen ist? Ich meine sagen zu müssen, daß sich die Erwartungen in das durch Art. 104a ff. GG geschaffene System der Finanzverfassung nicht erfüllt haben.

Die Finanz- und Wirtschaftskraft zwischen den Ländern klappt auch heute noch dramatisch auseinander. Bereits in den achtziger Jahren beklagte das Saarland vor dem Bundesverfassungsgericht eine Unterdeckung der laufen-

den Ausgaben durch laufende Einnahmen mit der Folge fortwährender Neuverschuldung. Als Ursache dafür wurde vor allem die Monostruktur und der Niedergang der Montanindustrie angeführt. Die gleiche Klage führte Bremen. Der Stadtstaat könnte seine landesspezifischen Ausgaben, wozu unter anderem die Errichtung und Erhaltung einer Universität gehörten, nicht durch ausreichende Einnahmen decken, weil sich die Bremer Wirtschaft



**Konrad Kruls: Landespolitik uninteressant**

seit langem in einer Strukturkrise befinde. Das Bundesverfassungsgericht erkannte in seinem Urteil vom 27. Mai 1992 für beide Länder eine extreme Haushaltsnotlage an, die den Bund und die Länder zu solidarischem Handeln verpflichtete. Seitdem sind gemäß §11 Abs. 6 des Finanzausgleiches an das Saarland jährlich 1,6 und an Bremen 1,8 Milliarden DM an Sonderbundesergänzungszuweisungen geflossen. Ganz allgemein ist festzustellen, daß die Umgestaltung des föderativen Systems zum kooperativen Föderalismus weder der Bundesstaatlichkeit noch auch der Demokratie in unserem Lande zum Besten gereicht.

1. Dem Landesgesetzgeber ist die Gesetzgebungskompetenz für das Steuerrecht weitestgehend entzogen. Den Parlamentarismus in den Ländern und damit die Länderstaatlichkeit selbst höhlt dies aus. Die Landespolitik wird für den Steuerbürger uninteressant.

2. Die Länder werden um den Erfolg ihrer Politik gebracht, wenn sie durch den Finanzausgleich in die Rolle des Gebers geraten, Nehmerländer, die

unter den Bedingungen schwer veränderlicher Strukturnachteile leiden, sind zu Kostgängern der Geberländer verurteilt.

3. Durch Mischfinanzierung, vor allem der Gemeinschaftsaufgaben, wird unmittelbar die Freiheit des Landesparlaments zur Setzung finanzpolitischer Prioritäten eingeengt. Denn um am Bundeskuchen partizipieren zu können, müssen Komplementärmittel in bestimmter Höhe bereitgestellt werden.

4. Der Bundestag wird in seiner Dispositionsmacht als zentrales Organ der Bundesgesetzgebung stark beschränkt, weil ihm auf der Grundlage der zahlreichen Zustimmungsvorbehalte des Bundesrats dort ein Gegenorgan erwächst.

5. Die Spaltung von Einnahmen- und Ausgabenverantwortung zwischen Bundesgesetzgebern und Landesgesetzgebern führt dazu, daß die Bürger sich nicht mehr in ihrer demokratischen Teilnahme an der staatlichen Gewalt ernstgenommen fühlen.

Die größte Herausforderung erwächst unserer föderativen Ordnung aus der Integration Europas. Wenn die Europäische Union auch heute eigentlich noch nicht Staat ist und es vielleicht auch nie werden wird, erfüllt sie doch schon gewissermaßen phänomenologische Merkmale einer staatlichen Entscheidungsstruktur.

Wir haben es heute also mit drei Ebenen staatlicher Herrschaft zu tun. Das ist zuviel. Eine wird auf der Strecke bleiben oder auf Rudimentäres zurückgeführt werden, die des Bundes oder die der Länder. Trifft ein solches Los die Länder, werden sie auf den Status der hochpotenzierten Gebietskörperschaft oder noch tiefer herabsinken. Im zusammenwachsenden Europa wird sich andererseits eine Gliederung in Großregionen ganz von selbst einstellen. Wie in den vergangenen Jahrzehnten bei der Bundesgesetzgebung werden es künftig auch bei der Gesetzgebung wiederum die Länder sein, die als Träger der Verwaltungskompetenzen ihre Sachkunde und ihre Sacherfahrung in die Normsetzung einzubringen hat. Die Stunde Europas kann also auch die Stunde der Länder sein. ■

(Siehe auch *Pressestimmen* S. 40)



## Nach dem Regierungswechsel:

# Welche Wirtschaftspolitik braucht unser Land?

## Expertenstreit über Reformbedarf und Handlungsalternativen am Arbeitsmarkt und in der Finanzpolitik

von Dr. Michael Hütther, Generalsekretär des Sachverständigenrates  
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden

Die Ergebnisse der gemeinsam mit der Evangelischen Akademie Tutzing veranstalteten Fachkonferenz "Wirtschaftspolitische Aufbruch wohin?" wurden von Dr. Michael Hütther zusammengefaßt. Wir dokumentieren die vom Autor gekürzte Fassung.

Die Frage nach der Widerspruchlichkeit oder Kompatibilität wirtschaftspolitischer Vorschläge kann man auf drei Ebenen stellen, bezüglich der Zielsetzung, des Problemfeldes und der konzeptionellen Grundlage. Sehr schnell einig werden wir uns bei der Zielsetzung. Es geht darum, eine Remedur zu finden für die größte Fehlentwicklung der letzten Jahre, die am Arbeitsmarkt. Wir müssen wieder einen hohen Beschäftigungsstand erreichen.



Michael Hütther

Sofort strittig wird es aber beim Befund, bei der Frage nach den Ursachen für die Situation am Arbeitsmarkt. Die öffentlich geführte Diskussion ist im

### Die Referenten:

Dr. Norbert Berthold, Universität Würzburg  
Hans Martin Bury, MdB SPD  
Dr. Michael Hütther, Generalsekretär des Sachverständigenrates  
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden  
Prof. Dr. Gerhard Kleinhenz, Direktor IAB, Universität Passau  
Tom Koenigs, Dezernat für Umwelt, Energie und Brandschutz, Frankf./M.  
Prof. Dr. Gerold Krause-Junk, Universität Hamburg  
Prof. Dr. Jürgen Kromphardt, TU Berlin  
Dr. Willi Leibfritz, ifo-Institut, München  
Dr. Hans-Jochen Luhmann, Wuppertal-Institut  
Prof. Dr. Helge Majer, Universität Stuttgart  
Prof. Dr. Hans-Georg Petersen, Universität Potsdam  
Wolfgang Scheremet, DIW, Berlin  
Johannes Singhammer, MdB CSU  
Prof. Dr. Wolfgang Wiegand, Universität Tübingen

Tagungsleitung: Dr. Peter Hampe,  
Akademie für Politische Bildung, Tutzing  
Dr. Martin Held,  
Evangelische Akademie Tutzing

Prinzip auf die Frage zuzuspitzen, welche Bedeutung die Lohnpolitik hat. Man kann die Ursachenbefunde in drei Blöcke separieren. Der eine wäre ein gesamtwirtschaftlicher Nachfragemangel. Das wird in dieser Form vom DIW nicht vertreten, auch nicht von der Bundesregierung. Wir haben Zahlen gehört, daß die konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit (und nur die kann auf gesamtwirtschaftlichem Nachfragemangel beruhen) bei ca. 15 Prozent liegt; das sind Schätzungen der OECD.

An diesen Befund schließt sich die Frage an, ob das Innovationspotential der Volkswirtschaft groß genug ist. Die größere Regierungspartei ist mit dem Slogan angetreten: Innovation und Gerechtigkeit. Also scheint man davon auszugehen, daß wir zu wenig Innovationen haben, und strebt deshalb mehr Arbeitsplätze über Modernisierung an und fördert Innovationen. Man könnte vielleicht auch sagen, daß

die Innovationen, die wir haben (und es gibt sie ja durchaus) in der Summe zu wenig Beschäftigung bewirken. Und dann wären wir wieder bei der Frage, warum das so ist. Warum wird in einer bestimmten Weise investiert und nicht in einer anderen? Das hat nach der Mehrheitsmeinung innerhalb der Ökonomen etwas zu tun mit der Lohnhöhe und Lohnstruktur.

Ein dritter Punkt neben Nachfragemangel und Innovationsfähigkeit verbindet sich mit dem Begriff des wirtschaftlichen Wachstums. In diesem Zusammenhang ist die These vertreten worden, daß nachhaltiges Wirtschaften, also eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die ihre eigenen Grundlagen nicht in Frage stellt, einen Rückgang der traditionellen Erwerbsarbeit erfordert. Nach meinem Eindruck gibt es keinen Beleg dafür, daß uns die Arbeit ausgeht. Wenn wir uns anschauen, wo und wie in diesem Land

gearbeitet wird, stellen wir fest, daß es Verschiebungen gibt. Der offizielle, formelle Sektor geht zurück bzw. stagniert, aber im informellen Bereich der Schwarzarbeit, Hausarbeit haben wir einen Anstieg. Die Frage ist nur, ob diese Expansion des informellen Sektors zwangsläufig ist und die Wirtschaftspolitik deshalb dafür die Rahmenbedingungen schaffen sollte oder ob das alles nicht Ausdruck einer ganz bestimmten Regulierung unserer Volkswirtschaft ist, einer Verfestigung der Bedingungen am ersten Arbeitsmarkt, die diese Ausweichreaktionen hervorruft (620-Mark Jobs, Schwarzarbeit etc.). Insofern messe ich diesem dritten Befund auch keine sehr große Bedeutung bei.

Zu fragen ist in der Tat nach dem Innovationspotential, nach dem, was den Strukturwandel einer Volkswirtschaft ausmacht. Eigentlich müßte der Strukturwandel beschäftigungneutral verlaufen, wie es bei uns bis Mitte der 70er Jahre der Fall war. Seitdem war die Beschäftigungssituation nach der Rezession immer schlechter als davor. Der Sachverständigenrat hat schon damals darauf hingewiesen, daß die dauerhafte Arbeitslosigkeit zu dem Schluß nötigt, es gebe Hemmnisse im Strukturwandel, die dazu führen, daß das unvermeidliche Schrumpfen von Branchen das Wachsen anderer Branchen auf dem Arbeitsmarkt dominiert. Dann sind wir bei der Frage nach der Investitionsbereitschaft in einer Volkswirtschaft. Das ist eigentlich auch der Befund im neuen Jahresgutachten des Sachverständigenrates mit seinem "Aufschwung zwischen Hoffen und Bangen". Der Rat fragt, warum die Investitionen bei insgesamt günstiger Entwicklung der Gewinne nicht so anspringen, daß in der Summe mehr Beschäftigung entsteht. Er sieht hier Mechanismen, die auf dieser Tagung auch immer wieder angesprochen wurden, die z.T. eindeutig als Fehlsteuerungen zu sehen sind (Fehlsteuerungen durch die Steuer- und Sozialpolitik, in den Regulierungssystemen, in Bezug auf Innovationen). Hinzugekommen ist seit der Bundestagswahl, daß die vorherige Verlässlichkeit darüber, daß nichts passiert, weg ist, ohne daß man jetzt schon weiß, was passiert. Es gibt eine neue Art der Unsicherheit,

und das ist ganz entscheidend, gerade wenn von den weltwirtschaftlichen Flanken her Fragezeichen gesetzt sind und die Wirtschaftspolitik stabilisierend wirken sollte.

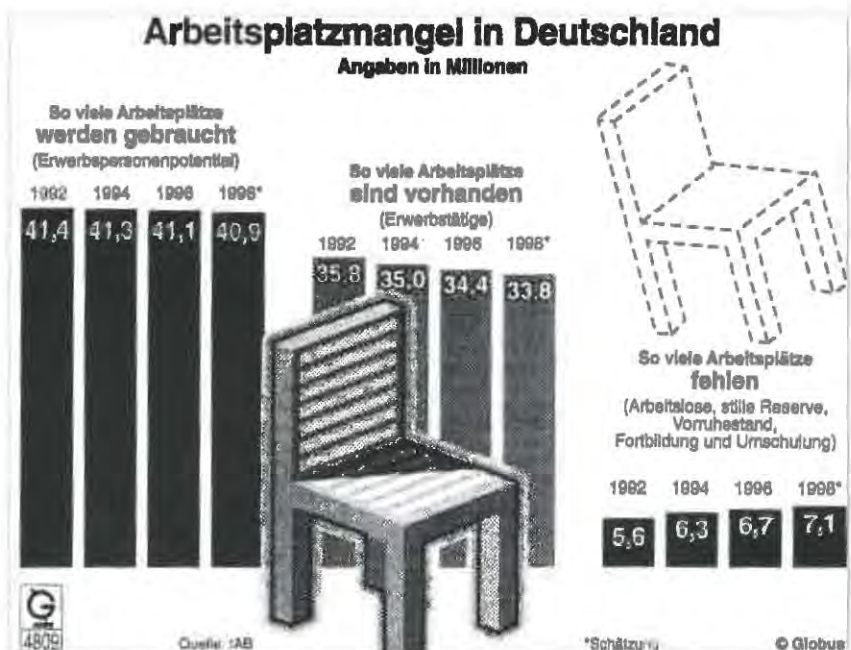
## Wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel

Das bringt mich zum letzten Punkt im ersten Teil, der Frage nach der Notwendigkeit einer konzeptionellen Basis für die Wirtschaftspolitik. Man könnte ja den politischen Wandel in der Bundesrepublik auch namhaft machen an Zäsuren in der Wirtschaftspolitik. Der Wechsel von den christ-

ten zu Fehlentwicklungen führt und daß die Nachfragepolitik eine Überforderung des Staates darstellt, weil er im Zeitablauf konsistent handeln muß und daß in diese Richtung nicht weiter agiert werden konnte. So kam es zum Wechsel von der nachfrage- zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik.

## Vieles anders - wie anders?

Interessant ist zu beobachten, daß der Politikwechsel dieses Jahres mit Ausnahme der Wirtschaftspolitik im wesentlichen mit dem Begriff der Kontinuität versehen wird. "Wir machen



demokratisch dominierten Regierungen der 50er und 60er Jahre hin zur sozialdemokratischen Dominanz ging einher mit dem Übergang von der Ordnungspolitik der Wiederaufbauzeit hin zur Stabilisierungspolitik, zu einem neuen Auftrag an den Staat, der im Konjunkturzyklus stabilisierend wirken sollte. Das war die konzeptionelle Vorlage für die sozialliberalen Regierungen. Ganz eindeutig verband sich hier mit einem politischen Wechsel ein wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel. Dasselbe galt im Jahre 1982: Vor dem Hintergrund dauerhaft hoher Arbeitslosigkeit und dauerhaft hoher Staatsschulden wuchs die Einsicht, daß der dauerhafte Gebrauch von nachfragepolitischen Instru-

nicht alles anders, aber vieles besser." In der Wirtschaftspolitik hat man indes den Anspruch, vieles anders zu machen. Die Frage ist nur: wie anders? Auch im Sinne eines Paradigmenwechsels, den wir dann als Basis unserer Konsistenzüberlegungen nehmen könnten? Ist es wirklich ein Wechsel? Woher kommen wir denn wirtschaftspolitisch? In den 80er Jahren hatten wir weitgehend eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik. Aber seit der Vereinigung hatte die Politik den roten Faden verloren, Orientierungslosigkeit und hektischer Aktionismus dominierten, Probleme, die sich stellten, wurden mal so, mal anders gelöst, wie es gerade paßte, eine Linie war nicht mehr zu erkennen.



Wohin wir heute konzeptionell gehen werden, ist ebenfalls sehr unklar. In der Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder steht, der Disput zwischen Angebots- und Nachfragepolitik sei eine Scheinalternative, der Streit führe zu nichts, beide Politiken stünden nicht in Widerspruch zueinander. Überspitzt formuliert scheint es diesmal anders zu sein als bei den vorhergehenden politischen Brüchen. Der Paradigmawechsel in der Wirtschaftspolitik scheint im Durchwursteln des Pragmatismus unterzugehen. Wir haben das auch auf dieser Tagung von Vertretern der Regierungsparteien gehört: Wir machen das, was pragmatisch ist. Nach Konzeption, Grundorientierung, Perspektiven fragen wir nicht viel. Insofern Ideologie gemeint war, stimme ich ja zu. Aber eine Konzeption ist keine Ideologie, sondern der rationale Versuch, Widersprüche zu vermeiden; eine Basis zu definieren für das, was man insgesamt tun will und sich nicht der Gefahr auszusetzen, sachlich und zeitlich inkonsistent zu handeln. Denn manches, was vordergründig eine Problemlösung ist, kann im Widerspruch zu anderen Politikinstrumenten stehen oder widersprüchlich insofern sein, als es mittelfristig zu größeren Schäden führt. Mein Eindruck ist, Nachfragepolitik kann und wird es gar nicht geben. Es bleibt vielmehr bei einer Perspektive auf eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik.

Was heißt dies für die einzelnen Themenbereiche unserer Tagung? Abbildung 1 skizziert, wie ich die Themen strukturieren möchte, die wir diskutiert haben. Wenn das Ziel hoher Beschäftigungsstand ist, kann man zum einen direkt am Arbeitsmarkt ansetzen. Wir müssen sprechen über den Erstauftragnehmer für eine Politik für mehr Beschäftigung, hier die Lohnpolitik; ebenso über institutionelle Reformen und dabei, den Sonderfall der gering qualifizierten Arbeit. Zum anderen kann man die Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung und die Frage, ob das Agieren der Tarifvertragsparteien begleitet wird von angemessener Politik in allen Bereichen, in den Mittelpunkt stellen. Ich habe neben den vier Bereichen, die wir verhandelt haben (Bereitstellung

öffentlicher Güter, Finanzierungsstruktur, Systemwettbewerb, ökologische Nachhaltigkeit) hinzugesetzt, was mitgedacht sein muß und auch schon angesprochen wurde: Geldpolitik, Bildungspolitik, Technologiepolitik.

Wichtig ist zunächst eines: Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik setzt klare Verantwortlichkeiten voraus. Die Geldpolitik ist für Stabilität des Preisniveaus verantwortlich, die Finanzpolitik für die Bereitstellung öffentlicher Güter, die Lohnpolitik hat für eine beschäftigungsorientierte Lohnhöhe und Lohnstruktur zu sorgen. Dieses Assigment ist eine entscheidende Voraussetzung für eine verlässliche Wirtschaftspolitik.

## Rolle der Lohnpolitik

Wir haben den Disput erlebt zwischen ifo und DIW, zwischen der Mehrheit der deutschen Ökonomen und DIW. Die Grundorientierung, das streitet ja auch das DIW nicht ab, muß die Orientierung an der Produktivität sein. Aus Sicht des DIW geht es darum, keine Lohnmindersteigerungen hinzu-

nehmen, denn wenn der Faktor Arbeit anhaltend Lohnzuwächse erhält, die geringer sind, als dem trendmäßigen Anstieg der Arbeitsproduktivität entspricht, führt dies zu einem Rückgang der Lohnquote bei gegebener Beschäftigung. Dies wird von den Unternehmern und Investoren antizipiert, sie erwarten geringere private Nachfrage und werden deshalb weniger investieren. Dieses Argument ist für sich genommen nicht falsch. Es existiert ein solcher Effekt, wenn die Erwartungsbildung der Unternehmen nur geprägt wird von der erwarteten Veränderung der Lohnquote. Wenn aber insgesamt die Dynamik der Volkswirtschaft hoch ist, dann ist nicht davon auszugehen, daß der Effekt einer Lohnzurückhaltung versickert. Geringere Lohnquote heißt auf der anderen Seite höhere Gewinnquote, heißt im Prinzip höhere Rentabilität der Unternehmen, das heißt bessere Risikokapitalbasis für Investitionen und stärkt von daher die Investitionsbasis der Unternehmen. Man kann also ganz andere Argumentationsschleifen entfalten, die den Flassbeck-Effekt kompensieren. In der Summe bleibt also davon nicht viel.

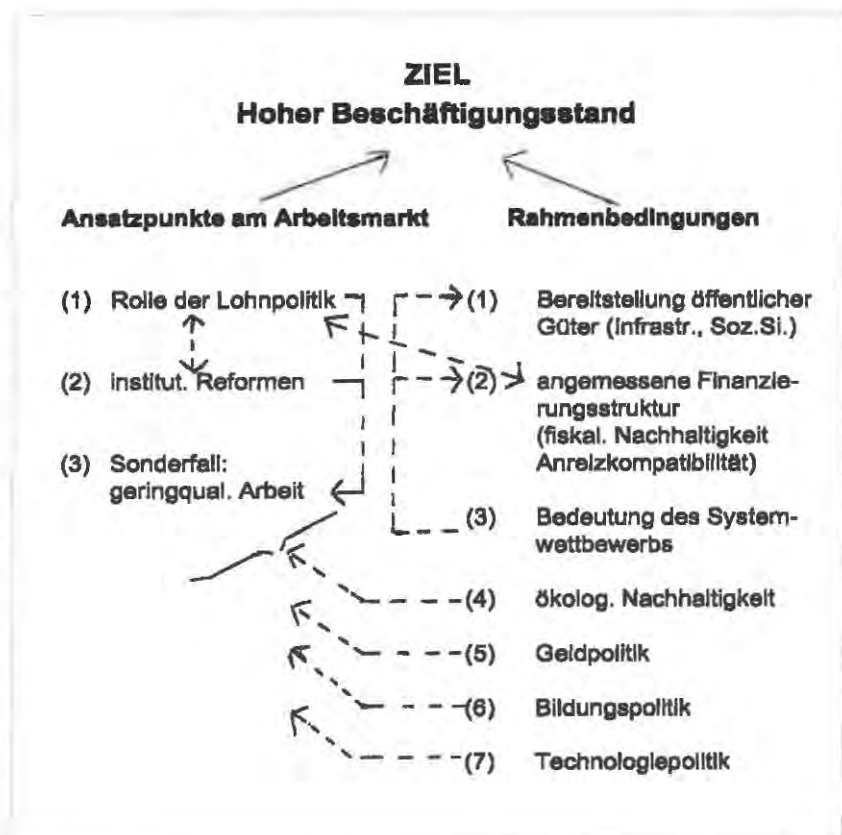


Abbildung 1

Wir sind deshalb der Meinung, daß es

- erstens darauf ankommt, bei hoher Arbeitslosigkeit Lohnmindersteigerungen im Hinblick auf die trendmäßige Entwicklung der Arbeitsproduktivität vorzunehmen,
- zweitens muß ein solcher moderater Kurs der Lohnpolitik verlässlich sein,
- drittens bedarf es einer Differenzierung der Lohnstruktur nach Produktivitätsunterschieden.

Ausgehend von der Rolle der Lohnpolitik leitet sich der Bedarf für institutionelle Reformen am Arbeitsmarkt ab. Diese Reformen beziehen sich zum einen auf das Verhalten der Tarifvertragsparteien, und sie sind deshalb nötig, weil die Lohnpolitik noch nicht den Kurs fährt, den sie verantwortungsbewußt fahren müßte. Wenn wir die Tarifautonomie ankabbern, indem wir beispielsweise § 77 Abs.3 Betriebsverfassungsgesetz in Frage stellen, indem wir im Tarifvertragsgesetz Entschärfungen vornehmen, indem wir Öffnungsklauseln gesetzlich vorschreiben und Einstiegs-klauseln ebenfalls, sind dies alles Versuche, die Tarifvertragsparteien zu diesem beschäftigungsorientierten Kurs zu bewegen, daß sie Mindestsetzungen zum Inhalt ihrer Verträge machen und so Gestaltungsspielraum für die Betriebe öffnen.

Dann gibt es einen weiten Bereich von Regulierungen, die sich direkt auf das Verhalten der Arbeitgeber beziehen: Kündigungsschutz, Günstigkeitsprinzip, Sozialplanverpflichtungen. Auch das sind Dinge, über die man nachdenken muß.

## Rahmenbedingungen

Wir erleben, daß in der Öffentlichkeit sehr stark so diskutiert wird, als bestünde staatliches Handeln nur in der Erhebung von Steuern. Dabei ist die Einnahmenseite des Staatshaushalts eine abgeleitete. Die erste Aufgabe des Staates besteht nicht darin, Steuern zu erheben, sondern idealtypisch formuliert ist der Staat der rationale Versuch einer Gesellschaft, eine Institution zu kreieren, die zur Befriedigung von Kollektivbedürfnissen ein angemessenes Angebot bereitstellt. Wir haben

darüber nachgedacht, was vor der so definierten Frage eine angemessene Ausgabenstruktur und ein angemessenes Ausgabenvolumen ist. Noch etwas deutlicher artikuliert werden müßte dabei noch die Frage, wo eigentlich Marktversagenstatbestände sind. Wo haben wir eigentlich kollektiven Handlungsbedarf? Man könnte vereinfacht sagen, überall da, wo wir nicht privatisieren können. Nur für diese Bereiche brauchen wir die kollektive Finanzierungsbasis. Was sich rechnet, können die Unternehmer auch allein machen. Der Staat hat über Regulierungen dafür zu sorgen, daß das Handeln dieser Akteure im Einklang mit Recht und Gesetz, mit Vorstellungen über nachhaltiges Wachstum erfolgt. Wenn man so fragt, kommt man zu den Staatsaufgaben Infrastruktur (materiell und immateriell (Schulen und Universitäten)) und soziale Sicherung. Diese letztere ist die Voraussetzung dafür, daß die Menschen mit den Situationen in einer Marktwirtschaft umgehen können.

**Versetzt euch in eine Situation, wo ihr alle nicht wißt, wo ihr denn letztlich in diesem Arrangement, das ihr selbst definiert, landen werdet. Das müßte euch eigentlich dazu bringen, sachangemessene Lösungen zu suchen.**

In einem zweiten Schritt ist nach der angemessenen Binnahmenstruktur des Staates zu fragen, und hier kommt das Argument der fiskalischen Nachhaltigkeit zum Tragen. Wie belasten wir zukünftige Generationen?

Wir haben in diesem Kontext über die Reform der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung diskutiert. Es ist zu recht darauf hingewiesen, daß man auch bei der Steuerpolitik nicht auf Systematik verzichten kann, ohne dafür einen Preis zu bezahlen. Systematik klingt so nach Technik, nach Klarsichthüllen und Aktenordnern. In Wirklichkeit ist Systematik die Vor-

aussetzung von Steuergerechtigkeit. Wenn sie alle Einkommen gleich behandeln, dann ist das natürlich ein Werturteil, aber Nichtdiskriminierung ist eine gut begründbare Zielsetzung. Zusammen mit dem Ziel, sich auf wenige Gestaltungsprinzipien zu reduzieren, engt das den Willkürbereich der Steuerpolitik ein. Wir haben gestern gehört, daß das mit dem Steuerentlastungsgesetzesentwurf nicht gerade gelungen ist, um es wohlwollend zu formulieren. Im Prinzip muß richtig sein: Senkung der Steuersätze, Verbreiterung der Bemessensgrundlage, aber dies tunlichst nicht im Unternehmensbereich bei den Abschreibungen. ...

Wir haben ein weites Spektrum zusammenhängender Themen diskutiert. Im Grundsatz muß man akzeptieren, daß das nicht alles im Konsens geführt werden kann, sondern auch in einem kontroversen Diskurs, für den nur einige gemeinsame Eingangsvoraussetzungen zu akzeptieren sind. Politik kann nur auf Chancengleichheit, nicht auf Ergebnisgleichheit abzielen. Reform muß auch im intertemporalen Sinne verstanden werden, damit es künftigen Generationen nicht schlechter geht. Auch das ist eine gute Legitimation für Reformen, mit denen den heute Lebenden Einschnitte abverlangt werden. Man kann überlegen, ob man Argumentationsfiguren entfalten kann, mit denen die Einsicht in solche Reformen zu befördern wäre. Vielleicht könnte man mit dem Schleier der Unwissenheit von Rawls den Kantischen Imperativ neu vermitteln: Versetzt euch in eine Situation, wo ihr alle nicht wißt, wo ihr denn letztlich in diesem Arrangement, das ihr selbst definiert, landen werdet. Das müßte euch eigentlich dazu bringen, sachangemessene Lösungen zu suchen.

Wir haben über Politikverständnis gesprochen und über die Frage, warum so vieles nicht passiert. Ich meine, auf Dauer kann der Agent nicht schlechter sein als der Prinzipal, und der Agent ist in diesem Fall die Regierung und das Parlament. Sie können auf Dauer in einer Demokratie nicht schlechter sein als der gesellschaftliche Diskurs, als die Meinungs- und Wertbildung in der Gesellschaft. ■



## Medienerziehung:

### **Kinderspielplatz Computer**

#### **Erzieherinnen diskutieren den sinnvollen Einsatz neuer Medien in Kindergarten und Hort**

Karin Thalweger und Regina Beler können sich nur schwer von der Faszination des Computerbildschirms trennen. Mit immer neuen Mouse-Klicks gehen sie auf Entdeckungsreise auf den Seiten des interaktiven Bilderbuchs „Die Schildkröte und der Hase“. Das „Living Book“ hat es in sich: Wer z.B. den Biber anklickt, hört ihn sofort singen: „Ich bin der Biber mit der Kappe, und meine Scheiben sind nicht von Pappel!“ Und der Biber-Discjockey dreht seine Platten auf einem abgesägten Baumstumpf. Doch Karin und Regina müssen ihren Platz räumen. Denn das animierte Bilderbuch ist nur eine von 10 Stationen im multimedialen Einstiegsspiel der medienpädagogischen Fortbildungstagung „Kinder und Computer“ für Erzieherinnen.

Das Projekt ist in mehrfacher Hinsicht eine Premiere: Kinder und Computer ist als Thema in der Tutzingener Akademie neu; zum ersten Mal sind Erzieherinnen aus Kindergärten und Horten in Oberbayern die Zielgruppe. Das Programm wurde gemeinsam von der Akademie, der medienpädagogischen Initiative „Studio im Netz (SIN)“, dem Schulreferat München und dem LandesfilmDienst Bayern konzipiert, vorbereitet und durchgeführt. Auch dies eine Novität.

### **Große Resonanz**

Das neue Angebot stieß auf große Resonanz: In kürzester Zeit waren die 25 Plätze vergeben, schnell wuchs die Warteliste auf über 60 Interessentinnen, obwohl nur Einrichtungen in fünf oberbayerischen Landkreisen angeschrieben wurden. Eine Teilnehmerin dazu: „Insgesamt gibt es für uns zu wenig Fortbildungsangebote und das Thema brennt auf den Nägeln“. Die Leiterin eines Hortes sagt: „Die Kinder sind uns in der Handhabung des Computers meilenweit voraus!“

Eine erste Meinungsabfrage im Seminar ergibt ein buntes, unausgewogenes Bild: eine Mehrheit meint zwar, die Vorteile beim Computereinsatz im Kindergarten überwiegen, ein Teil ist unentschieden und eine Minderheit sieht eher Gefahren durch die neuen Medien bei den Kindern: Fehlende Förderung der kindlichen Phantasie,

Vereinzelung und Vereinsamung vor dem Bildschirm, Verkümmern der Sprachentwicklung, Haltungs- und Sehschäden sind die gängigsten Gegenargumente gegen den Spielplatz Computer.

Hans Jürgen Palme, Geschäftsführer des Münchner Medien-Projekts „Studio im Netz“ und einer der Tagungsleiter, umreißt das Thema: „Es geht um die Kinder und um ihren Umgang mit multimedialen Welten. Es geht nicht um die Abschaffung 'echter, hautnah' Erfahrungen; es geht aber ebenso wenig um romantisch-verklärte Idealvorstellungen von Kindheit.“

### **Keine medienberuhigten Schutzzonen**

Die digitalen und virtuellen Welten der Erwachsenenwelt machen vor den Kinderzimmern nicht Halt. Wer sich davor mit der Forderung nach medienberuhigten Schutzzonen schützen will, argumentiert gegen das vitale Interesse der Kleinen, sich mit der Erwachsenenwelt in angemessener, spielerischer Weise auseinanderzusetzen. Denn: Kinder haben wache Augen. Sie sehen uns Erwachsene täglich mit diesen Geräten, die so viel können, umgehen. Sie erkennen, daß dies offenbar eine wichtige Komponente der Erwachsenenwelt ist, mit der sie auch umgehen wollen. (Wir verbieten ihnen ja auch nicht Puppenküchen, elektrische Eisenbahnen und Rennautos!).

Kinder sind kommunikationsbegierig. Und Beobachtungen an Computern in Kindergärten belegen, daß nie einzelne Kinder vor dem Monitor sitzen. Es sind immer Gruppen, die schnell in ein lebhaftes Gespräch über das Gezeigte und Gesehene kommen. Edith Ilg, Leiterin der Kindergartenabteilung des Münchner Schulreferats und ebenfalls mitverantwortlich für Konzept und Durchführung der Tutzingener Tagung: „Multi-Media-Technik ist nicht von sich aus gut oder schlecht. Es kommt darauf an, was wir mit ihr machen. Der Computer mit guten Spiel- und Lernprogrammen ist eine Bereicherung für die Kinder.“

Die neuen Multi-Media-Techniken mit ihrer Vernetzung von virtuellen Film-, Bild-, Klang- und Textwelten bieten der kindlichen Neugier schier unbegrenzte Möglichkeiten. Der natürliche Forschungs- und Entdeckungsdrang der Kinder wird durch den bewußten Einsatz auch schon im Vorschulalter angeregt. Alle Sinne werden durch die neue Technik angesprochen. Computer, die geduldig auf Abruf Antworten in multimedialer Verknüpfung liefern - und das noch beliebig wiederholbar - sind für Kinder phantastische Spielplätze und befriedigen ihre unersättliche Wißbegierde.

Letzte Skepsis bei den Teilnehmerinnen schwand spätestens nach den Praxisberichten dreier Münchner Kindergartenleiterinnen. Sie hatten sich mit Kolleginnen und Kindern an dem Modellprojekt „Multimedialandschaften für Kinder (Mula)“, gemeinsam durchgeführt von „Studio im Netz“ und Schulreferat, beteiligt. Die Resonanz bei Erzieherinnen, Kindern und Eltern war durchweg positiv. Drei Computer standen vier Wochen lang im Kindergarten und konnten von den Kindern benutzt werden. Programme wurden getestet, für gut bzw. schlecht befunden. Von Langeweile oder Vereinzelung vor den Monitoren war nach Aussage von Elke Sauerlandt keine Spur. „Ganz wichtig ist die Einbeziehung der Eltern vor, während und nach dem Projekt. Ohne gezielte Elternarbeit kann Medienerziehung nicht erfolgreich sein“, ergänzt ihre Kollegin Sieglinde Seemann.



Die Projektleiter waren sich nach dem einjährigen Experiment, an dem in München 192 Kinder und 45 Erzieherinnen in 14 Einrichtungen beteiligt waren, einig. Stellvertretend dazu Hans Jürgen Palme: „Multimediale Schonräume und Pufferzonen üben für das Vorschulalter eine Bremswirkung aus, die der natürlichen Wißbegier der Kinder entgegensteht und sie von wichtigen Alltagserfahrungen der Erwachsenenwelt fernhält. Pädagogen, die die berechnete Neugier der Kleinen auf Multimedia nicht ernst nehmen, laufen Gefahr, die Kinder in der Aneignung unserer modernen Welt, die auch durch multimediale Techniken bestimmt ist, zu behindern oder zu blockieren.“

Die Herausbildung von Medienkompetenz, d.h. die bewußte Auswahl und verantwortliche Anwendung von Medien, darf und kann nicht erst im Schulalter beginnen. Auch schon Vorschulkinder sollen Kriterien und Bewertungsmaßstäbe für Medienqualität entwickeln. Ohne bewußte Medienerziehung in Elternhaus und Kindergarten bzw. Schule kann sich von allein keine Medienkompetenz entwickeln. Sonst werden Kinder zu bloßen passiven Konsumenten einer virtuellen Welt, in der es für sie nichts zu entdecken gibt. ■ *Michael Schröder*

**M**ultimedia bedeutet die immer komplexer werdende Integration von Text, Foto, Film und Ton in einem Medium und die Möglichkeit, zwischen den Inhaltsebenen auszuwählen. Multimedia verwischt damit nicht nur die Grenzen zwischen den herkömmlichen Medien Buch, Fernsehen, Radio, Film und Zeitung. Mit seiner Möglichkeit zur interaktiven Anwendung bedeutet Multimedia zugleich auch das Ende des bloß passiven Konsums. Aus der Einbahnstraße der klassischen Medienkommunikation wird die mehrspurige Datenautobahn, die vom Nutzer in beiden Richtungen befahren werden kann. Angebote auf CD-ROM und im Internet können nach eigenem Belieben erkundet und genutzt werden. Multimedia ermöglicht und erfordert immer auch Eigeninitiative, ohne die sich der Inhalt nicht erschließt.

### Literaturempfehlungen:

Dittler, Ullrich: **Software statt Teddybär** - Computerspiele und die pädagogische Auseinandersetzung - Ernst Reinhardt Verlag, München 1993

Feibel, Thomas: **Kinder Software-Ratgeber 1997/1998**  
Markt & Technik,  
München 1996/1997

Palme, Hans-Jürgen/Hedrich, Andreas/Anfang, Günther (Hrsg.): **Hauptsache: Interaktiv** Ein Fall für die Medienpädagogik  
Reihe Medienpädagogik (hg. vom Institut Jugend Film Fernsehen, München) Band 9, 1997

Webb, Colin/Wynne Rowe: **Kinder entdecken den Computer**  
Praktische Ratschläge für Eltern mit (Vor-)Schulkindern  
Beust Verlag, München 1996

### Kontaktadressen:

**sin Studio im Netz**  
Rupprechtstr. 25-27  
80636 München  
Tel. 089-121644-08

Dietlindenstr. 18  
80802 München  
Tel. 089-388890-43  
email: [sin@sin-net.de](mailto:sin@sin-net.de)  
Internet: [www.sin-net.de](http://www.sin-net.de)

**Landesfilmdienst Bayern**  
für Jugend- und Erwachsenenbildung e.V.  
Dietlindenstr. 18  
80802 München  
Tel. 089-381609-0  
Internet: <http://www.bayreuth.baynet.de/www/docs/mall/lfid.html>

**Landeshauptstadt München**  
Schul- und Kulturreferat  
Fachabt. 5, Sachgebiet 1  
Edith Ilg  
Neuhauser Str. 39  
80331 München  
Tel. 089-233-25203



Zeichnung: Liebermann



## Gentechnik:

# Vom Geschöpf zum Schöpfer

## Konferenz über die Janusköpfigkeit des medizinischen Fortschritts

**In der Diskussion über die Gentechnik spielen Gefühle eine große Rolle. Für viele ist sie Quelle einer diffusen Zukunftsangst. Sie fürchten die Zucht eines „Supermenschen“. Für ebenso viele ist sie ein möglicher Weg, schreckliche Krankheiten zu heilen. Sie hoffen auf ein Mittel gegen Krebs und AIDS. Die Tagung „Janusköpfigkeit des medizinischen Fortschritts“ unter der Leitung von Gebhard Diemer und Dr. Uwe Kranenpohl beschäftigte sich mit diesem Gegensatz aus Sicht der Ethik und der Politik: Was ist verantwortbar? Wie kann und soll die Politik eingreifen?**

Von den ethischen Fragen im medizinischen Alltag berichtete Privatdozentin Dr. Gerlinde Debus, die im Städtischen Krankenhaus München-Neuperlach praktiziert. Gerade die pränatale Diagnostik sei ein heikles Gebiet. Genetische Untersuchungen seien zur Zeit vor allem bei Schwangeren über 35 Jahren üblich, da deren Kinder mit erhöhter Wahrscheinlichkeit am Down-Syndrom leiden. Werde beim Fötus eine Fehlbildung festgestellt, werde er zum Patienten. Dann müsse zwischen den Risiken der Erkrankung und den Behandlungsrisiken für Mutter und Kind abgewogen werden.

### Selektion

Nach der Neufassung des § 218 StGB könnten kranke Föten auch nach der 24. Schwangerschaftswoche noch abgetrieben werden.

Während der Schwangerschaftsabbruch auf Wunsch gesunde und kranke Embryonen in gleichem Maße träge, ziele beim kranken Fötus der Schwangerschaftsabbruch darauf ab, das kranke Kind zu töten. Hier finde eine Selektion und damit Ungleichbehandlung von Behinderten und Nichtbehinderten statt.

In diesem Zusammenhang stellten sich folgende Fragen: Wie wird ein genetisches Risiko bewertet? Wie ist das individuelle Verständnis vom Beginn des schützenswerten Lebens? Wie ist die Haltung zur Tötung vorgeburtlichen Lebens? Wie ist die Einstellung zu behindertem Leben? Dabei sei zu berücksichtigen, daß Föten ab der 21. Woche Schmerzen empfin-

den und daß Ärzte die Föten töten. Probleme der pränatalen Diagnostik seien auch die Möglichkeit eines Mißbrauchs, z. B. die Austragung bestimmter Geschlechter, der vermeintliche „Anspruch“ für jedermann auf ein gesundes Kind oder die Betrachtung eines behinderten Kindes als Schaden, der von den Ärzten eingeklagt werden könne.



Ärztin Gerlinde Debus: Heikles Gebiet

### Wertungsprobleme

Die Anforderungen, die die Human-genetik an die Demokratie stellt, erläuterte Dr. Bernhard Gill, Ludwig-Maximilians-Universität München. Er unterschied zwischen Gefahren des Gelingens, also dem was passieren könnte, wenn die Gentechnik erfolgreich angewandt würde, und den Risiken als nicht intendierten potentiellen

Schäden. Anders als im Normalfall werde bei der Gentechnik prospektive Vorsorge betrieben. Eben weil man die Risiken noch sehr hoch einschätze, greife der Staat regulierend ein. Andererseits stehe es in der Freiheit des Einzelnen, an sich medizinische Behandlungen mit Gentechnik vornehmen zu lassen. Die Politik stehe somit vor Wertungsproblemen.

Über ein Verbot eines Großteils der Gentechnik haben die Schweizer Bürger in einer Volksabstimmung im Juni 1998 entschieden. Dr. Martin Breitensteiner, Redakteur bei der Neuen Züricher Zeitung, berichtete über die Strategien der Gegner und Befürworter der Initiative. Nur zu Beginn der Diskussion sei auch über Sachthemen diskutiert worden, danach hätten beide Seiten stark emotional argumentiert. Die Gegner der Gentechnik schürten die diffusen Ängste und verwiesen auf die „Würde der Kreatur“. Die Befürworter konzentrierten ihre Kampagne auf den Schutz der Arbeitsplätze und die möglicherweise lebensrettende Wirkung der Gentechnologie. Erfolg hatten die Befürworter: das Volksbegehren wurde mit über 60 Prozent der Stimmen deutlich abgelehnt.

### Argumentationstypen

Einen ethisch-systematischen Ansatz verfolgte Professor Dr. Armin Wildfeuer, Katholische Fachhochschule Paderborn. Er unterschied grundsätzlich zwischen drei Argumentationstypen beim Diskurs über ethische Herausforderungen der Gentechnik. Zum einen den medizinisch-pragmatischen, der zwischen Nutzen und Schaden einer genetischen Therapie abwägt. Es sei zum Beispiel ethisch nicht verantwortbar, einem Kranken diese Therapie zu verweigern. Beim zweiten, gesellschaftspolitischen Argumentationstyp gehe man von der Befürchtung aus, die Gesellschaft sei für die Möglichkeiten der Gentechnik nicht reif. Eine andere Gefahr sei der „private“ Mißbrauch der Genterapie durch ehrgeizige Eltern. Der dritte, der kategorische Argumentationstyp lehne die Gentechnik ohne Abwägung von Vor- und Nachteilen ab. Er geht von der Doppelthese von der Unheiligkeit des Menschen und der Heiligkeit seiner

Natur aus. Die drei Argumentationstypen hingen zwar zusammen, die öffentliche Diskussion ignorierte aber ihre unterschiedlichen Bezugspunkte. Eine sachliche Diskussion müsse diese Unterschiede berücksichtigen.

Nochmals um die praktische Politik ging es in einer Podiumsdiskussion. Landtagsabgeordneter Dr. med. Klaus Gröber (CSU) plädierte für die Gentechnik. Die neuen Möglichkeiten versprächen schneller, besser und wirtschaftlicher zu sein als die klassischen Methoden. Gerda-Maria Haas, stellvertretende Vorsitzende der bayerischen SPD, begrüßte, daß heute - anders als früher - auch nach den Auswirkungen technischer Neuentwicklungen gefragt werde. Die europäische Bioethikkonvention sei ein erster Schritt, aber noch unbefriedigend. Die Gesellschaft müsse sich letztlich diese Frage im Diskurs selbst beantworten.



Marina Steindor (B90/Grüne): Instrumentelle Unterwerfung

Die Grünen waren durch Marina Steindor auf dem Podium vertreten. Sie kritisierte, daß im Moment niemand versuche, der „instrumentellen Unterwerfung der Natur“ entgegenzuwirken. Die neue Regierung werde diesem Problem durch die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einrichtung einer Enquetekommission zu Leibe rücken.

## Klonierung ablehnen

Kirchenrat Erhard Ratz brachte eine theologische Komponente in die Diskussion ein. Durch die Analyse der menschlichen Gene könnten zum Beispiel Krankheiten früh erkannt wer-

den. In diesem Zusammenhang stelle sich aber die Frage, ob es für den Patienten ein Recht auf Nichtwissen gebe, wenn beispielsweise die Veranlagung zu einer unheilbaren Krankheit diagnostiziert werden könne. Grundsätzlich sei die Klonierung von Menschen abzulehnen. Sollte dies trotzdem je-

**„Vor jedem Schritt, welchen Wissenschaft und Technik nach Vorwärts machen, müssen die Menschen drei Schritte zur Vervollkommenung ihrer Ethik tun.“**

*Novalis*

mals geschehen, habe der Klon allerdings ähnlich wie ein eineiiger Zwilling ein Recht auf Respektierung seiner Menschenwürde.

Orientierungspunkte für die ethische Diskussion über die Gentechnik seien die Menschenwürde, die Tiefe des Eingriffs und die Berücksichtigung der kommenden Generationen.



Kirchenrat Erhard Ratz: Recht auf Nichtwissen

Seinen Ausblick faßte er mit einem Zitat von Novalis zusammen: „Vor jedem Schritt, welchen Wissenschaft und Technik nach Vorwärts machen, müssen die Menschen drei Schritte zur Vervollkommenung ihrer Ethik tun.“

*Jürgen Stern*



Zeichnung: Mester



# Der Europäische Gerichtshof als Motor europäischer Einigungsbemühungen

## Anmerkungen zur Methodik der Rechtsfindung

von Prof. Dr. Günter Hirsch,

Kammerpräsident am Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg

**V**or einigen Jahrzehnten nannte der ehemalige Kommissionspräsident Walter Hallstein die Europäische Gemeinschaft, auf ihre ständig wandelnde Struktur anspielend, einen unvollendeten Bundesstaat. Der Wandel ist geblieben, die Struktur nicht. Mit den Verträgen von Maastricht und Amsterdam hat sich die Europäische Union weiterentwickelt. Ist sie auch demokratischer geworden? Auf einer Tagung wurde geprüft, in welcher „Verfassung“ sich die EU befindet. Prof. Dr. Günter Hirsch stellt die Arbeit des Europäischen Gerichtshofes vor.

Ein Artikel des seinerzeitigen deutschen Bundessozialministers im SPIEGEL erregte 1992 die europarechtlichen Gemüter - jedenfalls in Luxemburg. Unter dem Titel „Die leise Übermacht“ wurde dem Europäischen Gerichtshof aus Anlaß seines 40. Geburtstages nichts weniger vorgeworfen als eine „eklatante Verletzung des Gewaltenteilungsprinzips“ durch „freie Rechtsschöpfung“. Die Luxemburger Richter hätten den Ehrgeiz, selbst den Kurs der Integration zu bestimmen, ihnen mangelten die gebotene Mäßigung und politische Zurückhaltung.

Diese Kritik war nicht etwa nur eine vereinzelte - wenn auch gewichtige - Stimme, vielmehr war es eine Zeit lang geradezu eine Modeerscheinung, dem Europäischen Gerichtshof ein verfehltes Rollenverständnis in der Abgrenzung der judikativen von der legislativen Gewalt in Europa vorzuwerfen. Dies klingt selbst in der wegweisenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Oktober 1993 zum Maastricht-Vertrag an, wenn dort die „dynamische Erweiterung der bestehenden Verträge“ durch den Europäischen Gerichtshof im Wege einer großzügigen Handhabung der EG-Kompetenzen und einer Vertragsauslegung im Sinne einer größtmöglichen Ausschöpfung der Gemeinschaftsbefugnisse kritisch angemerkt wird.

Natürlich fehlt es auf der anderen Seite nicht an anerkennenden Kommentaren zur rechtsfortbildenden Kraft des

Gerichtshofs, der sich im Prozeß der europäischen Einigung durch seine von nationalen politischen Interessen losgelöste, an der Zielvorstellung der Union orientierten Rechtsprechung als Hüter des Gemeinschaftsrechts erwiesen habe.

Damit ist das Spannungsfeld skizziert, in dem der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften steht.

### Richterrecht und Methodik der Rechtsfindung

In Anbetracht der schwierigen Aufgabe des Gerichtshofes, nicht nur das geschriebene Gemeinschaftsrecht auszulegen, sondern auch übergeordnete Rechtsgrundsätze des Gemeinschaftsrechts herauszuarbeiten und auf diese Weise eine kohärente und effektive Rechtsordnung der Gemeinschaft zu entwickeln und zu sichern, verwundert es nicht, daß einzelne Urteile und Rechtsprechungstendenzen des Gerichtshofes auf Kritik gestoßen sind. Besonders ernst zu nehmen sind sicherlich die Vorwürfe, der Gerichtshof habe mit der einen oder anderen Entscheidung das Terrain der Judikative verlassen und sich Befugnisse der Rechtssetzung angemaßt, wie sie nur dem konstitutionellen oder dem sekundären Gesetzgeber der Gemeinschaft zustehen.

Das Spannungsverhältnis zwischen *zulässiger Rechtsfortbildung durch Richterrecht* und *unzulässiger richter-*



Günter Hirsch

*licher Rechtsschöpfung* hat konstitutive Qualität; es markiert die sakrosankte Grenzziehung zwischen der legislativen und der judikativen Gewalt. Die Kompetenz der Judikative zur Weiterentwicklung des Rechts unter Respektierung der Domäne des Gesetzgebers ist ein grundsätzliches Problem, das sich jeder Gerichtsbarkeit stellt. Für Verfassungsgerichte mit der Kompetenz zur Normenkontrolle gewinnt dieses Problem besondere Bedeutung. Im Verhältnis des Europäischen Gerichtshofs zum Bundesverfassungsgericht wirft es darüber hinaus ganz spezifische dogmatische Fragen auf, die zum Teil wenig glücklich, unter dem Schlagwort der sogenannten Kompetenz-Kompetenz, diskutiert werden.

Will man die Bedeutung des Richterrechts beim Europäischen Gerichtshof würdigen, sollte man sich die Ausgangssituation vor Augen führen: Als der Gerichtshof, der bereits vorher als Gericht der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet worden war, im Oktober 1958 seine Tätigkeit nach dem EWG-Vertrag aufnahm, fand er sich in einer Lage, die sich von der rechtlichen Situation in Deutschland, aber auch von der heutigen Rechtslage in der Gemeinschaft, völlig unterschied. Von Normenflut



konnte keine Rede sein, im Gegenteil herrschte, um im Bild zu bleiben, geradezu eine normative Ebbe. Es gab den Gemeinschaftsvertrag mit institutionellen Vorschriften, mit Zielvorstellungen und Grundnormen sowie Ermächtigungen zur Setzung sekundären Gemeinschaftsrechts. Nachgeordnetes Gemeinschaftsrecht, also insbesondere Richtlinien und Verordnungen, entstand erst im Laufe der Zeit.

Dem Europäischen Gerichtshof war im Vertrag die Aufgabe zugewiesen worden, die Wahrung des Rechts in der Gemeinschaft zu sichern. Der Gerichtshof befand sich damit seinerzeit in einer Situation, die kaum ihresgleichen kennt. Auf der Grundlage einer völlig neuen, nämlich einer supranationalen Rechtsordnung ohne Vorbild, die noch in keiner Weise ausdifferenziert war, mußte er in jeder Hinsicht Neuland betreten. Er sah sich vor die Aufgabe gestellt, auf dem Hintergrund unterschiedlicher nationaler Rechtsfindungssysteme eine eigene Methodik der Auslegung von Normen einer völlig neuen Qualität zu finden und rechtliche Probleme ohne die umfassende Unterstützung einer etablierten Rechtswissenschaft zu lösen. Der Gerichtshof mußte, kurz gesagt, seine Rolle als Gericht erst definieren und sich selbst das geistige Rüstzeug erarbeiten für den - um einen Ausdruck von Ihering zu gebrauchen - „Kampf ums Recht“.

Dabei konnte der Gerichtshof zwar auf mehr oder weniger ausgefeilte Methodenlehren in den einzelnen Mitgliedstaaten zurückgreifen, die eine gemeinsame Wurzel im Römischen Recht haben. Es galt jedoch, auf deren Grundlage eine neue, den speziellen Anforderungen des Gemeinschaftsrechts gerecht werdenden *Methodik der Rechtsfindung*:

- Dem für die Auslegung nationalen Rechts vorrangigen *Wortlaut der Norm* kommt für die Auslegung von Gemeinschaftsrecht erheblich geringere Bedeutung zu. Ist doch eine Norm in der Fassung einer jeden Amtssprache der Gemeinschaft authentisch, so daß sie in der Regel keineswegs so eindeutig ist, wie es auf den ersten Blick, d.h. nach einem Blick auf eine der sprachlichen Fassungen, der Fall zu sein scheint.

- Der *Wille des Gesetzgebers* - also in der Gemeinschaft vorrangig der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaftsorgane als Autoren von primärem und sekundärem Gemeinschaftsrecht - ist häufig heterogen, wenig klar und ersichtlich von politischen Kompromissen überlagert.

- Deshalb hat in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs die *teleologische Interpretation* maßgebende Bedeutung gewonnen. Die Suche nach dem Ziel einer Regelung in ihrem systematischen Kontext beherrscht die Suche nach der richtigen Auslegung der Norm. Im Letzten ist jede Gesetzesauslegung das Erforschen des Telos, und zwar in einem objektivierten Sinne.

Eine Regelung wird nach Möglichkeit so ausgelegt, daß sie einer wirksamen Erreichung der allgemeinen Vertragsziele dient. Alle Auslegung ist im Letzten eine Frage nach der Teleologie. In diesem Zusammenhang spielt die Rechtsvergleichung eine große Rolle, also die Feststellung, welche rechtlichen Inhalte bestimmte Regelungen und Formulierungen in den einzelnen mitgliedstaatlichen Rechtssystemen haben. Diese Erkenntnisgrundlage kann die lebendige Diskussion im Richterkreis verschaffen oder eine Recherche des wissenschaftlichen Dienstes des Gerichtshofs.

Der Europäische Gerichtshof spricht nicht Recht „im Namen des Volkes“. Die Europäische Gemeinschaft ist kein Staat, sondern eine Gemeinschaft sou-

veräner Staaten, deren Regierungen durch das jeweilige Staatsvolk demokratisch legitimiert sind. Ein europäisches Staatsvolk gibt es nicht. Die europäische Integration ist ein ergebnisoffener dynamischer Prozeß, dessen Geschwindigkeit und Orientierung von der strategischen Kraft der nationalen Europapolitiken abhängt. In diesem Integrationsprozeß hat der Europäische Gerichtshof eine gewichtige Rolle gespielt und er spielt sie noch.

Ob man hieraus herleiten kann, daß er seine Rolle als die eines „Motors der Integration“ definiert, möchte ich bezweifeln. Dies mag in früheren Jahrzehnten vielleicht der Fall gewesen sein; unter dem Hintergrund eines inzwischen ausdifferenzierten Gemeinschaftsrechtssystems und einer umfangreichen Judikatur kann es heute jedenfalls nicht mehr Aufgabe des Gerichtshofs sein, die Geschwindigkeit der weiteren Europäischen Integration zu bestimmen und ihr in jedem Falle die Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten unterzuordnen. Insoweit ist der Europäische Gerichtshof nach meiner Überzeugung nicht „Motor der Integration“; die Geschwindigkeit und die Dichte der weiteren Integration zu bestimmen, ist vielmehr Aufgabe der Politik. Aufgabe des Gerichtshofs ist es, Hüter der Verträge zu sein und Garant der Grundfreiheiten, die die Gemeinschaft zu einem Europa der Bürger machen. ■

#### **Die Referenten der Tagung:**

Reinhold Bocklet, Staatsminister, MdL

Marcel von Donat, Beamter der EU-Kommission a.D.

Prof. Dr. Günther Hirsch, Kammerpräsident am Gerichtshof der EG

Prof. Dr. Hans Hugo Klein, Richter des Bundesverfassungsgerichts a.D.

Prof. Dr. Dr.h.c. Heinrich Oberreuter, Akademiedirektor

Wolfgang Pini, Generaldirektor a.D., Sekretariat des Rates der EU

Prof. Dr. Heinrich Schneider, Universität Wien

MR Dr. Joachim Würmeling, Bayerische Staatskanzlei

#### **Podium:**

Dr. Ingo Friedrich MdEP, Europäisches Parlament

Günter Glöser MdB

**Tagungsleitung:** Dr. Michael Piazzolo

Dr. Peter März



## 50 Jahre Israel:

# Kampf ohne Ende?

1998 jährte sich die Gründung des Staates Israel zum 50. Mal. 1948 ging der Traum der Zionisten in Erfüllung. Gleichzeitig begann ein Alptraum der Gewalt im Nahen Osten. Mit Geschichte und Gegenwart des israelischen Staates und des Konflikts um ihn beschäftigte sich eine Tagung, die die Akademie in Zusammenarbeit mit der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und der Europäischen Akademie Bayern veranstaltete.

**Prof. Dr. Michael Wolffsohn** (Universität der Bundeswehr, München) zerstörte mit seinem Beitrag einige Legenden, die sich um den Staat Israel ranken. So die Gründungslegende, daß in Palästina ein Land ohne Volk auf ein Volk ohne Land gewartet hätte. Oder daß Israel den Arabern militärisch unterlegen gewesen sei. Vielmehr habe es stets über die schlagkräftigere Armee verfügt. Die USA seien nicht von Anfang an ein Freund des jüdischen Staates gewesen. Im Gegenteil: Es sei vor allem die Sowjetunion gewesen, die Israel in den ersten Jahren half. Der Staat Israel sei auch nach jüdischem Glauben nicht die Erfüllung einer göttlichen Prophezeiung. Vielmehr würden streng gläubige Juden den Zionismus als Eingreifen der Menschen in den göttlichen Heilsplan verurteilen. Andere Juden sehen darin aber einen möglichen Zwischenschritt.

## Staat und Religion verknüpft

**Dr. Yfaat Weiss** (Universität München) wies in ihrem Referat über "Religion und Staat Israel" ebenfalls auf den Konflikt zwischen Zionismus und der jüdischen Religion hin. Der Zionismus sei zwar eine säkulare Bewegung, habe aber auch ein religiöses Moment besessen. Dies habe im Staatswesen dazu geführt, daß Staat und Religion nicht getrennt, sondern verknüpft worden seien. Israel sei ein jüdischer Staat. Die Religion bestimme zum Beispiel große Teile des Privatrechts. Im Sechstagekrieg habe Israel viele biblische Städte erobert, was den orthodoxen Juden Auftrieb gegeben habe. Trotzdem schätzte Weiss ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung nur auf etwa 10 Prozent.



**Michael Wolffsohn: Gründungslegende zerstört**



**Natan Sznaider: Konsum - gegen Gottesbürger**

**Prof. Dr. Natan Sznaider** (Universitäten Tel Aviv und München) zeigte die vielfältigen Konfliktlinien in der israelischen Gesellschaft auf. Auf der einen Seite stünde ein kosmopolitisches, individualisiertes, liberales Konsum- und Einkaufsbürgertum, auf

der anderen das Wehr- und Gottesbürgertum. Der neue Friedensprozeß in den 90ern habe bei der ersten Gruppe Aussichten auf gesteigerten Konsum geweckt und deshalb deren Unterstützung gefunden. Durch den verstärkten Konsum sei aber auch das soziale Gefälle in Israel deutlicher zu Tage getreten, was die Konsumverlierer zur Ablehnung dieser Verwestlichung, auch in den Wahlen, geführt habe. Das Ergebnis sei der Regierungswechsel und die Verlangsamung des Friedensprozesses gewesen.

## Probleme der Siedlungspolitik

**Dr. Friedrich Schreiber**, langjähriger ARD-Korrespondent in Tel Aviv, beschäftigte sich mit der Entwicklung seit dem Sechs-Tage-Krieg 1967. Den Krieg habe Israel dank seiner Präventivstrategie gewonnen. Der schnelle Sieg in der Luft und am Boden habe Israel große Landgewinne aber auch große Probleme in den besetzten Gebieten gebracht. Nach dem Blitzsieg sei die damalige sozialdemokratische Regierung bereit gewesen, Land gegen Frieden einzutauschen, habe aber im Frieden mit Ägypten nur bedingten Erfolg gehabt. Nach dem Regierungswechsel 1977 habe die Besiedlungspolitik begonnen. Diese habe Israel allerdings vor neue Probleme gestellt:

1. Zwischen dem Fluß Jordan und dem Meer sei die Zahl der arabischen Geburten deutlich höher als die jüdischen. Daher brauche Israel einen eigenständigen palästinensischen Staat, um selber jüdisch bleiben zu können.
2. Behielten die Israelis die Besetzung der palästinensischen Gebiete bei, würden sie sich selbst zu einer Art "Herrenvolk" machen.
3. Die israelische Armee beziehe ihre Rechtfertigung aus ihrer Stellung als Verteidigungsstreitmacht und nicht als Besatzungsmacht. Neuen Schwung hätten die Friedensbemühungen nach langen Jahren der Intifada und dem 2. Golfkrieg durch die Verhandlungen in Madrid, Oslo und Wye erhalten. Ob der jedoch ausreiche, sei angesichts der jüngsten Entwicklung wieder fraglich geworden. ■

*Jürgen Stern*



# Aus dem Schatten der Katastrophe

von Niels Hansen, 1981 bis 1985 deutscher Botschafter in Tel Aviv \*

Die amtlichen Beziehungen der beiden Länder sind schon seit vielen Jahren sehr intensiv, worin sich ihre aus der Schoah ergebende Besonderheit widerspiegelt. Nach den USA ist die Bundesrepublik Deutschland Israels engster Partner - zwar mit gehörigem Abstand, aber doch weit vor allen anderen. Es hat sich ein dichtes Netz der Zusammenarbeit entwickelt. Beteiligt sind Exekutive, Legislative aus Bund, Ländern und Gemeinden. Auch private Institutionen wirken mit, wobei vor allem die Deutsch-Israelische Gesellschaft und die Israelisch-Deutsche Gesellschaft, aber auch zahlreiche Fördervereine, Stiftungen usw. zu nennen sind. ...



*Exbotschafter Niels Hansen:  
„Sekundärer“ Antisemitismus*

Dagegen ist, wie Meinungsumfragen ausweisen, das gegenseitige Image, d.h. das Bild, das sich das eine Volk vom anderen macht, nach wie vor nicht besonders gut, und es verschlechterte sich besonders während des Golfkriegs 1991. Das hat israelischerseits mit den Untaten der Nazizeit zu tun, die beim Eichmann-Prozeß 1961 deutlich ans Licht gerückt wurden und seither immer stärker (und im Zeitverlauf nicht etwa abnehmend) das israelische Kollektivbewußtsein bestimmen. Deutscherseits ist es gemäß dem Motto "Wenn Du mich nicht magst, mag ich Dich auch nicht" auch reaktiv bedingt. In diesen Zusammenhang gehört leider auch der "sekundäre" Antisemitismus, der sich aus

weitgehend anderen Vorurteilmotiven als den früher üblichen speist. ...

Die erste wesentliche Etappe der deutsch-israelischen Beziehungen stellte das Wiedergutmachungsabkommen von 1952 dar, mit dem die Bundesrepublik Israel 3 Milliarden Mark Globalentschädigung leistete. ...

## Wiedergutmachung - keine Schuld

Voraussetzung für die Aufnahme der im März 1952 bei Den Haag beginnenden Verhandlungen war die - mit der jüdischen Seite abgestimmte - Erklärung Adenauers vor dem Bundestag am 27. 9. 1951, in welchem der Kernsatz lautete: "Im Namen des deutschen Volkes sind unsagbare Verbrechen begangen worden, die zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung verpflichten." Von Schuld - und auch von Verstrickung - war nicht die Rede, wohl aber heißt es, daß "das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen verabscheut und sich nicht an ihnen beteiligt hat." ... Bis heute wurden (einschließlich der Globalkompensation an Israel) insgesamt 102 Milliarden Mark bezahlt, hochgerechnet auf die jetzige Kaufkraft 212 Milliarden Mark. Die materiellen Gesamtschäden der Juden waren aber wesentlich höher. ...

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen erfolgte erst im Mai 1965 gegen den Widerstand von Außenminister Schröder. ... Im Sechstagekrieg 1967 nahm die deutsche Bevölkerung deutlich zugunsten Israels Partei, doch markierte die Eroberung von Westbank und Gaza und die Aufrechterhaltung der Besetzung dieser Gebiete den Beginn sich im Zeitverlauf verschärfender Schwierigkeiten Israels nicht zuletzt mit den EG-Ländern. Für die Bonner Außenpolitik kam zum bisherigen Zielkonflikt zwischen einem guten Verhältnis zu den Arabern und zu Israel ein neuer hinzu, nämlich zwischen der Solidarität mit dem Judenstaat und der israelkritischen Ausrichtung der zunächst von Frankreich dominierten außenpolitischen Zusammenarbeit der Gemeinschaftsstaaten. Diese schlug sich z. B. im koordinierten Abstimmungsverfahren bei den Vereinten Nationen nieder, doch verhielt sich Deutschland hier von allen Mitgliedern durch die Bank am günstigsten für Israel. ...

Als besonders positive Phase erwies sich die Regierungszeit von Rabin und Peres 1992 bis 1996 mit ihren Fortschritten im nahöstlichen Friedensprozeß. Der erwähnte doppelte Zielkonflikt war aufgelöst. ... Die Aufrechterhaltung der guten Beziehungen wird nicht zuletzt von den Fortschritten im Friedensprozeß abhängen. Grundsätzlich ist zu sagen, daß Deutschland Israel verbunden bleiben und daß es sich insbesondere für berechnete Sicherheitsinteressen des kleinen Landes einsetzen wird. ...

*\*(gekürzte Fassung)*



*Bei der Jahreshauptversammlung des Landesverbands Bayern der Deutschen Vereinigung für politische Bildung in Tutzing wurden Akademiedozent Dr. Peter Hampe (rechts) als Vorsitzender, Dorothea Weidinger als Stellvertreterin und Manfred Simon als Schatzmeister in ihren Ämtern bestätigt.*

*Fotos: Stern*



# Einigkeit im Friedenswillen

Über den Nahostkonflikt und die Perspektiven des Friedensprozesses diskutierten unter der Moderation von Dr. Friedrich Schreiber der Pressereferent der israelischen Botschaft in Bonn, Din Heiman, mit Mustafa Shehadeh, seinem Pendant von der Generaldelegation für Palästina. Die Diskussion wird in einem kurzem Auszug wiedergeben:

**Shehadeh:** Vor sechs Jahren hätte man nicht geglaubt, daß Israelis und Palästinenser so locker zusammensitzen können. Man hat auch nicht geglaubt, daß es zu einem Dialog und letztendlich zu einem Friedensschluß kommt. ...

Dieser Friedensprozeß ist irreversibel. Das heißt, egal wer versucht, diesen Friedensprozeß zum Scheitern zu bringen, egal ob das bei uns Hamas oder Djihaad ist oder bei den Juden die Siedler. Diese Kräfte können den Friedensprozeß nicht zerstören, egal wie gut organisiert, listig oder gut ausgerüstet sie sind. ... Das wichtigste ist, daß beide Seiten gegenseitig ihr Recht auf Existenz und auf eine unabhängige, politische Zukunft anerkannt haben. ...

Nach Oslo ist die politische und soziale Lage der Palästinenser in den besetzten Gebieten schlechter geworden als während der Besatzungszeit. Die Bewegungsfreiheit der Palästinenser wurde stark eingeschränkt, die Wirtschaft ist um ein Drittel geschrumpft. Wenn ein Palästinenser vor Oslo 300 Mark im Monat hatte, hat er heute 200 Mark. ...

Trotzdem hegen wir große Hoffnungen auf die Umsetzung des Wye-River-Memorandums. Die Umsetzung dieses Abkommens heißt für die Palästinenser, daß sie über 18 Prozent der besetzten Gebiete von 1967 kontrollieren. ... Natürlich beinhaltet es auch Dinge, die Israel interessieren: Sicherheitsfragen und Bekämpfung von Terror. Wir sind in der Lage, die Verpflichtungen einzuhalten. ...



*Der historische Händedruck von Wye in der Tutzinger Version. Von links: Din Heiman, Friedrich Schreiber, Mustafa Shehadeh*

## Interessen Israels

**Heiman:** ... Ziel des Friedensprozesses ist es, ein Leben in Würde für die Palästinenser zu ermöglichen und einen palästinensischen Staat zu schaffen mit Hauptstadt Ost-Jerusalem oder Jerusalem. ...

Es fehlt aber etwas in dieser Definition. Es fehlt der Aspekt: ... Was sind die Interessen der Israelis? ... Wir haben zwar in 50 Jahren sehr viel erreicht. Ich meine nicht nur in der Politik, ich meine Wissenschaft, Einwanderung, wirtschaftliche Entwicklung, High Tech, Gesetzgebung und Demokratie ganz allgemein. Das ist die Erfolgsgeschichte des Staates. Aber kein Zionist kann es so lassen wie es ist, weil es nämlich nicht unser Ziel war, all das auf Kosten eines anderen Volkes zu schaffen. ...

Eine Lösung für die Palästinenser ist insoweit möglich, als sie nicht verspielt, was wir in einer sehr feindlichen Umgebung erzielt haben, unsere Existenz, unsere Sicherheit und unseren Wohlstand. ... Wenn man diesen Aspekt der israelischen Ansicht in Betracht zieht, gibt es kaum etwas, was man von uns am Verhandlungstisch nicht bekommen kann.

Die wichtigste Tatsache in diesem Friedensprozeß sind die Mehrheiten auf beiden Seiten für den Friedensprozeß von Oslo. Man spricht viel von Hamas, man spricht viel von Nationalreligiösen, aber sie sind auf beiden Seiten Minderheiten. ...

**Shehadeh:** Wir sind leider noch am Anfang des Weges. Fünf Jahre hätte die Interimsvereinbarung andauern sollen, dann hätten die Palästinenser, so verstehen wir Oslo und seine Zusatzprotokolle, in die Unabhängigkeit entlassen werden sollen. ... Wir hätten Mitte 1997 anfangen müssen, über den endgültigen Status der besetzten Gebiete, der Siedlungen, des Wassers und Jerusalems zu verhandeln. ...

**Heiman:** Ich glaube, daß man die Lage im Likud und der heutigen Regierung mißinterpretiert. Man vereinfacht und dämonisiert da wirklich zu schnell. ... Allein die Tatsache, daß eine rechte Regierung 13 Prozent historisches Land Israels zurückgibt, soll ein Fragezeichen setzen für diejenigen, die noch daran glauben, daß es auf der einen Seite die Nationalisten und die Nationalreligiösen, auf der anderen die Friedensleute und keinen Zwischenraum gebe. Man sollte sich nochmal fragen, ob es so einfach ist. ... ■

**Wolfgang Krieger/Jürgen Weber (Hrsg.):  
Spionage für den Frieden?  
Nachrichtendienste in Deutschland  
während des Kalten Krieges  
(=Akademiebeiträge zur politischen  
Bildung/Akademie für Politische Bildung,  
Tutzing, Bd.30).  
Günter Olzog Verlag, München 1997;  
272 S., DM 32,00**

Das Buch beinhaltet Referate von 13 bekannten Experten aus den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland sowie aus Rußland, die sie zumeist auf der Akademie für Politische Bildung in Tutzing hielten und von ihrer Warte aus die Tätigkeit der östlichen und westlichen Spionagedienste in Deutschland seit 1945 beleuchteten. Sind auch die Unterlagen der DDR-Geheimdienste heute zum größten Teil bekannt und hat inzwischen ebenfalls die CIA viele Akten der Forschung zugänglich gemacht, so sind die Erkenntnisse des KGB noch allzu oft unbekannt. Daher ist auch heute sehr schwer abzuschätzen, welche Informationen die einzelnen Dienste hatten und welche Erfolge sie mit ihren Desinformationen auf der jeweiligen Gegenseite erzielen konnten.

Die Sowjet-"Aufklärung" zeigte sich nach dem bisherigen Wissensstand allgemein sehr gut informiert - sie muß Zugang zu höchsten Stellen in West-Europa gehabt haben! - Ihre größte Einschränkung war indes stets die gerade geltende Ansicht der Kreml-Führer mit ihren Vorurteilen und verzerrten Einschätzungen. Es ist ein Buch, das auch Kenner der Materie zu tieferem Nachdenken über diese gesamte Problematik zwingt. Die Frage, ob die Geheimdienste im Kalten Krieg auf den prekären Frieden eher stabilisierend wirkten oder ihn gefährdeten, scheinen die Autoren eher mit der ersten Möglichkeit beantworten zu wollen.

**Friedrich-Wilhelm Schlomann**  
in: *Allg. Schweizerische Militärzeitschrift* 11/98

„Die langen fünfziger Jahre“ nennt Weber das erste Jahrzehnt der Republik. Geprägt wurden sie vom Wirtschaftswunder, Westintegration und Wiederbewaffnung. Der umfangreich illustrierte Band schlägt den weiten Bogen von den Trümmerjahren der Nachkriegszeit zur politischen Verankerung der Bundesrepublik im westlichen Bündnissystem und ist mit zahlreichen Quellentexten sowie zeitgenössischen Karikaturen angereichert. Das macht die Darstellung zu einem wertvollen Arbeitsmittel für alle, die sich beruflich oder privat mit der Adenauer-Ära beschäftigen.

Die Ermittlung von Nachrichten und das Auspähen des Gegners dürfte so alt sein wie die Menschheit, denn dies diente ursprünglich dem Überleben und der Sicherheit der eigenen Sippe oder des eigenen Stammes. Im Laufe der Menschheitsgeschichte ist die Ausspähung des Gegners immer mehr perfektioniert worden, so daß inzwischen - aufgrund der neuen technisch-elektronischen Hilfsmittel - eine lückenlose Überwachung möglich ist. Diese Perfektion hat sich insbesondere nach dem II. Weltkrieg vervollkommen, als die beiden Supermächte USA und Sowjetunion mit denen ihnen zugehörigen Blöcken unversöhnlich gegenüberstanden. Beide Systeme entwickelten ein feinmaschiges Spionagenetz, das der jeweiligen Ideologie zufolge einzig der Erhaltung des Friedens dienen sollte.

Die Nahtstelle der beiden Machtblöcke war die Grenze zwischen beiden deutschen Nachkriegsstaaten. Hier, d.h. auf deutschem Boden, hatten die Nachrichtendienste der östlichen wie der westlichen Seite ihr Hauptaktionsfeld. Da diese Tätigkeit bisher als *top secret* gehandhabt worden ist, liegt noch immer vieles, was in der Zeit des „Kalten Krieges“ nachrichtendienstlich in Deutschland abließ, im Nebel.

Die Beiträge dieses Bandes versuchen nun erstmals, ein wenig Licht in das Dunkel der Geheimdiensttätigkeit zu bringen. Die Mehrzahl der Autoren sind namhafte Personen, die seit einigen Jahren beruflich mit der Aufarbeitung von Akten und Unterlagen von Sicherheits- und Geheimdiensten befaßt sind. Es sind amerikanische, britische, deutsche und russische Historiker, Politologen und Juristen, die hier die Ergebnisse ihrer bisherigen Recherchen und Forschungen vorstellen.

Damit liegt nun ein auf wissenschaftlicher Grundlage erstellter Band vor, der viele Details aus der Arbeit der Nachrichtendienste von C wie CIA, über KGB, MfS, Mossad bis S wie Secret Service vermittelt. Es wird klar, daß Spionage in Deutschland während der Zeit des „Kalten Krieges“ ein nahezu „normaler“ Vorgang gewesen ist. Es stellt sich abschließend die Frage, wo die vielen Mitarbeiter der Geheimdienste heute - nach dem Ende des „Kalten Krieges“ tätig sind.

in: *Hannoversche Studien über den Mittleren Osten*, Band 20

**Jürgen Weber:  
Aufbau und Neuorientierung.  
Geschichte der Bundesrepublik 1950-55  
Günter Olzog Verlag, Landsberg a. Lech;  
394 S., DM 78,00**

in: *Stuttgarter Nachrichten* vom 22. 10. 98



## Verbannt für 20 Tage Die schwierige Zeit der Staatsgründung

Nachts um drei kam es im Hohen Hause zum Eklat. Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher hatte den Christdemokraten Konrad Adenauer „Bundeskanzler der Alliierten“ geheißen, weil der den Westmächten nach Einschätzung der Genossen zu viele Zugeständnisse gemacht hatte.

„Das Haus tobte“, erinnerte sich später der Sozialdemokrat Carlo Schmid; die Sitzung wurde für drei Stunden unterbrochen und Schumacher für 20 Sitzungstage ausgeschlossen.

Es ging hoch her im November des Jahres 1949, in den schwierigen Zeiten der Gründung der westlichen Republik. Überaus spannend liest sich über weite Strecken das Buch, das der Historiker Jürgen Weber

Jürgen Weber (Hrsg.):  
**Das Jahr 1949 in der deutschen Geschichte. Die doppelte Staatsgründung**  
Günter Olzog Verlag, Landsberg a. Lech;  
414 S., DM 68,00

herausgegeben hat, und es zeichnet akkurat die Bedingungen nach, unter denen die beiden deutschen Staaten entstanden: Als der Parlamentarische Rat sich im September 1948 konstituierte, um das Grundgesetz zu erarbeiten, waren die grundlegenden Entscheidungen von den Alliierten längst getroffen worden - für Demokratie und Marktwirtschaft, für die Westbindung und damit auch für die deutsche Teilung.

Carsten Holm in: Spiegel Spezial 9/98



Susanne Kirner / Heinrich Oberreuter (Hrsg.)  
**Weniger Arbeit - mehr vom Leben?**  
**Die Wohlstandsgesellschaft ändert ihr Gesicht**  
Olzog Verlag, München 1999; 109 S., DM 16,80

Mit der Krise am Arbeitsmarkt ist der gesicherte Arbeitsplatz wieder an die Spitze der politischen und persönlichen Prioritätenskala zurückgekehrt. Längst haben nicht mehr alle Bürger die Chance auf einen Arbeitsplatz, der Lebensunterhalt und gesellschaftliche Integration sichert. Da Erwerbsarbeit und soziale Sicherung eng aneinandergekoppelt sind, ist die Tragfähigkeit der wichtigste Pfeiler, die das soziale Netz halten, herausgefordert. Das Leistungsniveau wird sinken. Eigeninitiative zur Zukunftsvorsorge ist gefragt. Sie ist die Kehrseite der Selbstentfaltungschancen in einer aktiven Bürgergesellschaft.

Die Unsicherheiten sind groß. Verliert die Arbeit ihren Wert? Was würde das für Lebensgefühl und soziale Sicherheit bedeuten? Wird die wachsende Produktivität zur Jobfalle? Wie sieht die Zukunft des Sozialstaats aus?

Der Band analysiert die schwierige aktuelle Situation. Er liefert Denkanstöße für Zukunftsmodelle.

Marie-Theres Tinnfeld, Klaus Köhler, Michael Piazzolo (Hrsg.):  
**Arbeit in der mobilen Kommunikationsgesellschaft**  
Friedr. Vieweg & Sohn Verlag, Braunschweig/Wiesbaden, 1996,  
306 S., DM 98,00

Der vorliegende Sammelband mit dem Untertitel „Arbeits-, datenschutzrechtliche, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen der Telearbeit“ geht zurück auf das im Mai 1996 in der Tutzinger Akademie für Politische Bildung im Rahmen der Datenschutzausbildung an der Fachhochschule München abgehaltene gleichnamige Wochenendseminar. Er enthält die dort dargebotenen Vorträge, nicht weniger als 22

an der Zahl, die nach dem Vorwort der Herausgeber Anstöße und Antworten auf die Frage geben sollen, wie weit Entwicklungen auf dem gegenwärtigen Arbeitsmarkt rechtlich gegensätzlich oder vereinbar sind und welche Folgerungen sich für den nationalen und den supranationalen Gesetzgeber daraus ergeben könnten. ... Abschließend ist zu sagen, daß das Buch einen ausgezeichneten Über-

blick über diese komplexe Materie, aber auch manchen tiefen Einblick in interessante Details gibt. Bleibt noch hervorzuheben, daß etliche Beiträge mit erläuternden Grafiken aufwarten und die Lektüre des Buches überdies durch ein gutes Dutzend amüsanten textbezogener Cartoons von Erik Liebermann begleitet wird. Der Sammelband kann uneingeschränkt empfohlen werden.

Herbert Auernhammer in:  
**DuD, Datenschutz und Datensicherheit 22 (1998) 6**

Peter Schmalz berichtet in DIE WELT vom 3. November 1998 über die Tagung „Verbrechen im Parteauftrag“ u.a.:

## Das giftige Erbe aus der roten Vergangenheit

**In vielen ehemaligen Ostblock-Staaten bereitet die Aufarbeitung von Stasi-Akten große Probleme**

„Wir haben die Rehabilitierung hundertprozentig beendet, juristisch wie moralisch.“ Der Budapester Historiker Andras Hegedüs, der am ungarischen Institut zur Revolutionsgeschichte 1956 arbeitet, empfindet wie er spricht: Dem Magyaren-Staat gelang eine innere Versöhnung, nach der das wiedervereinigte Deutschland noch immer vergeblich strebt. Es muß heilende Salbe für gebrochene Helden-seelen gewesen sein, als der Staatspräsident den überlebenden Aufständischen nach gut vier Jahrzehnten einen Orden an die Brust heftete und obendrein ein materielles Trostpflaster dadurch gab, daß die Gefängnisjahre bei Rente und Pension angerechnet werden.

Ein positiver Lichtblick - so rar wie der Sonnenschein während der Tutzing-Tagung, bei der die Akademie für Politische Bildung gemeinsam mit der Gauck-Behörde zu beleuchten versuchte, wie osteuropäische Nachbarn umgehen mit dem giftigen Erbe aus der kommunistischen Vergangenheit. Eine Erkenntnis vorweg: Nirgends gelang die Aufarbeitung der kilometerlangen Aktenbestände so rasch und so gründlich wie in der ehemaligen DDR. Seit Ende 1991 ermöglicht das Stasi-Unterlagengesetz jedem, die über ihn von der Staatssicherheit gesammelten Akten einzusehen.

„Ich mußte bei uns acht Jahre warten“, berichtet dagegen der Ungar Hegedüs. Geschafft hat er es schließlich, weil er, wie er meint, „hartnäckig“ ist, wohl aber auch, weil das „Historische Amt“ als Stasi-Akten-Verwahrer seit September vergangenen Jahres Einsicht gewährt in seinen Bestand. 2500 Betroffene begehrten bislang Einblick in die über sie angefertigten Spitzel-

berichte, für 200 wissenschaftliche Forschungen wurden Dokumente zur Verfügung gestellt. 3200 laufende Meter Schriftstücke konnte das Budapester Amt im vergangenen Jahr übernehmen, das sind insgesamt 96 619 Ordner. Doch Amtsleiter György Marko weiß, daß er damit nur noch einen Teil des ursprünglichen Bestands erhalten hat: Von einst etwa 215 000 Ordnern wurden fast 100 000 vernichtet, genau 24 248 wanderten zu Nachfolgeorganisationen, die zur Sicherheit des Staates weiterhin mit Spionagetätigkeit betraut sind. Diese allgemein anerkannte Notwendigkeit, den Staat auch weiterhin zu schützen, verleitet offenbar zu einem Vertuschungsverfahren, das in fast jedem postkommu-

Über die Podiumsdiskussion „Macht Zeitunglesen ausländerfeindlich?“ schrieb die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG am 29. Januar 1999 u.a.:

## Die Wirklichkeit und ihr Abbild

**Das Stadtforum diskutiert über Presse und Ausländerfeindlichkeit**

Margret Jäger, Soziologin und Mitverfasserin der Studie, betonte eingangs die meinungsbildende Machtwirkung der Medien. Leser und Journalisten vergaßen oft, daß die Zeitungen die Realität nie objektiv abzubilden vermögen. Vielmehr schaffen sie durch die Selektion ihrer Themen und die Art der Berichterstattung neue Wirklichkeiten: „Indem sie ihre Leser informieren, formieren sie sie zugleich.“ Klaus Grosch von der Tutzing- Akademie für Politische Bildung belegte die These von der subjektiven Beschreibung der Wirklichkeit mit der Beobachtung, daß die Reisebeilagen der Zeitungen die Bewohner fremder Länder meist als „hilfsbereite“ und „aufgeschlosse-

nistischen Land zu Klagen führt: Subjektiv verwendet, kann der „Geheim“-Stempel auch dort Staatsverbrechen verbergen, wo Aufklärung heute gewünscht wird und auch notwendig wäre.

Pikant erscheint die Situation in Polen, wo das IM-Netz relativ zur Bevölkerungszahl nur ein Zehntel dessen umfaßte, was Mielkes Ministerium für die DDR organisiert hatte. Zugleich hat dort aber die papierene Hinterlassenschaft bereits zu erheblicher Aufregung geführt.

Professor Andrzej Paczkowski vom Warschauer Institut für Politische Studien spricht in Tutzing vom „Krieg der Akten“, der zu einem „der wichtigsten Mittel des politischen Kampfes“ geworden sei. Vor allem nachdem der Sejm im April 1990 den alten Sicherheitsdienst aufgelöst hatte und an seine Stelle das Büro zum Schutz der Regierung (UOP) getreten war, häuften sich die Fälle von „Akten-Privatisierung“. (...)

ne“ Menschen beschrieben. Wenn dieselben Menschen dann über die deutsche Grenze kommen respektive im Lokalressort derselben Zeitungen wieder auftauchen, seien sie fast ausnahmslos zu „Fundamentalisten, Kriminellen und Arbeitsplatzwegnehmern mutiert“. ...

...Cumali Naz (Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München) wünscht sich, „daß eine Zahl besonders plakativ in den Zeitungen dargestellt wird: 95,9 Prozent der ausländischen Wohnbevölkerung in Bayern sind noch nie mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Diese 95,9 Prozent haben einen Anspruch darauf, nicht kriminalisiert zu werden.“



Die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 23. November 1998 berichtet über die Tagung „Alterssicherung international - von den Nachbarn lernen?“:

## Rentensystem vor hohen Beitragshürden

Kritik in Tutzing an Bonner Plänen

Sinkende Geburtenraten und steigende Lebenserwartung der Deutschen führen zu immer längeren Rentenlaufzeiten. Darüber hinaus vermindert die hohe Arbeitslosigkeit die Beitragseinnahmen und erhöht gleichzeitig die Rentenausgaben. Vor diesem Hintergrund wurde bei einer Tagung der Akademie für Politische Bildung, Tutzing, deutlich, daß die aktuellen Pläne der Bundesregierung das Bezugsalter für eine volle Rente auf 60 Jahre zu senken und zugleich die Freigrenze für Sozialabgaben von 620 auf 300 DM zu senken, bei Wissenschaftlern auf große Vorbehalte stoßen.

Eine wichtige Ausgangsbasis für die Diskussionen lieferte ein Gutachten der Prognos AG, Basel, das deren Direktor Hans J. Barth erläuterte. Daraus geht hervor, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik von 81,8 Millionen (1995) bis zum Jahr 2020 mit 80,8 Millionen fast konstant bleiben, dann aber bis 2040 auf 72 Millionen sinken wird. Gleichzeitig wird der Altersquotient (Relation der Zahl der über 64-jährigen) von 22,8 Prozent (1995) über 33,7 Prozent (2020) auf 50 Prozent (2040) steigen. Hieraus folgen unterschiedliche Daten für die künftige Beitragshöhe - je nachdem, welche Annahmen etwa für Wirtschaftswachstum, künftiges Rentenrecht und Arbeitslosigkeit angenommen werden. Prognos errechnet bis

2020 noch relativ maßvolle Sätze von 20 bis 22 Prozent, die dann aber bis 2040 auf 25 bis 26 Prozent steigen werden.

Andere Berechnungen kommen sogar auf Sätze von 28 bis 31 Prozent, berichtete der Münchner Wirtschaftsprofessor Hans-Werner Sinn. Er verwies darauf, daß Deutschland mit sieben Nachkommen auf zehn Personen weltweit die drittniedrigste Geburtenrate aufweist. Seine Folgerung: Jede Generation muß zugleich die Alten und ihre eigenen Kinder finanzieren. Wenn weniger Kinder geboren werden, muß „Humankapital“ durch Realkapital ersetzt werden. Menschen, die selbst keine Kinder haben, sei prinzipiell zuzumuten, daß sie mehr zur Rentenfinanzierung beitragen.

Auf die wachsende durchschnittliche Rentenlaufzeit wies Professor Bert Rütrop von der Technischen Hochschule Darmstadt hin: Sie stieg mit zunehmender Lebenserwartung und früherem Renteneintritt von 1982 bis 1997 bei den Frauen von 13,5 auf 18,1 Jahre und bei den Männern von 10,8 auf 14,1 Jahre.

Beide Wissenschaftler waren sich einig, daß ein Systemwechsel vom jetzigen Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren wegen der damit verbundenen lange dauernden Doppelbelastung abzulehnen sei. Es wurden jedoch verschiedene Modelle vorgetragen, die eine Kombination der Systeme vorsehen - stets kommen aber unterm Strich künftig steigende Beiträge heraus. Rütrop plädierte prinzipiell für eine Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Formen der Erwerbsarbeit, also die Einbeziehung aller Selbständigen und Freiberufler. Sie sollten sich aber auch für ihre berufsständischen Systeme entscheiden können.

Die neue parlamentarische Staatssekretärin im Arbeitsministerium, Ulrike Mascher (SPD), die die Pläne der Koalition zur teilweisen Revision des Rentenreformgesetzes 1999 verteidigte, sagte, die Rentenfinanzierung sei nicht primär ein demographisches, sondern vor allem ein Arbeitsmarktproblem.

Annette Schmid-Heizer schreibt in den STARNBERGER NEUESTEN NACHRICHTEN VOM 3. Dezember 1998:

## Karottennase und Triefaugen

Was der Karikaturist Dieter Hanitzsch von der neuen Regierung hält

Karikabilität ist alles. Wer keine abstehenden Ohren hat oder keinen feinsten Stiernacken, bleibt unbeachtet und bläßlich, ein politischer Nobody. Für die Richtigkeit dieser These führte der bekannte Münchner Karikaturist Dieter Hanitzsch sogleich zwei Beispiele an: Hans-Dietrich Genscher und Franz Josef Strauß. Freundlich-ironisch lächelnd stellte Hanitzsch am Dienstagabend in der Politischen Akademie Tutzing fest: „Nur gute Köpfe

können etwas werden.“

Begleitet vom teils überraschten, teils hämischen Gelächter seines Publikums präsentierte Hanitzsch, der unter anderem regelmäßig für die *Süddeutsche Zeitung* zeichnet, eine Reihe von Karikaturen, um seine These zu beweisen. Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl mußte auf den Dia-Projektor, natürlich birnenförmig und formatfüllend, dicht gefolgt von Theo Waigel, mit wehendem Haar-

schopf und struppigen Augenbrauen. Klar und deutlich mußten die Erkennungsmerkmale sein, sagte Hanitzsch, zweifelsfrei und in jeder Größe erkennbar. So gesehen sei das Personal der neuen Regierung „erstklassig“: Oskar Lafontaine klein und gedrungen mit einer spitzen Karotten-Nase, Gerhard Schröder mit eindrucksvollen Augenbrauen und Triefaugen. „Auch Doris Schröder-Köpf ist eindeutig karikabel, sie wird es schon merken“. ...

Über die Tagung „Menschenrechte - hehrer Anspruch, harte Wirklichkeit“

zum 50. Jubiläum der UN-Erklärung schreibt die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 7. Dezember 1998 u.a.:

## Menschenrechtler wollen glaubwürdige Politik

... Bei der Veranstaltung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, an der auch die Menschenrechtler Wei Jingsheng aus China, Sergej Kowaljow aus Rußland und die algerische Journalistin Djamila Seddiki teilnahmen, sagte die Vorsitzende des neuen Menschenrechtsausschusses des Bundestags, Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen), es gehe inzwischen nicht mehr darum, neue Instrumente zur Durchsetzung der Menschenrechte zu schaffen. Man müsse im eigenen Land überprüfen, wo die Vereinbarungen nicht eingehalten würden, um glaubwürdige Menschenrechtspolitik machen zu können. Roth forderte, die Menschenrechte in die Wirtschafts-, Rüstungs-, Sozial- und Innenpolitik einzubeziehen.

Um die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Menschenrechtskonvention zu überwinden, wolle der Menschenrechtsausschuß erreichen, daß entsprechende Klauseln in die Außenwirtschafts- und Rüstungskontrollgesetze aufgenommen und überprüft würden. Zur Erleichterung dieser Arbeit solle gemäß dem Koalitionsvertrag ein unabhängiges Menschenrechtsinstitut eingerichtet werden, das Informationen sammeln und als Ansprechpartner dienen könne.

Mangelnde Koordination zwischen den einzelnen UN-Gremien und den Nichtregierungsorganisationen beklagte der deutsche Vertreter bei der UN in Genf, Michael Schaefer. „Viele Aktivitäten leiden darunter, daß die

rechte Hand nicht weiß, was die linke tut“, sagte Schaefer. Das seit 1993 existierende UN-Hochkommissariat versuche, die Arbeit zu koordinieren und wolle eine Datenbank einrichten, um Informationen zu bündeln. Dazu brauche die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, jedoch mehr Geld als die bisher von allen Staaten zur Verfügung gestellten 20 Millionen Mark pro Jahr. Der deutsche Anteil sei dabei absolut unterrepräsentiert, sagte Schaefer. Er forderte die Bundesregierung auf, die freiwilligen Zuwendungen aufzustocken.

Über die gleiche Tagung berichtet die AUGSBURGER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 8. Dezember 1998:

## Der Westen verrät seine eigenen Werte

... Wei, „Vater der chinesischen Demokratiebewegung“, verbrachte wegen seines Widerstands gegen das kommunistische Regime in Peking 18 Jahre in Gefängnissen und Arbeitslagern; er wurde im November 1997 „aus gesundheitlichen Gründen“ in die USA abgeschoben. Kowaljow, der sich früh gegen das Sowjetsystem gestellt hatte und auch die nachfolgende Regierung in Moskau wegen schwerer Rechtsbrüche vor allem im Tschetschenienkrieg attackierte, durfte wenigstens bisher sein Duma-Mandat - und damit eine gewisse Immunität - behalten. Seddiki wiederum hatte wegen der Mordwelle an Journalisten, egal ob diese nun die islamistischen Terroristen, das brutale Militärregime in Algerien oder beide kriti-

sierte, vor drei Jahren ihre Heimat verlassen und lebt seither in Deutschland. Alle drei, die im Kampf für die Menschenrechte in ihren Heimatländern schwere persönliche Opfer gebracht hatten, warfen westlichen Politikern, aber auch sogenannten „realistischen Wissenschaftlern“ vor, im Umgang mit Diktaturen und autokratischen Systemen zu nachsichtig, ja blind zu sein.

### Lippenbekenntnis reicht nicht

... Dennoch, so die Botschaft der drei Dissidenten in Tutzing, werde das 21. Jahrhundert im Zeichen der Menschenrechte stehen. Die Ideen von Recht und Freiheit hätten sich inzwi-

schen in den Köpfen auch solcher Menschen festgesetzt, die ihr einziges Lebensziel bislang darin sahen, ihr materielles Überleben zu sichern. Voraussetzung allerdings sei, daß die Länder und Gesellschaften, die sich zu den Menschenrechten bekennen, dieses nicht als Lippenbekenntnis verstehen, sondern sich entschlossener als bisher für deren weltweite Durchsetzung einsetzen.



Über den Auftritt des chinesischen Bürgerrechtlers Wei in Tutzing schreibt Paul Stoop im Berliner TAGESSPIEGEL vom 8. Dezember 1998 u.a.:

## Wandel durch Wandel

... Er formuliert bedacht, legt immer wieder Denkpausen ein. Seine Botschaft trägt er dringlich, aber ohne jeden Fanatismus vor. Botschaft ist vielleicht nicht das richtige Wort; aus keinem Satz ließe sich ein flammender Slogan machen. Das Wort „Boykott“ kommt in der zweistündigen Debatte und im anschließenden Interview nicht vor. Wei berichtet über China, wie es ist, knüpft dabei an die Erfahrungen des Publikums an. „Wie Deutschland hat auch China im Zweiten Weltkrieg die bittere Erfahrung gemacht, wie wenig ein Menschenleben wert ist.“ Und heute? Das Recht des einzelnen gilt nichts. Es herrscht eine Partei. Es gibt keine unabhängige Justiz. Jeder ist der Willkür von Beamten ausgesetzt. Das Gesetz wird nicht befolgt, die Auslegung ist nur vom jeweiligen kommunistischen Kader abhängig.“ Hundert Millionen Menschen auf dem

Land und ebenso viel in den Städten leben in bitterer Armut.

Das sind keine Horrorszenarien isolierter Exilantenkreise. Marie-Luise Näth, Politologin an der Universität Saarbrücken und Autorin vieler Bücher über China zeichnete in Tutzing ein ebenso düsteres Bild. Ja, es gebe einen Zusammenhang zwischen Menschenrechten und wirtschaftlicher Entwicklung, geht sie auf die These vom „Wandel durch Handel“ ein, auf die angeblich automatische Demokratisierung durch wirtschaftlichen Fortschritt: „Es ist der Zusammenhang zwischen der Nichtachtung der Menschenrechte und der Nichtentwicklung der Wirtschaft. China, ein unglaublich reiches Land, ist weit hinter seine Möglichkeiten zurückgefallen.“ Die Not könne zu einer immensen Fluchtbewegung führen, sagt Näth. „Über 200 Millionen Flüchtlinge, das fällt in

China nicht auf, aber könnte den Westen aus den Angeln heben. Japan, Taiwan und die USA sind sich dessen sehr wohl bewußt, Europa aber nicht.“ Ein großer Fehler, sagt Näth, die ersten Flüchtlinge hätten Rußland und Bulgarien erreicht.

Die Niederschlagung der Demokratiebewegung Ende der 80er Jahre hat tiefe Wunden hinterlassen. „Es war damals ein Aufbruch, an dem nicht nur Studenten, sondern immer mehr Städter und auch Bauern beteiligt waren“, sagt Wei. „Er hat das Beste der Menschen herausgebracht. Sogar die Diebe haben zeitweise gestreikt.“ Das Wissen um die Bedeutung der Menschenrechte sei in China gewachsen. „Damals dachten wir, Rechte würden von den Behörden wohlwollend verliehen, und wir müßten uns mit einem herzlichen Dank verneigen. Heute wissen wir, daß jeder Mensch Rechte hat, weil er ein Mensch ist, egal was mancher westliche Politiker über sogenannte ‘asiatische Werte’ sagen mag.“...

Hans-Anton Papendieck berichtet in der HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. Dezember 1998 u.a.:

## Die mühsame Suche nach dem Weltpolizisten

...Obwohl der Erklärung von 1949 und den nachfolgenden beiden Menschenrechtspakten von 1976 mittlerweile 140 Staaten beigetreten sind, suggerieren die Völkermorde dieses Jahrhunderts, die Massenvertreibungen, die Folterungen in 120 Ländern und die weitverbreitete Praxis, Regimekritiker im Gefängnis mundtot zu machen, daß die Menschenrechtserklärung weithin ein Stück Papier geblieben ist. Spiegelt diese trübe Bilanz aber die volle Wirklichkeit wider? In Tutzing wurde jedenfalls eine ganz andere Rechnung aufgemacht.

Hier wurde eher der Eindruck vermittelt, daß das zarte Pflänzlein Menschenrechte, zunächst ein Produkt philosophischer und theologischer Erörterungen, inzwischen zu einem recht kräftigen Bäumchen herangewachsen ist. Gewiß, in Algerien wird weiter gemordet, in Ruanda schaute der Westen weg, als dort Hunderttausende Menschen hingerichtet wurden, dennoch besteht, darin waren sich Professoren und Menschenrechtsaktivisten in Tutzing einig, kein Anlaß, in Trübsal zu verfallen.

Auch der russische Duma-Abgeordnete und Menschenrechtler Sergej

Kowaljow hat sich durch 16 Jahre Gefängnis, Lagerhaft und anschließender Verbannung nicht von seinem Glauben an einen Durchbruch der Anerkennung der Menschenrechte abbringen lassen. „Das 21. Jahrhundert wird im Zeichen der Menschenrechte stehen“, verkündete er in ungebrochenem Optimismus. „Es müßte zum 2. Weltkrieg und zum Holocaust kommen, damit die Menschen begriffen, daß es nur eine Sicherheitsgarantie gibt - nämlich die Menschenrechte zu ehren.“ Obwohl in Rußland ein „Wunder“ geschehen sei, sieht Kowaljow die weitere Entwicklung in seiner Heimat eher düster. Gewiß, der Totalitarismus habe das Wettrüsten und den Kalten Krieg verloren, die Freiheit des Wortes sei wiederhergestellt, aber die alte Nomenklatur sei an der Macht geblieben: „Rußland ist noch lange keine Demokratie.“...

Reinhold Michels schreibt in der RHEINISCHEN POST vom 30. November 1998:

## **Politische Akademie Tutzing zu Föderalismus und Finanzen Bayern verteidigt Verfassungsklage**

### **Länder gegen ungerechten Geldregen**

Bayern hat die Steuergespräche zwischen Bundesfinanzminister Lafontaine (SPD) und den SPD-Finanzministern der Länder scharf kritisiert. Der Minister in der Münchner Staatskanzlei Huber (CSU), der bis vor kurzem bayerischer Finanzminister war, sagte, es sei ein Gebot der Ländertreue des Bundes, nicht nur mit SPD-Finanzministern zu verhandeln. Im übrigen, so Huber bei einer Tagung der Politischen Akademie Tutzing, sei der Bund derzeit dabei, die Kassen der Länder zu plündern. Auch der Direktor der Akademie, Prof. Oberreuter, bezeichnete Lafontaines Vorgehen als stillos.

Huber verteidigte die Verfassungsklage Bayerns und Baden-Württembergs gegen den gegenwärtigen Finanzausgleich der sechzehn Bundesländer untereinander. Nach seinen Angaben sind dem wirtschaftlich prosperierenden Freistaat im vergangenen Jahr von 5,7 Milliarden Mark Steuermehreinnahmen (im Länder-Durchschnitt) noch 200 Millionen Mark verblieben. Der Rest sei im Rahmen des Finanzausgleichs an die ärmeren Länder geflossen. Im Ergebnis führe diese Form von ungerechter Unterstützung der Schwächeren durch die Stärkeren dazu, daß es demjenigen, „der sich zurücklehnt und die Hand aufhält, genauso in die Hand regnet wie demjenigen, der sich anstrengt“.

Huber zufolge hat Bayern bislang rund neun Milliarden Mark als Länderfinanzausgleich bezahlt, in den Jahrzehnten, als es selbst zu den Geldempfängerländern gezählt habe, etwa sechs Milliarden erhalten.

Der Minister sagte, sein Land lehne das Prinzip des Ausgleichs zwischen finanzstarken und schwachen Ländern nicht prinzipiell ab, indes dürften die Leistungstarken nicht über Gebühr

belastet werden. Ähnlich wie der Steuer- und Staatsrechtler Prof. Arndt hält Bayern eine Obergrenze von 50 Prozent als Finanzausgleich für angemessen. Statt wie jetzt hätten dann Zahlerländer wie Bayern, Baden-Württemberg, NRW oder Hessen nicht mehr zwischen 90 und mehr Prozent ihres Steuermehraufkommens in den Ausgleichstopf zu entrichten, sondern nur noch maximal die Hälfte. Huber: „Dies wäre angemessen auch unter dem Gesichtspunkt christlicher Nächstenliebe.“

Der Finanzwissenschaftler Prof. Bernd Huber betonte, Deutschland sei einer der ganz wenigen Föderalstaaten, in dem die Länder nicht eigene Steuern

erheben können. Anders als in den USA, in Kanada oder in der Schweiz üblich sei es hierzulande einem Bundesland wie NRW mit 18 Millionen Einwohnern nicht möglich, auch nur einen Pfennig selbständig Steuern von seinen Bürgern zu erheben. So gebe der föderal organisierte Staat seine Trumpfkarte preis (Arndt). Oberreuter faßte zusammen, was zur Revitalisierung des „interessanten demokratischen Bauprinzips Föderalismus“ (Jürgen Weber von der Akademie für Politische Bildung) notwendig wäre:

- Mehr eigenständige Gesetzgebungs-zuständigkeit der Länder
- Möglichkeit, eigene Steuerquellen zu erschließen
- Die Frage der Entscheidungskompetenz Bund/Länder mehr nach Sachnähe zu beantworten
- Zustimmungspflicht des Bundesrates auf die politischen Kernbereiche zu reduzieren.

Über die Tagung „Gerechtigkeit - Leitbild der Politik“ erschien am 6. November 1998 im BAYERISCHEN STAATSANZEIGER ein Artikel, der hier auszugsweise wiedergegeben wird:

### **Staaten ohne Gerechtigkeit - nichts anderes als große Räuberhaufen**

... Nicht daß sich die letzte Bundesregierung nicht der sich zuspitzenden ungerechten Beziehungen vor allem im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands bewußt gewesen wäre - um Ausgleich zu schaffen, hat sie auch allerlei ihr zur Verfügung stehende Mechanismen bemüht, wie der Bonner CDU-Politiker Heiner Geißler auflistet. Aber mit allen Initiativen - im Mittelpunkt das „Bündnis für Arbeit“ - fand die Regierung keinen Konsens, keiner machte mit. Geißler beschreibt das Dilemma politischer Entscheidungsfindung: Gerechtigkeit kann nie alleiniger Leitgedanke sein, es müssen andere Grundwerte gleichermaßen betrachtet werden - die der Freiheit und der Solidarität. Wie also mehr Arbeitsplätze schaffen, ohne

zum Beispiel durch Zwangsmaßnahmen (die Geißler ablehnt) die Freiheit der Arbeitgeber zu beschneiden? Die alte Regierungskoalition ist an der Lösung gescheitert, gibt Geißler unumwunden zu. Und zwar wegen der mangelnden Solidarität. Sie und nicht die Freiheit oder die Gerechtigkeit sei derzeit der am meisten gefährdete Wert. Grundübel ist Geißlers Einsicht nach eine inzwischen zutiefst unsittliche, ökonomisch falsche Wirtschaftsordnung: Ordnungskriterien der Marktwirtschaft seien inzwischen nur mehr der Börsen- und Aktienwert. Egal ob die Kurse steigen oder fallen, ob Gewinne oder Verluste: Die Folge seien immer Entlassungen, Arbeitsplatzverluste.



Thomas Maron berichtet in der FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 11. Januar 1999 über die Tagung „Freiheit und innere Sicherheit“ u.a.:

## Kampf der Russenmafia - und den Schulschwänzern

**Wie Günther Beckstein dem Kollegen Otto Schily einmal half, etwas aus dem schwarzen Schatten herauszutreten**

... Er, der als RAF-Anwalt erklärten Staatsfeinden ihre Grundrechte sicherte, ist jetzt Chef-Polizist der Republik. Das klingt, als säße da einer zwischen den Stühlen. Nach neuen Gesetzen ruft Schily nicht: „Die Möglichkeiten des Gesetzgebers sind weitgehend erschöpft“, sagt er. Es sei zwar nicht leicht, mit den Mitteln des Rechtsstaates moderne Kriminalität zu bekämpfen, andererseits könne „der Rechtsstaat nicht verteidigt werden, indem man ihn durch weitgehende Beschneidung der Grundrechte aufgibt“. Beckstein hätte da schon noch die eine oder andere „Nachbesserung“ auf seinem Wunschzettel: die visuelle Wohnraumüberwachung zum Beispiel. Oder die bundesweite Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit der Polizei im Kampf gegen die organisierte Kriminalität.

Schily setzt dagegen verstärkt auf Prävention. Deshalb will er ein „Deutsches Forum für Kriminalprävention“ ins Leben rufen, in dem sich Fachleute verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen gemeinsam mit Polizei, Sozialbehörden und Schulen über die Vermeidung von Kriminalität Gedanken machen sollen. Denn die Sicherheit sei eine Aufgabe, mit der sich nicht nur die Innenpolitik zu beschäftigen habe. Zu vielfältig seien die Ursachen von Verbrechen: Werteverfall, gesunkenes Rechtsbewußtsein, soziale Benachteiligung, Perspektivlosigkeit, Wegfall sozialer Bindungen. Die steigende Zahl von Kindern, die Verbrechen begehen, macht auch Schily Sorgen. Er lehnt es aber ab, von Kinderkriminalität zu sprechen. Schließlich zeige dieser Trend vor allem, wie Kinder in Deutschland aufwachsen.

Entschieden will der Minister sich deshalb für eine Beibehaltung des Strafmündigkeitsalters von 14 Jahren einsetzen. Wer glaube, auf diese Entwicklung „mit Jugendgefängnissen antworten zu können, der täuscht sich gewaltig“.

Zum Thema Jugendkriminalität fällt Bayerns Hüter der inneren Sicherheit nur wenig ein. Immerhin wissen seit Tutzing notorische Schulschwänzer, daß es ihnen im Freistaat bald an den Kragen geht. Denn Beckstein will hart durchgreifen, wenn Kinder ausdauernd blau machen. Die Polizei muß laut Beckstein vormittags beispielsweise die Spielhöhlen kontrollieren, Kinder und Jugendliche abführen und „am Schlawittchen“ in die Klasse zurückbringen - „und zwar in Uniform, das hat eine außerordentlich generalpräventive Wirkung“. Da könne keiner mehr vor seinen Kumpels prahlen, er sei „mit dem Taxi“ zur Schule chauffiert worden.

Beckstein argumentiert vornehmlich zweidimensional und nennt das „praxisnah“: Bayern, Niedersachsen; Deutsche, Ausländer; gut, böse. Man mochte nach seiner Rede meinen, die Republik sei von kriminellen Elementen komplett unterwandert, die den Bundesbürgern nach Hab und Gut trachten. Die PKK treibe in Süddeutschland ihr Unwesen, Kosovo-Albaner hätten im Münchner Raum den Rauschgiftmarkt fest im Griff, die Russenmafia sei im internationalen Frauenhandel zugange, nicht zu vergessen die rumänischen Tresorknackerbanden und die tschechischen Gangs, die den Nürnberger Christkindlesmarkt heimgesucht haben. Die Kriminalität der zweiten Gastarbeiter-

Generation sei zu allem Überfluß gegenüber der ersten drastisch gestiegen, und Untersuchungen würden zeigen, daß erst mit der dritten Generation der Höhepunkt verbrecherischer Umtriebe erreicht werde. Da solle keiner behaupten, „mit einem zweiten Paß in der Tasche sei das Problem gelöst“, stichelt Beckstein. So hört sich das also an, wenn Bayerns Innenminister, wie zu Beginn seiner Rede angekündigt, mit „Besonnenheit und Augenmaß“ argumentiert. Den Einwand, das sei einseitige Polemik gegen Ausländer, läßt Beckstein nicht gelten. Denn schließlich würden selbst in der Gruppe der „braven und fleißigen Gastarbeiter“ doppelt so viele Straftaten gezählt wie bei vergleichbaren deutschen Familien. ...

Der STARNBERGER MERKUR vom 9. Januar 1999 schreibt u.a.:

## Schulschwänzer im Visier der Regierung

**Beckstein: Frühzeichen für kriminelle Laufbahn**

Schutz vor Kriminalität ist nicht nur Sache der Polizei: Diese Auffassung hat Bayerns Innenminister Günther Beckstein gestern in der Politischen Akademie Tutzing bekräftigt. Alle Landkreise und Gemeinden, alle Bürgermeister und Landräte müßten sich in das „Sicherheitsnetz“ einbringen, forderte er unter Hinweis auf eine Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Bei jugendlichen „Intensivtättern“ etwa gelte es zu vermeiden, daß aus ihnen auch später Täter würden. Dabei müßten alle zusammenwirken: Städte und Gemeinden, Jugendämter, Sozialämter, Polizei, Lehrer, Eltern. Bei Polizei und Schulen müsse es Kontaktpersonen hierfür geben.

Mehr Aufmerksamkeit will Beckstein auch „Schulschwänzern“ schenken - nicht denen, die „mal eine Stunde blau machen“, sondern denen, die manch-

mal wochenlang nicht zur Schule gehen. Das sei ein möglicher Frühindikator für Straffälligkeiten. Polizisten in Uniform, nicht zivil, müßten die Schwänzer zur Schule bringen: „Dann ist nichts mit großspurigen Reden.“ ... Binen Gegensatz von Freiheit und innerer Sicherheit - dieser „Konflikt“ war Tagungsthema - wollte Beckstein nicht erkennen. Diskussionen gab es über richtige Prävention, also Verhütung von Straftaten. Ein Zuhörer kritisierte Stellenabbau in der Jugendarbeit, einer vermißte schulische Ausbildungen, vergleichbar mit Verkehrsschulungen. Bayern habe die Jugendarbeit nicht eingeschränkt, erwiderte Beckstein, doch in den Kommunen sei dies „unterschiedlich.“...

Thomas Lochte schreibt in der SZ vom 9. Januar 1999 u.a.:

## Streit um „Lauschangriff“ und Freud'scher Versprecher

... Heribert Prantl, Chef des Ressorts Innenpolitik der *Süddeutschen Zeitung* und streitbarer Gegner jeglicher Aushöhung von Grundrechten, hatte zuvor gewarnt, Justiz und Polizei eine Verbrechensbekämpfung „mit allen Mitteln“ zu gestatten. Rechtsstaatlich fragwürdige Operationen dürften nicht eines Tages so aussehen, „daß verdeckte Ermittler sich mit dickem Daimler milieugerecht verhalten und hinterher nicht mehr an die Besoldungsgruppe A 9 gewöhnen können“, skizzierte Prantl genüßlich die „schiefe Ebene“, auf die sich der Rechtsstaat seiner Ansicht nach begeben habe. Auch das Strafrecht sei keine Kriegswaffe, sondern „nur zur Bewertung individueller Schuld da“, mahnte Prantl den Minister und fügte, in Anspielung auf bestimmte legislative Neigungen, hinzu: „Auch Wahrheit darf nicht um jeden Preis erforscht werden.“...

Der STARNBERGER MERKUR vom 8. Januar 1999 schreibt u.a.:

## Für Stoiber hat Schily nur Spott übrig BundesInnenminister droht CSU mit Volksentscheid

... Ein großes Aufgebot an Medienvertretern - von der ARD bis zur Deutschen Presseagentur - war dem Innenminister, aufgescheucht durch die aktuelle Auseinandersetzung, gestern in den Landkreis Starnberg gefolgt. Und Schily lieferte bereitwillig die erhofften Schlagzeilen, als er die Union mit dem Vorschlag einer Verfassungsänderung provozierte: „Stoiber und Schäuble sollten sich mit mir zusammensetzen, und wir reden in aller Ruhe über eine Verfassungsänderung zur Einführung von Volksentscheiden.“ Vor allem die Konservativen hatten sich in der Vergangenheit stets gegen die Einführung plebiszitärer Elemente auf Bundesebene gestraubt. Daß CDU-Chef Wolfgang Schäuble und

CSU-Ministerpräsident Edmund Stoiber jetzt mit einer „Unterschriftenaktion“ zur Mobilisierung der Bürger drohen, führt Schily auf den erlittenen „Wahlschock“ zurück. Angesichts der in der CDU ausgebrochenen Diskussion sieht Schily die Union in einer Zerreißprobe: „Die CDU wäre gut beraten, wenn sie sich nicht in das Fahrwasser von Stoiber begibt.“ Die von Stoiber beschworenen Kriminalitätsgefahren im Zusammenhang mit dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht gibt es für den Minister nicht: Die Rechtstreue der mindestens in der dritten Generation in Deutschland lebenden Ausländer - nur um sie gehe es bei dem Gesetz - sei „mindestens so gut entwickelt wie bei Deutschen“. ...

Toni Brandl schreibt in der PASSAUER NEUEN PRESSE vom 12. Januar 1999:

## Mafia in Deutschland: Sizilien ist überall

... „Wir haben den Kampf verloren, weil wir einfach zu schwerfällig sind“, meint zum Beispiel Dagobert Lindlau, Reporter-Legende beim Bayerischen Fernsehen, der in Sachen Organisierte Kriminalität schon auf der ganzen Welt recherchiert hat und die internationale Debatte drüber in den letzten Jahrzehnten mit professioneller Aufmerksamkeit verfolgt. Mafiöse Strukturen, sagt Lindlau, haben längst auf die gesamte Gesellschaft übergegriffen - „und wenn man die Oberschicht nicht raushalten kann, geht es mit der Unterschicht erst recht nicht“.

Als großes Problem in Deutschland sieht er es an, daß jede Diskussion über die Innere Sicherheit von einem dichten Ideologie-Schleier überwabert sei. Die Angelsachsen seien viel pragmatischer, wenn es um die Verbrechens-

bekämpfung gehe - und deren Sicherheitsbehörden den deutschen daher auch mindestens um einen Schritt voraus. ...

... Prantl meint, Politik und Öffentlichkeit begingen den Irrtum anzunehmen, das Strafrecht sei ein „Kriegsmittel“. Scharf wendet sich der Münchner Autor gegen die Forderung, im Kampf gegen Kriminelle müsse jedes Mittel erlaubt sein: Wenn es verdeckten Ermittlern heute erlaubt werde, Diebstähle zu begehen, müsse man ihnen morgen vielleicht sogar Mordversuche zugestehen. „Das Argument der Waffengleichheit zieht nicht“, so Prantl: „Straftaten sind nicht zu bekämpfen, indem man Straftaten begeht“ - sonst bestehe die Gefahr, daß der Staat seine Unschuld verliert. ...



## EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT

1988 haben einige der Akademie nahestehende Persönlichkeiten den Förderkreis der Akademie für Politische Bildung gegründet mit dem Ziel, die Bildungsarbeit der Akademie bei den Projekten finanziell zu unterstützen, die nicht durch staatliche Haushaltsmittel realisiert werden können. 1. Vorsitzender des Vereins ist seit Juli 1995 Oberstleutnant a. D. Gernot Abendt aus Tutzing. Der Anfang wurde 1989 mit der Ausschreibung eines Schülerwettbewerbs zum Thema "40 Jahre Bundesrepublik Deutschland" gemacht; es folgte finanzielle Hilfestellung bei der Gewinnung bedeutender Referenten für die Tagung "Demokratie und Nation - ein deutsches Dilemma" sowie Unterstützung der Expertentagung "Reaktorsicherheit und Energiepolitik in Osteuropa" durch projektbezogene Spenden. 1995 wurde ein Publikationsprojekt durch den Förderkreis finanziert, 1997 ein VW-Bus.

Wir möchten Sie herzlich zur Mitgliedschaft im Förderkreis einladen, um so den Kontakt zu vertiefen, der durch den Bezug der Mitteilungen oder Teilnahme an Tagungen bereits besteht. Der Förderkreis ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und somit berechtigt, Spendenquittungen auszustellen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt DM 50,- im Jahr; die Vereinssatzung wird Ihnen auf Anforderung gerne zugesandt. Über neue Mitglieder würden wir uns sehr freuen.

Geschäftsstelle: 82327 Tutzing, Buchensee 1, Tel. 08158/256-0 / Fax: 08158/256-51

Bankverbindung: Kreissparkasse Starnberg, Zweigstelle Tutzing, BLZ 700 540 80  
Konto-Nr. 430 592 477

-----  
An den  
Förderkreis der  
Akademie für Politische Bildung e. V.

82323 Tutzing

### BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft im Förderkreis der Akademie für Politische Bildung.

☐ Den Mitgliedsbeitrag überweise ich.

☐ Ich bitte um Übersendung einer Einzugsermächtigung.

Name, Vorname: .....

Titel, Beruf: .....

Anschrift, Telefon: .....

Datum, Unterschrift: .....

# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## März

Nr. 09-1

1. - 3. 3.

**Nachhaltiges Wachstum?**

**Schnittstellen in der Arbeit der Sachverständigenräte für Wirtschaft und Umwelt**

Expertentagung in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Tutzing

Leitung: Hampe/Held

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

### **NATO - 50 Jahre Garant des Friedens in Europa**

Nr. 09-2, 5. - 7. März 1999

Tagungsgebühr: DM 100,--

(ermäßigt DM 50,--)

Leitung:

Dr. Horst Denzer

Sekretariat:

Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anlässlich des Abschlusses des Nordatlantikpakts am 4. April 1949 gestaltet die Akademie in Kooperation mit der Deutschen Atlantischen Gesellschaft eine Tagung im Vorfeld des 50. Geburtstags der NATO. Es geht hier nicht um einen historischen Rückblick auf das erfolgreichste Militärbündnis der Welt. Vielmehr sollen aus erster Hand die gegenwärtigen und zukünftigen Möglichkeiten der

NATO unter veränderten Bedingungen nach dem Zusammenwachsen von ganz Europa erörtert werden: Die Rolle der Führungsmacht Amerika, die Rolle der NATO als Friedensstifter auf dem Balkan, die Möglichkeiten im Ostseeraum, die Frage der Osterweiterung und die Rolle Deutschlands in der NATO.

### **Rundfunk und Demokratie in Mittel- und Südosteuropa Zwischenbilanz der Transformation**

Fachkonferenz in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Nr. 10-1, 8. - 10. März 1999

Tagungsgebühr: DM 90,--

(ermäßigt DM 45,--)

Leitung:

Dr. Michael Schröder

Barbara Kamutzki

Sekretariat:

Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Zehn Jahre nach dem Sieg von Demokratie und Marktwirtschaft bietet auch die Rundfunklandschaft der Transformationsländer ein neues Bild: Wo zuvor Staatsrundfunk die Programmhoheit innehatte, wetteifern jetzt öffentlich-rechtliche und private Hörfunk- und Fernsehanbieter um die Gunst des Publikums.

Über diese Sender, ihre Programmleistungen, innergesellschaftliche Auseinandersetzungen um Medienpolitik und -kontrolle, wirtschaftliche Zusammenhänge und Fragen der technischen Verbreitung wird hier im Westen allerdings nicht kontinuierlich berichtet.

Diese Fachtagung möchte daher die Rundfunkentwicklung in Ländern des vormaligen Ostblocks an ausgewählten Beispielen illustrieren, das Beziehungsgeflecht zwischen Politik, Wirtschaft und elektronischen Medien in einzelnen Ländern untersuchen und die Frage nach Umfang und Qualität des Beitrags von Hörfunk und Fernsehen zur Entwicklung und Stabilisierung demokratischer Öffentlichkeiten aufwerfen. Sie versteht sich als kompaktes Informations- und Gesprächsangebot für Journalistinnen und Journalisten aus den Ressorts Politik, Ausland, Aktuelles und Nachrichten.



# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

- Nr. 10-2**  
11. - 13. 3.  
**Die hartnäckige Armut:**  
**Mindestsicherung, Bürgergeld, Sozialhilfe**  
(Inter-)Nationale Reformdiskussionen über das unterste Netz  
Leitung: Grosch/Willenborg Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 11-1**  
15. - 17. 3.  
**Gewerkschaften in Europa**  
Kooperationspartner: DGB Bayern  
Leitung: Maruhn Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 13-1\***  
29.3. - 1.4.  
**Geburtsfehler und Implosion:**  
**Analysen zum Untergang der DDR - zehn Jahre danach**  
Kooperationspartner: Gesellschaft für Deutschlandforschung  
Leitung: Maruhn Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

## April

- Nr. 14-1**  
7. - 9. 4.  
**Die EU vor der Erweiterung um das Baltikum**  
Kooperationspartner: Europäische Akademie Bayern e.V.  
Für Lehrer, Multiplikatoren aus der Europaunion, Wissenschaftler und Journalisten  
Leitung: Piazzolo Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
- Nr. 14-2**  
9. - 10. 4.  
**Wie wir leben wollen**  
**Gesellschaftliche Leitbilder und soziale Entwicklungsprozesse**  
Leitung: Oberreuter/Kranenpohl Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47
- Nr. 15-1\***  
12. - 14. 4.  
**Neuere Didaktik der politischen Bildung**  
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Weber/Münchenbach Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 15-2**  
12. - 16. 4.  
**Der Euro kommt - wo bleibt der Leser?**  
Europa und Wirtschaft als Themen in der Lokalzeitung  
in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung  
und Kommunikationsforschung an der Universität Passau  
Leitung: Schröder Sekretariat: Heike Bäuerle Tel.: 08158/256-46
- Nr. 15-3\***  
14. - 16. 4.  
**Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung**  
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Willenborg/Münchenbach Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 15-4**  
16. - 17. 4.  
**Ökonomie als Stabilitätsfaktor der Demokratie**  
Leitung: Maruhn/Hampe Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- Nr. 16-1**  
19. - 21. 4.  
**Willige Diener**  
**Erziehung, Medizin und Medien im Diktaturvergleich**  
Leitung: Oberreuter/Kranenpohl Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47

# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## **Bonn war nicht Weimar - 50 Jahre Bundesrepublik (Offene Fachtagung)**

**Nr. 16-2, 22. - 24. April 1999**  
**Tagungsgebühr: DM 90,-**  
**(ermäßigt DM 45,-)**

**Leitung:**  
**Dr. Michael Piazo**  
**Dr. Jürgen Weber**

**Sekretariat:**  
Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Bei der Gründung der Bundesrepublik stand Weimar insofern Pate, als die Verfassungsväter und in der Folgezeit alle verantwortlichen Politiker sich entschlossen zeigten, aus den Fehlern der ersten deutschen Demokratie zu lernen. Im Rückblick auf die ersten 50 Jahre der zweiten deutschen Demokratie läßt sich heute feststellen, daß das Unwahrscheinliche eintrat: aus einem geteilten Land wurde unter der wohlwollenden Kontrolle der westlichen Siegermächte eine Weltwirtschaftsmacht von politischem

Gewicht, und aus einem Land mit schlimmster diktatorischer Vergangenheit wurde eine respektierte freiheitliche Demokratie. Das europäisch-transatlantische Bündnis, der demokratische Verfassungsstaat und die soziale Marktwirtschaft entwickelten sich in dieser Zeit zu den tragenden Fundamenten der Bundesrepublik. Mit diesen Themen wird sich die Tagung in historischer und aktueller Perspektive befassen.

**Nr. 17-1\***                    **50 Jahre Grundgesetz und Soziale Marktwirtschaft**  
26. - 30. 4.                Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Hampe/Holz

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

**Nr. 17-2\***                    **Die Auswirkungen der Globalisierung auf die Dritte Welt**  
26. - 30. 4.                Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Diemer/Schorm

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

## **Mai**

**Nr. 18-1**                    **Das neue Vormundschaftsrecht auf dem Prüfstand**  
3. - 5. 5.                    Leitung: Grosch/Willenborg

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

**Nr. 18-2**                    **Bildungspolitik im Umbruch?**  
3. - 5. 5.                    Kooperationspartner: Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Hausfrauen (AEH),  
Landesverband Bayern e.V.  
Für Mitglieder der AEH und Interessierte  
Leitung: Piazo

Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

**Nr. 18-3**                    **Öko-Soziale Marktwirtschaft**  
6. - 8. 5.                    Leitung: Hampe/Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

**Nr. 19-2 \***                    **Fernsehserien und ihre politische Wirkung**  
11. - 12. 5.                in Zusammenarbeit mit den Arbeitskreisen "Medienerziehung  
in Wissenschaft und Bildungspraxis" und "Gemeinschaftsaufgabe Medienerziehung in Bayern"  
Leitung: Schröder

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

**Nr. 19-3**                    **Nachbar Polen - Annäherung statt Vorurteile**  
14. - 16. 5.                Tutzingener Forum für Internationale Beziehungen  
Leitung: Denzer

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

**Nr. 21-3**                    **Jenseits von Neoliberalismus und Antikapitalismus**  
28. - 29. 5.                Leitung: Maruhn

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46



# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## Juni

- |                                   |  |  |
|-----------------------------------|--|--|
| <b>Nr. 22-1</b><br>4. - 6. 6.     | <b>Antidemokratisches Denken - Grundlage von Links- und Rechtsextremismus</b><br>Leitung: Maruhn   | Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50                                  |
| <b>Nr. 23-1</b><br>7. - 11. 6.    | <b>Kultur im Lokalteil: Zwischen Nationaltheater und Freilichtmuseum</b><br>In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau<br>Leitung: Schröder | Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46                                 |
| <b>Nr. 23-2*</b><br>7. - 9. 6.    | <b>Die Rolle der Frau in Geschichte und Politik Deutschlands</b><br>Leitung: Willenborg  | Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53                                |
| <b>Nr. 23-3</b><br>10. - 12. 6.   | <b>Menschenrechte im interkulturellen Dialog</b><br>in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut e.V.<br>Offene Fachtagung<br>Leitung: Piazzolo   | Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46                                 |
| <b>Nr. 24-1*</b><br>14. - 18. 6.  | <b>Ethik und Politik</b><br>Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen<br>Leitung: Diemer/Prankel  | Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50                                  |
| <b>Nr. 24-2</b><br>14. - 15. 6.   | <b>Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts</b><br>Leitung: Grosch/Willenborg   | Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46                                 |
| <b>Nr. 24-3*</b><br>18. - 20. 6.  | <b>Deutschland und die Rolle der Nachrichtendienste - Rückblick auf ein halbes Jahrhundert</b><br>Internationale Konferenz<br>Leitung: Weber   | Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46                                 |
| <b>Nr. 25-2</b><br>21. - 23. 6.   | <b>Fundamentalismus - eine ethische und politische Herausforderung</b><br>in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk der DAG<br>Leitung: Diemer  | Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53                                |
| <b>Nr. 25-3</b><br>24. - 26. 6.   | <b>Die UN - eine moralisch-politische Institution</b><br>Leitung: Diemer   | Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50<br>N. Riewendt Tel. 08158/256-53 |
| <b>Nr. 25-4*</b><br>25. - 27. 6.  | <b>Qualitätswettbewerb - Herausforderung für hauswirtschaftliche Führungskräfte</b><br>Leitung: Willenborg   | Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53                                |
| <b>Nr. 26-1</b><br>28. 6. - 2. 7. | <b>Medien und Politik</b><br>Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen<br>Leitung: Schröder/Lippert   | Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50                                  |
| <b>Nr. 26-2</b><br>28. 6. - 2. 7. | <b>Aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik</b><br>Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen<br>Leitung: Hampe  | Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50                                  |

# Namen und Nachrichten

aus der Akademie

## DIREKTOR

**Prof. Dr. Heinrich Oberreuter** sprach an der Universität Eichstätt über „Politikwissenschaft im Informationszeitalter“; anlässlich des Verfassungstages im Cuvilliétheater über „Europäische Entscheidungen - Gefahr für die Gewaltenteilung und Legitimität?“; beim Symposium des Sonderforschungsbereiches der TU Dresden über „Parlamente im Symbolgebrauch der Mediengesellschaft“; an der Universität Bordeaux „Wende 1989 - Stationen des Zusammenbruchs der DDR“. Außerdem hielt er Vorträge bei der ersten Absolventenfeier der Philosophischen Fakultät der TU Dresden und bei einem Seminar der Schleyer-Stiftung in Neustadt, Weinstraße. Er wurde vom Bayerischen Landtag in die „Diätenkommission“ berufen.

## KOLLEGIUM

**Dr. Michael Piazzolo** hielt Vorträge zum Thema „Das Verhältnis von Nationalem Recht und Europarecht“ bei den Europäischen Hochschulwochen in Gauting sowie zum Thema „Agenda 2000 - Eine große Herausforderung für die Europäische Union“ bei internationalen Seminaren in Teisendorf und Grainau. Er war als Lehrbeauftragter im Rahmen des von der Europäischen Union geförderten Programms zur Ausbildung tschechischer Diplomaten in Prag und hielt einen Vortrag zum Thema „Der Vertrag von Amsterdam“. Im Rahmen seines Lehrauftrags an der Hochschule für Politik, München, hält er einen Grundkurs „Europäische Union“ ab.

**Klaus Grosch** nahm am Podiumsgespräch „Gefährlich fremd - Macht Zeitungslesen ausländerfeindlich?“ beim Stadtforum München teil.

**Jürgen Maruhn** hielt vor dem Landesverband der sächsischen Jusos einen Vortrag zum Thema: „Kommunismus und Sozialdemokratie - eine Jahrhundertkonfrontation“.

**Dr. Michael Schröder** sprach vor österreichischen, Schweizer und deutschen Lektoren an tschechischen Hochschulen im Goethe-Institut Prag über aktuelle Probleme der politischen Landeskunde im Drei-Länder-Vergleich. Er referierte beim Bayerischen Bauernverband über „Das Internet - Pfade durch den Info-Dschungel“.

## BEIRAT

Rechtsanwältin **Sabine Wernet** wurde als Vertreterin der freien Berufe in den Bayerischen Senat gewählt.

**Dr. Jürgen Weber** hielt Vorträge über den Staatssicherheitsdienst der DDR und zur Geschichte der Bundesrepublik in der Bildungsstätte des Bayerischen Bauernverbandes in Herrsching.

**Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme: (aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)**

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing